

DETLEF UMBACH  
Die SPD und der  
"Solidarpakt"

KEES GROENENDIJK  
Europa 1992:  
Realitäten,  
Mythen, Chancen

CHRISTOPH STRÄSSER/  
STEFAN LENNARDT  
Innere Sicherheit -  
kein sozialdemo-  
kratisches Thema

SPW

Zeitschrift  
für  
Sozialistische  
Politik  
und  
Wirtschaft

AB-GRENZUNGEN





Herausgeber Herausgeberinnen:  
 Heinz Albrecht (Berlin)  
 Dieter Dehm (Frankfurt/M.)  
 Jürgen Eger (Berlin)  
 Katrin Fuchs (Verl.)  
 Josef Hindels (Wien)  
 Klaus Peter Kieker (Berlin)  
 Heinrich Lenker (Bielefeld)  
 Susi Möbbeck (Bremen)  
 Ursula Pausch-Gruber (München)  
 C. Auda Walther (Aachen)  
 Kurt Wand (Hamburg)  
 Burkhard Zimmermann (Berlin)

## MAGAZIN

<b>Uwe Kremer</b>	
<b>KURZUM</b> .....	3
<b>Detlef Umbach</b>	
Anpassung an das Scheitern - die SPD und der "Solidarpakt" .....	6
<b>Gustav W. Sauer</b>	
Atomenergie: Der Konsensvirus .....	8
<b>Oliver Brosch-Guesnet:</b>	
Dem Depp sei' Spion .....	11
<b>Silke Müter:</b>	
Die Klausis schlagen zurück .....	12
<b>Heinz Gerd Hofschien</b>	
Blick in die Welt .....	13

**Redaktion:**  
 Ingo Arend  
 Gisela Becker  
 Heiner Kockerbeck  
 Ralf Krämer  
 Uwe Kremer  
 Fiete Saß  
 Brigitt Zoerner

Redaktionssekretär  
 Ralf Schmitz

**Redaktions- und Verlagsanschrift:**  
 Kieler Str. 13, 5000 Köln 80  
 Telefon (0221) 623271, Telefax (0221) 612815

**Verlag:**  
 spw-Verlag Redaktion GmbH  
 Kieler Straße 13, 5000 Köln 80  
 Ab 1. Juli 1993:  
 Kieler Straße 13, 51065 Köln

**Geschäftsführer:**  
 Andreas Bach  
 Ulla Saß

Konto des Verlages:  
 Postgarnit Dortmund  
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die sow erscheint mit 6 Hefen im Jahr  
 mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 51,-  
 ermäßigtes Jahresabonnement  
 für SchülerInnen, StudentInnen, Erwerbslose  
 DM 42,-, Auslandsabonnement DM 54,-

Abbestellungen mit einer Frist von drei  
 Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und  
 Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschi-  
 nschrift und mit einem ausreichenden Rand  
 versehen sein.

Wenn möglich, sollen Manuskripte auf  
 Diskette mit einem Ausdruck geliefert werden  
 (MS-DOS Textverarbeitungssystem,  
 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll).

ISSN 0170-4613  
 spw-Verlag Redaktion GmbH 1993.  
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,  
 vorbehalten.

**Titelfoto:**  
 Stephan Hooper, Köln

**Satz und Gestaltung:**  
 Judith Nußbaum, Köln

**Druck:**  
 Nolte Druck, Schwerte

1. 2. Ausgabe, Mai 1993

## PRO MS

<b>Stefan Schostok</b>	
Die Linke in Europa - Perspektiven und Projekte (Kongreßbericht) .....	14
<b>Uwe Kremer</b>	
Europa-Kongreß - Thesen .....	16

## AB-GRENZUNGEN

<b>Susi Möbbeck</b>	
Einführung zum Schwerpunkt .....	22
<b>Kees Groenendijk</b>	
Europa 1992: Realitäten, Mythen, Chancen .....	23
<b>Christoph Butterwegge</b>	
Nach den Lichterketten nicht zurücklehnen .....	30
<b>Malte Martin</b>	
Vom Immigranten zum "Citoyen" .....	36
<b>Bernd Dobesberger</b>	
Die modische Variante oder Jörg Haiders Präsentation des Rechtsextremismus .....	40

## DEBATTE

<b>Volker Offermann</b>	
Armut in Deutschland .....	43
<b>Emeka Nwokedi</b>	
Afrika und die Neue Weltordnung .....	48
<b>Christoph Strässer/Stefan Lennardt</b>	
Innere Sicherheit - Kein sozialdemokratisches Thema .....	51

## REZENSION

<b>Karsten Rudolph</b>	
Ristau/Scholing/Wien: Tanker im Nebel .....	20
<b>Thomas Friedrich/Gerwin Klinger</b>	
Ernst Nolte: Martin Heidegger. Politik und Geschichte im Leben und Denken .....	56
<b>Edgar Göll</b>	
"Malcolm X - Unbekannte Radikalität" .....	57

# KURZUM

von Uwe Kremer

## I.

Engholms Rückzug: Bedauerlich, wie, aber gut so, daß es gekommen ist. Schließlich war er einer der Hauptverantwortlichen für die Petersberger Wende im Asylrecht. Und schließlich war er es, der vor einigen Tagen - rechtzeitig zum 1. Mai - meinte, der Erwerbslosigkeit mit der Einrichtung eines offiziellen Niedriglohnssektors beikommen zu wollen. Der Übergang von Vogel zu Engholm war offenbar auch ein Übergang zur sozialdemokratischen Prinzipienlosigkeit - und einem Zustand, in dem jede Schweinerei mit der Aura der Nachdenklichkeit bemäntelt werden konnte. Und was kommt danach? Was meine ich dazu? Nun: Für die Frage der Kanzlerkandidatur ist entscheidend, wer klar für eine rot-grüne Option auftritt und die Partei dafür am ehesten im Wahlkampf mobilisieren kann. Also Schröder. Die Partei würde ich dem nicht überlassen. Sie muß gerade ihm gegenüber eine eigenständige Rolle spielen können - am besten auf der Basis des "Berliner Grundsatzprogramms" und in Abkehr von "Petersberg". Also Wiczorek-Zeul. Und da eine stärkere Akzentuierung der sozialen Interessenvertretung absolut notwendig ist, sollte jetzt (ersatzweise auch etwas später) Rudolf Dressler an die Fraktionsspitze. Soweit dazu.

## II.

Doch der ganze Vorgang berührt offenbar viel grundlegendere Aspekte als diejenigen, die jetzt vorrangig diskutiert werden. Denn natürlich steckt hinter Engholms Rückzug mehr als die eine oder andere Lüge oder eine dahinter vielleicht noch verborgene weiterge-

hende Verstrickung in jener Affäre. Auch der Rückzug von Brandt im Jahre 1974 spiegelte damals ja innerhalb des personellen Gefüges von Republik und Partei die Veränderungen des gesamten politischen Klimas wider (auch wenn der Anlaß weitaus schwerwiegender war). Ging es damals um das Ende des reformerischen Aufbruchs, dem unter Schmidt allerdings immerhin noch ein kompetenter Pragmatismus folgte, so stoßen wir heute beim Nachfassen auf die dramatisch wachsende *Gestaltungsunfähigkeit der "Politik"*. Und da es immer weniger um politische Gestaltung geht, rücken dafür immer mehr die Fragen der Korruption, des Schwindels, des privaten Lasters und ähnlicher Mächen- und Leidenschaften in den Vordergrund (obwohl die Welt in dieser Hinsicht heute wohl nicht schlechter verfaßt sein dürfte als früher). Die offizielle "Linke" trifft dies in einem besonderen Maße. Denn da sie - ganz anders als die meisten rechten Strömungen mit ihrem ganzen Kanon vom freien Markt bis zu Recht, Ordnung und Nation - so viel an Substanz und Identität aufgegeben ("ideologischen Ballast abwerfen!") und kaum noch etwas zu verteidigen hat, ist sie besonders anfällig für die Krisenerscheinungen und Depressionen der "Politik" und besonders geeignet für die Inszenierungen und Enthüllungen der Medien, die zunehmend den Platz einnehmen, den die "Politik" ob ihrer Gestaltungsunfähigkeit zunehmend räumt. Nachdem nämlich schon zuvor die meisten Weltbilder zusammengebrochen sind, ist heute nicht einmal mehr ein ordentlicher Pragmatismus möglich - und dies erzeugt vor allem auf dem linken Flügel der politischen Kaste eine gähnende innere Leere, die die einen mit der zeitgeistigen Arroganz gewendeter Ex-Sozialisten, die anderen mit dem Hochlebenlassen innerer Werte und im Dreschen von Glaubwürdigkeitsphrasen im "ergebnisoffenen Bürgerdialog" und dritte mit dem ungebrochen demonstrierten Verantwortungsgefühl des Kapitäns auf einem untergehenden Schiff überspielen. Was übrig bleibt (wenn überhaupt), sind einerseits zerrüttete Parteien mit ihren Mitgliedern und gewöhnlichen Funktionären und andererseits eine kommunal gestützte und in die öffentliche, aber auch die Privatwirtschaft ausgreifende Kaste, in der sich die traditionelle sozialdemokratische Bürokratie mit zeitgeistig-liberalen Mächtigen-Polit-Managern zusammengefunden hat. Es sei daran erinnert, daß daraus Dokumente wie



Aufeinander zugehen  
**Freitag**  
 Die Ost-West-Wochenzeitung

**Ich möchte den FREITAG kennenlernen...**

und bestelle 6 Ausgaben zum Probiertpreis von DM 12,- (nur Vorkasse: Bar oder Scheck), wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abonnement um.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche (Poststempel) beim FREITAG, Postfach 360 520, 1000 Berlin 36 widerrufen kann.

2. Unterschrift

**Einsenden an: Vertrieb FREITAG  
 Postfach 360 520, 1000 Berlin 36**

jenes erwachsen, in denen vor einiger Zeit in Nordrhein-Westfalen eine ominöse Verbindung von "Modernität" und "Bodenhaftung" gepredigt und die ganze Entleerung der offiziellen "Linken" so eindrucksvoll dokumentiert wurde. Diese Kaste, der es materiell saugut geht und die keine Ideen, sondern nur noch ihren Status zu verteidigen hat, braucht aber Wahlergebnisse - und so erschallt regelmäßig der Ruf nach dem "kleinen Mann". Aber der hört nicht mehr ... Und nun gerät sie unter Beschuß - auch und gerade durch die Medien, was manchmal höchst perfide abläuft. *Aber unser Mitleid hat sie in dieser Situation deshalb noch lange nicht verdient.*

III.

Ich denke, daß es innere Verbindungslinien zwischen der Krise der deutschen Sozialdemokratie und dem Zerfall der spanischen PSOE (aber man denke auch an Entwicklungen in der österreichischen oder der schwedischen Sozialdemokratie - von unappetitlichen Randerscheinungen wie der italienischen PS ganz zu schweigen), aber auch - jawohl! - zwischen dem Rücktritt von Engholm und dem Selbstmord von Beregovoy gibt. Es ist das *Phänomen einer tiefgehenden Depression und inneren Entleerung*, das sich in der "sozialistischen" Schickleria Spaniens ebenso eingeschlichen hat wie in der gewendeten

"Enkelei" in Deutschland, in der französischen Staatslinken der "Generation Mitterand" ebenso wie unter den ältesten Modernisierern in Österreichs Sozialdemokratie oder Britanniens Labour - und zwar seitdem sich die anfängliche Hoffnung, man könne sich selber - weil irgendwie moderner und ein bißchen sozialer - an die Spitze der kapitalistischen Modernisierung und des Liberalismus setzen und gar am weltweiten Triumphzug der "freien Marktwirtschaft" an vorderster Stelle teilnehmen, im Nichts aufzulösen begann. Dieser zunächst einmal politische Zustand hat sich mittlerweile tief in die Seele der "Linken" und ihrer "Politiker" hineingefressen. Die "Staatslinke"

ABO

Ich abonniere spw für mindestens zwölf Monate ab sofort/ab Heft Nr. ... spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

- Jahresbezugspreis (incl. Versand): Inland DM 51,-
- Ausland DM 54,-
- ermäßigter Inlandspreis (für SchülerInnen, StudentInnen, Arbeitslose; nur gegen schriftliche Bescheinigung) DM 42,-
- ermäßigter Auslandspreis (wie oben) nur gegen Bescheinigung) DM 45,-

Das ABO geht an:  
Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift

1. Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche widerrufen werden (Poststempel). Ich bestätige hiermit, daß ich über mein Widerrufsrecht in Kenntnis gesetzt wurde.
2. Ich bin damit einverstanden, daß die Post etwaige Änderungen meiner Anschrift an den Verlag weiterleitet.

2. Unterschrift (bitte auch hier unterschreiben)

! Wenn Sie ein Geschenkabonnement bestellen, so müssen Sie sowohl die Adresse des/der Beschenkten als auch Ihre Adresse in der jeweiligen Spalte oben angeben.

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.  
Die Rechnung geht an:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Ich wünsche Bankinzug:

Geldinstitut \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Konto \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Buchprämie  
Ich habe mir die Buchprämie Nr. ... ausgesucht. Sie geht an folgende Adresse:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Ich habe den Betrag von DM 15,- meiner Probe-Abo-Bestellung beigefügt.

Probe ABO

Probe-ABO  
Ich bestelle ein spw Probe-Abonnement zum Preis von DM 15,-. Damit erhalte ich die nächsten beiden Ausgaben von spw, die in zweimonatlichem Rhythmus erscheinen. Das probe-Abo verlängert sich *nicht* automatisch. Die Lieferung unterhalb eines Bestellwertes von DM 30,- erfolgt nur gegen Vorkasse. Bitte Verrechnungsscheck, Banknote bzw. Briefmarken beifügen.

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Coupon ausschneiden und einsenden an: spw-Verlag, Kieler Str. 13, W-5000 Köln 80

wird zunehmend zu einem pathologischen Phänomen - sicherlich in einem medialen Umfeld, das absolut krankheitsfördernd wirkt, aber keineswegs an der Krankheit selbst schuld ist. Und kein Personalwechsel und keine Medienschelte und keine Parteireform wird daran für sich genommen irgend etwas substantiell ändern können. Die Krankheit ist politisch-konzeptioneller und insofern moralischer Natur, als es um eine Moral geht, die auf politischer Überzeugung und nicht auf deren Abwesenheit beruht.

IV.

Die tiefgehende Krise der sozialdemokratischen bzw. "sozialistischen" Parteien Westeuropas ist offenkundig kein konjunkturelles Phänomen, sondern struktureller Natur - sie liegt an der Schnittstelle zwischen der allgemeinen Krise der Linken und einer tiefgreifenden Umwälzung im politischen System, was sich in Italien sicherlich sehr anders ausdrückt als in Schweden, in Frankreich anders als in Österreich. Am dramatischsten erscheint aber die Situation in den romanischen Ländern - vielleicht deswegen, weil die dortigen Parteiensysteme nicht an der klassischen wohlfahrtsstaatlichen Doppelstruktur von sozialdemokratischen Massenparteien und Einheitsgewerkschaften anknüpfen können, während diese Struktur in Deutschland, Österreich, Großbritannien und Schweden noch immer zu einem stärkeren Zusammenhalt der Sozialdemokratien beiträgt:

4 In *Spanien* befindet sich die PSOE im Dauerkonflikt mit der "eigenen" Gewerkschaft UGT und intern in einer Zerreißprobe zwischen den "rechten" (liberalen) Erneuerern und dem "linken" Apparat um Alfonso Guerra. Letzterer verteidigt allerdings wohl mehr seine Machtpositionen und funktionalen Interessen, zumal er aufgrund seiner Verfilzung ziemlich unter Beschuß geraten ist. Die eigentliche Parteilinke um Pablo Castellano ist hingegen marginalisiert - oder beschränkt sich auf die Arbeit in der UGT. Gleichzeitig kann die Izquierda Unida dadurch natürlich ihren Spielraum vergrößern.

4 In *Italien* bemüht sich die PSI unter Giorgio Benvenuto um einen Selbstreinigungsprozeß, dessen politische Ergebnisse eher in eine Richtung gehen dürften, wie sie auch Achille Occhetto für die PDS (ehem. PCI) im Auge hat - nämlich die Erneuerung in

Richtung einer "demokratischen Linken" - ehrbar und offen, aber unter Abwurf weiteren "sozialistischen Ballastes". Die PDS-Linke unter Pietro Ingrao hat schon anlässlich des kurzlebigen Regierungseintrittes den Aufstand geprobt, während sich jenseits davon die Kontakte im Spektrum von "La Rete" (die vor allem im Süden beheimatete progressive "Liga") bis hin zur "Rifondazione Comunista" verstärken.

4 In *Frankreich* schließlich bricht die PS auseinander, nachdem sich Michel Rocard im Handstreich an die Spitze gesetzt hat, um eine neue Sammlungsbewegung unter öko- und sozialliberalen Vorzeichen zu kreieren. Die Parteilinke - zuvorderst der ehemalige Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement - hat die PS weitgehend verlassen und unterstützt das "mouvement du citoyen", eine Vereinigung mit dem Ziel einer grundlegenden radikal-demokratischen und letztlich wohl sozialistisch geprägten Alternative. Was hierbei besonders - aber auch mit Blick auf die "stabileren" Verhältnisse in anderen westeuropäischen Ländern - auffällt, ist eine doppelte Tendenz:

4 auf der einen Seite die Neigung zu *Neuformierungsprozessen mit starken Elementen einer "demokratischen Partei"* nach US-amerikanischem Vorbild - eine demokratisch-liberale Sammlung mit ökologischem und sozialem Gewissen als Bezugspunkt für diverse Bürgerinitiativen und Bewegungen, die vor allem über die medienwirksame und personenorientierte Inszenierung (von Wahlkämpfen) funktioniert denn als eigenständig organisierte Massenpartei;

4 auf der anderen Seite aber auch *Neuformierungsprozessen im radikal-demokratisch-linksozialistischen Spektrum* - wie an den Beispielen Italiens und Frankreichs besonders gut ablesbar - , die gleichfalls nicht auf den klassischen Typus der Massenpartei zu setzen scheinen, sondern auf eine politische Vernetzung von Initiativen und Bewegungen, aber antagonistisch gegenüber der herrschenden Struktur der Öffentlichkeit (und bezogen auf die USA vielleicht eher mit dem "Regenbogen" vergleichbar).

Wie gesagt, diese Tendenzen werden in manchen Ländern - wie z.B. in Deutschland, Österreich oder Großbritannien - noch durch die klassischen Strukturen des Parteiensystems verdeckt und verdrängt. Aber es gibt sie - und sie haben

beide eine gemeinsame Rationalität, weil sie reflektieren, daß sich die Orte der alltäglichen Politik strukturell ausdifferenziert und verlagert haben und es keinen Weg mehr zurück gibt zur Verknüpfung von "Staat" und ziviler "Gesellschaft", wie sie durch den klassischen Parteitypus nordwesteuropäischer Herkunft hergestellt wurde. Und nur in dieser Bandbreite von Tendenzen wird vermutlich eine Neuformierung auf der Linken stattfinden, die die oben angesprochene Leere mittelfristig überwinden und den Weg zu neuen sinnstiftenden Projekten ebnet kann. Natürlich für uns besonders interessant: Die Formierungsprozesse "ganz links". *Rot-grüne Optionen auf radikal-demokratisch-sozialistischer Grundlage* artikulieren sich zunehmend eigenständig in den romanischen, seit längerer Zeit aber auch in einigen skandinavischen Ländern (man denke vor allem an die Sozialistische Volkspartei in Dänemark). Aktuell scheint es so zu sein, daß sich auch die lange Zeit weitgehend befriedete SPD- und Labour-Linke wieder deutlicher artikuliert - in *Deutschland* im Gefolge der "Petersberger Wende", in *Großbritannien* im Konflikt mit der Wirtschaftspolitik von John Smith. Insgesamt jedenfalls finden in ganz Westeuropa Re-Formierungsprozesse auch und gerade auf dem linken Flügel der "Linken" statt, ohne daß dies in seiner ganzen Bedeutung ins Bewußtsein treten würde.

V.

Die deutsche Parteilinke - bekannt für ihre staatstragende Biederkeit und Harmoniesucht - steht heute vor der Frage, ob sie den Bruch mit "Petersberg" und der ganzen "Enkelei" wirklich durchhält oder ob sie eine neue "linkere" Personalkonstellation an der Spitze der SPD zum Anlaß nimmt, sich wieder einbinden und aufsplintern zu lassen. Statt von der Führung wehleidig die "Wiederaufnahme des Diskurses mit der Parteilinken, der von den Enkeln fast vollständig gekappt worden ist" zu fordern (so in einer Erklärung linker Bundestagsabgeordneter zum Rücktritt von Engholm), kommt es darauf an, wie die Parteilinke *ihren eigenen Diskurs* organisiert und ob sie den Fall Engholm zum Anlaß nimmt, sich über ihre eigenen Illusionen Rechenschaft abzulegen und ihre Rolle radikaler als bisher und mit Blick auf geistesverwandte Strömungen hier und in unseren Nachbarländernischer zu diskutieren.

# Die Anpassung an das Scheitern

## die SPD und der "Solidarpakt"

von Detlef Umbach\*

"Nicht mit Gold oder Silber sondern mit Arbeit wurde aller Reichtum dieser Welt letztlich erworben." Adam Smith

### 1.

Nachdem die SPD in der "Asylfrage" schmählich eingeknickt war, schien es kurze Zeit so, als wäre es der Bundesregierung in den Verhandlungen zum "Solidarpakt" gelungen, eine bislang verborgene "Widerstandslinie" der SPD offenzulegen: es schien so, als wären bestimmte soziale Brutalitäten mit der Zustimmung dieser Partei nicht möglich. Die SPD hätte dann als Opposition wenigstens dieses eine Mal "das Schlimmste verhindert", nämlich die wachsende Resignation und Abwendung der sozial Schwachen von der Demokratie weiter zu beschleunigen. Die Nachverhandlungen zum "Solidarpakt" haben dann diesen Eindruck eines Ansatzes von wirksamer Oppositionspolitik zweifelhaft werden lassen.

War auf dem Berliner Parteitag noch gefordert worden, die Regierung "mit der sozialen Frage zu jagen"; so treibt tatsächlich die Regierung die SPD vor sich her: 1990 mit der Wirtschafts- und Währungsunion und der Wiedervereinigung, 1991/92 mit der Frage des Asylrechts, 1992/93 mit dem "Solidarpakt" und nun mit der Frage der "Blauhelmeinsätze". Es besteht zwischen der CDU/CSU-FPD-Regierung und der SPD ein eigentümlich verkehrtes Verhältnis: Nicht die Oppositionspartei SPD setzt die Regierung unter Druck, sondern die Regierung bestimmt zunächst den Punkt der Auseinandersetzung und erzwingt dann im Konflikt eine Art "nachfolgenden Gehorsam" der SPD, die sich dann immer wieder zwar widerstrebend und fast einflußlos in "die Verantwortung" einbinden läßt. An keinem Punkt kann die SPD z.Z. auch nur den Anspruch auf Meinungsführerschaft in den zentralen politischen Fragen glaubhaft machen; Meinungsführerschaft ist aber die zentrale Voraussetzung einer jeden erfolgreichen Regierungsübernahme. Umgekehrt ist es der Regierung Kohl trotz offenkundiger Fehlentscheidungen in vie-

len zentralen Politikbereichen bislang immer wieder gelungen, zumindest den Eindruck der Meinungsführerschaft der Regierung aufrecht zu erhalten.

Am gravierendsten macht sich die weitgehende Subalternität der SPD gegenüber der Regierung gerade in dem Bereich geltend, in dem das Scheitern der Regierung am offenkundigsten ist: der Wirtschaftspolitik für Ostdeutschland.

### 2.

Die ostdeutschen Länder und Gemeinden werden z.Z. aus dem Fonds "Deutsche Einheit" weit unter ihrem Ausgabenbedarf bezuschußt, dieser Fonds läuft im Jahr 1994 aus. Hätte es bis dahin keine Neuregelung gegeben, dann hätten die ostdeutschen Länder ab 1995 automatisch an dem Länderfinanzausgleich teilgenommen. Ein Länderfinanzausgleich in der Größenordnung von rd. 20 Mrd. DM jährlich hätte die westdeutschen Länder finanziell stranguliert; am härtesten hätte es den Stadtstaat Hamburg getroffen, der nach der Modellrechnung des Sachverständigenrats fast ein Fünftel seiner Einnahmen verloren hätte.

Durch den "Solidarpakt" ist die Last der Unterstützung der ostdeutschen Länder wesentlich auf den Bund verlagert worden, ab 1995 sollen von den netto fast 56 Mrd. DM für die fünf neuen Länder nur 4,9 Mrd. DM von den westdeutschen Ländern und 51 Mrd. DM von dem Bund getragen werden. Damit ist eine Lastenverteilung festgeschrieben, welche die Länder finanziell nicht ausbluten läßt. Aus dieser für die Bundesländer prinzipiell positiven Regelung erklärt sich das große Interesse aller Länder an einem Konsens mit der Bundesregierung.

Der ganze Pakt beruht allerdings auf einer optimistischen Einschätzung der Konjunktur: "Die hoffnungsfrohe Behauptung, im Jahr 1995 sei eine höhere Steuer unschädlich, weil bis dahin die Konjunktur wieder angesprungen sei, hat die Qualität einer Milchmädchenrechnung."<sup>1</sup> Die unerwartet lange und tiefe Rezession wird neue Löcher in die Staatsfinanzen reißen, die den ganzen "Solidarpakt" schnell zu Makulatur werden lassen.

Aber das ist nicht einmal das Hauptpro-

blem. Der "Solidarpakt" trägt seinen Namen zu unrecht: Für die Zukunft der ostdeutschen Wirtschaft enthält der "Solidarpakt" kaum Perspektiven: Es wurde eine Reihe von Fehlern aus dem Prozeß der Wiedervereinigung endlich korrigiert, aber eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik wurde nicht einmal im Ansatz skizziert.

Neben der längst überfällige Finanzierung der neuen Länder ab 1995 wurden die ostdeutschen Wohnungsbauunternehmen von ca. 31 Mrd. Altschulden entlastet, zugleich wurden ihnen verstärkt zinsverbilligte Kredite zur Verfügung gestellt. Diese entlastenden Maßnahmen ersetzen nicht das längst überfällige Wohnungsbauprogramm in Ostdeutschland. Gerade von dem heute dardniederliegenden Wohnungsbau könnten bei der Durchführung eines großen Wohnungsbauprogramms mehrere positive Wirkungen ausgehen: Es gäbe mehr Arbeitsplätze, es gäbe eine Stabilisierung der Konjunktur - jede DM an Bauinvestitionen bewirkt durch die Vorleistungen nach Angaben des Ifo-Instituts rd. zwei DM Steigerung im Bruttosozialprodukt -, schließlich würde durch eine Beseitigung der Wohnungsnot einer Vielzahl von sozialen Spannungen die Grundlage entzogen werden. Ein solches Wohnungsbauprogramm wäre allerdings für Ostdeutschland allein nicht denkbar, die Beseitigung der Wohnungsnot ist eine gesamtdeutsche Aufgabe.

Selbst wenn die SPD aus "übergeordneten Interessen" einem solchen "Solidarpakt" zugestimmt hätte, sie hätte zugleich die grundlegenden Mängel und ihre weitergehenden Ziele verdeutlichen müssen. Stattdessen wurde auf die Forderungen nach einer Ergänzungs- und einer Arbeitsmarktabgabe verzichtet, und die SPD hat sich wieder "bis zur Selbstaufgabe" einbinden lassen.<sup>2</sup>

### 3.

Die deutsche Wirtschaft steht heute vor der größten Herausforderung seit dem II. Weltkrieg: Die sehr bescheiden gebliebene wirtschaftliche Aufwärtsbewegung in Ostdeutschland bricht ab, weil die weitere Entwicklung von der eingetretenen Rezession bestimmt wird. "Jetzt steht sie vor der Tür, die Schreck-

kenskombination der Wirtschaftspolitiker: Rezession West statt Aufschwung Ost."<sup>3</sup> Die Aussichten für das Jahr 1993 sind bescheiden, reihenweise werden geplante Investitionen in Ostdeutschland verschoben oder abgesagt, und die Rezession verstärkt den Verdrängungswettbewerb auf den ostdeutschen Märkten. Ein Solidarpakt, der seinen Namen verdient, hätte einen solidarischen Weg zeigen müssen, wie dieser Herausforderung entsprochen werden kann. Bei dem "Solidarpakt" ging es im Wesentlichen nur um die heute absehbaren Fehlbeiträge im Staatshaushalt, darüber hinaus müssten heute bereits Konzepte dafür entwickelt werden, wie Ostdeutschland mittelfristig "auf die Füße kommen kann" und wie der damit verursachte Finanzierungsbedarf zu bewältigen ist.

### 4.

In Ostdeutschland ist seit 1990 eine Art von Wirtschaft entstanden, wie es sie in der Weltgeschichte noch nicht gegeben hat: Es werden dort rund doppelt so viele Güter und Dienstleistungen verwendet, wie dort erzeugt werden. Die Lücke zwischen Verwendung und Produktion wird durch einen erheblichen Überschuß der Importe über die Exporte geschlossen. Das Ergebnis ist ein riesiger Fehlbeitrag im Außenhandel, der schließlich durch Geldübertragungen aus Westdeutschland gedeckt werden muß. Dafür wurden 1992 laut Sachverständigenrat 234 Mrd. DM brutto aufgewendet, wovon rd. 80% in den privaten und öffentlichen Konsum gingen.

Zum Verständnis des Schaubilds: Die inländische Verwendung umfaßt alle konsumierten und investierten Güter und Dienstleistungen, das Bruttosozialprodukt mißt die Gesamtheit der neu geschaffenen Werte (ohne Vorleistungen), und der Außenbeitrag zeigt an, in welchem Verhältnis Ex- und Importe zueinanderstehen. Wenn der Außenbeitrag

negativ ist, dann verwendet die Region mehr Güter und Dienstleistungen, als sie selbst hergestellt hat.

In dieser Konstellation ist die "soziale Marktwirtschaft" in Ostdeutschland eine Karikatur ihrer selbst. Nur mit der westdeutschen Landwirtschaft vergleichbar, beruht die Wirtschaftstätigkeit in Ostdeutschland insgesamt auf einer jährlich erneuerten gigantischen Zuschußleistung. Würden diese Zuschüsse ausbleiben, müßte die ostdeutsche Wirtschaft zusammenbrechen; und trotz der großen Zuschüsse blieb das Wirtschaftswachstum mit rd. sechs Prozent in 1992 sehr bescheiden. Grob vereinfacht kann man sagen: wenn in Ostdeutschland eine Mark ausgegeben wird, dann wurden vorher fünfzig Pfennig von West- nach Ostdeutschland geschickt.

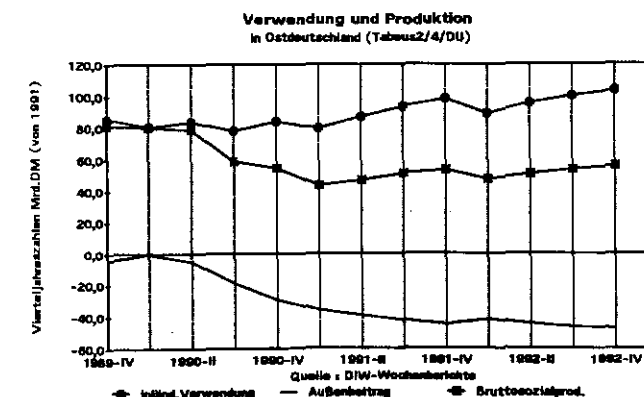
Seit 1990 nimmt die strukturelle Abhängigkeit Ostdeutschlands von westdeutschen Zahlungen immer stärker zu, weil die ostdeutschen Unternehmen durch die Wirtschafts- und Währungsunion vor kaum zu bewältigende Schwierigkeiten gestellt wurden, ohne von der Wirtschaftspolitik eine wirksame Unterstützung zu erfahren. Die Bundesregierung richtete die Wirtschaftsförderung einseitig auf die Neuansiedlung bzw. die Privatisierung von Betrieben aus, aber beides ist nur schleppend vorangekommen. Auch 1992 lagen die privaten Investitionen pro Beschäftigtem in Ostdeutschland rd. 25% unter dem westdeutschen Niveau, von einer durch die Investitionen getragenen "Aufholjagd" kann keine Rede sein. Von einer Zuschußökonomie, in der die Zuschüsse nur zum geringsten Teil für Investitionen genutzt werden, irgentwann einen selbsttragenden Aufschwung zu erwarten, ist bloßes Wunschdenken.

Die Lösung besteht nicht darin, den Ostdeutschen den in der Regel bislang bescheidenen Lebensstandard wegzukürzen zu wollen. Was Ostdeutschland benötigt, sind in den nächsten Jahren sehr viel größere Investitionen: Bislang ließ die Bundesregierung einen großen Teil der Produktion hauptsächlich in der Investitionsgüterindustrie zusammenbrechen, während vor allem der private und der öffentliche Konsum durch Geldübertragungen

stabilisiert wurden. Aber nur Investitionen schaffen und sichern Arbeitsplätze, die unzureichenden Investitionen von heute bewirken die fehlenden Arbeitsplätze von morgen. Wenn Ostdeutschland in absehbarer Zeit wieder hauptsächlich von "seiner eigenen Hände Arbeit" leben soll, dann wird das sehr viel größere Investitionsmittel erfordern als bisher zur Verfügung gestellt wurden. Sollten die privaten Investoren sich weiter zurückhalten, wird der Staat in die Lücke springen müssen, d.h. es muß noch größere Übertragungen nach Ostdeutschland geben als bisher.

Eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik wird unter diesen Voraussetzungen stets zugleich eine Politik brutaler Umverteilung sein müssen: billiger wird es nicht mehr, es kann nur noch teurer werden, wenn die notwendigen Investitionen noch weiter verzögert werden. In der laufenden Rezession wird ein Teil der Illusionen verfliegen, die Entwicklung in Ostdeutschland sei eine Art wirtschaftlicher Selbstreinigungsprozeß, der quasi automatisch zu einem "Ende der Talsohle" führt; die Umrisse der skizzierten wirtschaftspolitischen Herausforderung werden deutlicher hervortreten. Es bleibt abzuwarten, ob die politische Klasse dann zu einem wirklichen Solidarpakt die Kraft finden wird.

Bei der Brutalität der Aufgabe wird es keine Tabuzonen geben können... Und es soll niemand glauben, in Deutschland sei kein Geld vorhanden: die deutschen Unternehmen schieben ein nicht in der Produktion investiertes Geldvermögen von etwa 600 Mrd. DM vor sich her... 1992 wurden ähnlich wie 1991 laut Bundesbank rd. 90 Mrd. DM im Ausland angelegt... "Dieses Land muß endlich darüber aufgeklärt werden, daß sich auf dem Gebiet der Vermögensentwicklung nicht nur riesige Verbesserungen zugunsten der Immobilien- und Geldbesitzer ergeben haben, sondern daß die Besteuerung der realen Vermögensverhältnisse schändlich gering geblieben ist."<sup>4</sup>



\* Detlef Umbach, Dipl.-Pol., lebt in Hamburg und ist Mitglied der SPD.

1 FAZ vom 13.4.1993, S. 1.  
2 Siehe z.B. das folgende Selbstlob aus der "partei-offiziellen Bewertung des Solidarpakts": "Es ist das Verdienst der SPD die weitere Entindustrialisierung der neuen Bundesländer gestoppt zu haben." Vorwärts, H. 4/93, S. 3.  
3 Noé, Claus, Rezession West statt Aufschwung Ost?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn November 1992, S.1.  
4 Dönhoff, Marion, Schmidt, Helmut u.a., Weil das Land sich ändern muß, Reinbek 1992, S. 54.





## Der Konsens-Virus oder die Sehnsucht nach Weisungen

von Gustav W. Sauer\*

Die SPD mischt in der Konsensfindung zur Zukunft der Kernenergie kräftig mit. Die Energiewirtschaft möchte glauben machen, ohne Zustimmung der SPD werde kein neues Kernkraftwerk gebaut. Dabei wird allerdings eines übersehen bzw. verschwiegen: die Rolle der Bundesauftragsverwaltung (BAVw).

1. Die BAVw sieht gemäß Artikel 85 GG vor, daß die Länder im Auftrag des Bundes bestimmte Gesetze vollziehen sollen. Dies ist beim Atomgesetz der Fall. Dabei kann sich der zuständige Bundesumweltminister (BMU) u.a. Akten und Berichte vorlegen lassen; ferner hat der BMU nicht nur die Rechtsaufsicht, sondern auch eine Zweckmäßigkeitssicht inne, was heute heißt, abweichende Bundesländer mittels Weisungen auf des BMU rechtliche und fachliche Positionen zu zwingen, freilich ohne dies als BMU selbst verantworten zu müssen. In der Tat verfolgt der BMU damit einen offen risikoorientierten, bestimmte SPD-Länder indessen einen strikt sicherheitsorientierten Gesetzesvollzug.

2. Die BAVw hat sich zudem konkretisiert, als 1990/91 mit zwei Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts die Bundesaufsicht zur omnipotenten Weisungsbehörde ausgehoben wurde (BVerfGE 81, 310 ff. vom 22.05.1990; BVerfGE 84, 25 ff. vom 10.04.1991). Seither ist rechtens, daß die Bundesländer prak-

tisch keine Rechtsschutzgarantie gegenüber dem Bund mehr haben sollen.

3. Diese Stärkung der BAVw ist allerdings Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen geschuldet; Ergebnis: Gemeinsam sind wir schwach.

Nordrhein-Westfalen wollte wegen eines "Tschernobyl-Gutachtens" zum Schnellen Brüter Kalkar (SNR-300) vom Bundesverfassungsgericht die genehmigungsrechtlich unwesentliche Frage geklärt wissen, ob ein solches Gutachten in Auftrag gegeben werden darf, bevor atomrechtliche Entscheidungen folgen sollten. In der mündlichen Verhandlung am 20.02.1990 nahm Nordrhein-Westfalen indessen das Angebot des BMU auf ein Teilgutachten überraschenderweise nicht an und riskierte damit eine Entscheidung gegen alle anderen Länder. Stattdessen ließ sich Nordrhein-Westfalen von der Bundesregierung gleichsam "advokatorisch-argumentativ abschlichten".

Niedersachsen wurde vom Bundesverfassungsgericht auf Antrag des BMU ein Verfassungsverstoß bestätigt, weil es entgegen einer Weisung Planunterlagen zum Endlager im Schacht Konrad noch nicht öffentlich ausgelegt hatte. Zwar dürften diese Planunterlagen tatsächlich nicht auslegungsfähig gewesen sein, aber auch hier ging es nur um Papier.

Dem Bundesverfassungsgericht wurden also eindeutig nur Unterprobleme zur Entscheidung gleichsam aufgedrängt, die nicht im entferntesten mit einschneidenden atomrechtlichen Entscheidungen (Stillegung, Rücknahme, Widerruf etc.) zu tun hatten.

Deshalb bleiben Fragen: Warum wurde dennoch der SNR-300 Kalkar nach einer gewissen Schamfrist aus fiskalischen Gründen aufgegeben? Was ist von den Schadensersatzdrohungen in Milliardenhöhe gegen Nordrhein-Westfalen geblieben?

Zeitlich parallel mußte ebenso überraschen, daß auch im Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz vom Oktober 1989 (Vorsitzland: Nordrhein-Westfalen) zur Einsetzung eines Staatssekretärsausschusses "Entsorgung" sich die Länder sogleich gegenüber dem BMU einseitig einer "Friedenspflicht" - nämlich die Entsorgungsgrundsätze für Kernkraftwerke von 1980 fortgelten zu lassen - unterwarfen; dies ohne Anlaß, es sei denn, ein gleichzeitig für Schleswig-Holstein fertiggestelltes Rechtsgutachten zur Entsorgungsfrage sollte elegant neutralisiert werden. Jenes stuft

nämlich eben diese Entsorgungsgrundsätze von 1980 als rechtlich unverbindlich ein.

Mit anderen Worten: Ist vielleicht Regie dahinter, sich zwar vor dem Bundesverfassungsgericht formal zu zanken, sich als Antragsteller - was angreifen bedeutet hätte - vom BMU abfertigen zu lassen, um danach den SNR-300 Kalkar dennoch "beerdigt" zu bekommen mit dem "Ergebnis", daß allerdings für alle anderen Länder eine omnipotente Weisungsbehörde geschaffen wurde - h'oni soit qui mal y pense! Und Niedersachsen tappte gleich danach in diese Weisungsfalle.

4. Die BAVw in Sachen Atomgesetz ist dabei keineswegs verfassungsrechtlich zwingend. Sie kann man sogar einfachgesetzlich aufgeben, indem lediglich § 24 Abs. 1 S. 1 Atomgesetz gestrichen wird. Dann würde das Atomgesetz in reiner Länderzuständigkeit vollzogen wie bspw. Bundesimmissionsschutzgesetz, Abfallgesetz etc. auch. Ohne BAVw hätte mithin der BMU nicht mehr die Möglichkeit, sogar rechtswidrige, aber gerichtlich in einem Bund/Länder-Streit nicht überprüfbare Weisungen zu erteilen. Der Rechtsschutz der Länder und insbesondere von betroffenen Dritten am jeweiligen Anlagenort würde nicht mehr untergepflegt.

5. Ohne die BAVw müßten die Länder allein Sicherheitsmaßnahmen verantworten. Ein Wildwuchs atomrechtlicher Entscheidungen ist nicht zu befürchten, denn gem. Art. 84 GG bliebe die Rechtsaufsicht beim Bund, und zwar ohne Zweckmäßigkeit. Allerdings müßte um eine Vereinheitlichung bei der Durchführung des Atomgesetzes wieder ernsthaft gerungen werden. Der BMU würde auch seiner Reaktorsicherheitskommission (RSK) verlustig gehen, in der auch TÜV, Betreiber und Ersteller von kerntechnischen Anlagen Sitz und Stimme haben, die Länder dagegen nicht!

6. Einen "Nachteil" mag allerdings der Verzicht auf die BAVw haben. Diejenigen Länder nämlich, die zwar wortreich den "Weisungshammer" beklagen, aber klammheimlich bei Weisungen darüber erfreut sind, dann an solche verfassungsrechtlich gebunden zu sein - was sie tatsächlich sind -, müßten dann allerdings Farbe bekennen. Denn ihre kühn erklärten politischen Ziele müßten sie selbst vor den Gerichten durchsetzen. Heute zwar von Stillegungen aller Art bis hin zur Nichtgenehmigung von End-

lagern zu schwadronieren, im Falle einer Weisung sich aber darunter heimelig einzurichten, zeugt nicht gerade von Ernsthaftigkeit, Problemerkennntnis und -bewußtsein. Deshalb scheint die Sehnsucht nach der erlösenden Weisung auch Bestandteil des politischen Kalküls zu sein. In dieses Ritual paßt auch, daß der Beschluß des Staatssekretärsausschusses "Entsorgung" vom August 1990, nämlich den Schacht Konrad prioritär zu benötigen, auch und nur mit der (grünen!) Stimme des Standortlandes, das regierungsamtlich gerade das Gegenteil intendiert, gefaßt worden sein mußte. Er fiel nämlich einstimmig aus - h'oni soit qui mal y pense!

7. Was nun den Konsens in der Energiepolitik betrifft, kann es gar keinen energiepolitischen Konsens, sondern nur einen sicherheitstechnischen Konsens über einen bestimmten Energiemix geben. In dieser Sicht sind bspw. die Kohlearbeitsplätze alles andere als "sicher" im Sinne von Gesundheit oder Ökologie und können deshalb gar nicht generell als "gesichert" gelten, es sei denn, sozialdemokratisches Wählerpotential soll damit praktischerweise ghettoisiert bleiben - um dann seinerseits mit erschreckenden Anteilen zu Rechtswählern zu werden, weil sie sich in diesem erkennbar verlogenen Spiel mißbraucht sehen. Auch die betroffenen Gewerkschaften - die IG Chemie und Bergbau/Energie - müßten endlich einsehen, daß das Schlagwort "Kernenergie und Kohle" von jeher so angelegt war, daß es um "Kernenergie statt Kohle" ging. Ein Rückblick auf die letzten 20 Jahre legt dies erbarmungslos offen.

Das euphemistische Konsensgeschwafel bringt der SPD ohne Faustpfand aber nichts; das einzige Pfand - der Schacht Konrad - wurde ja verschenkt. Also bleibt nur die Infragestellung der BAVw, um noch offensiv agieren zu können. Dann wird sich auch zeigen, wo der Hosenbandorden schon getragen wird.

8. Ob Konsens oder Dissens - der Dritte im Bunde, der Nonsens, darf nicht fröhliche Urständ' feiern, wenn sich nämlich der Konsens nur als aktuell unüberwindlicher Dissens entpuppt und damit zum Kompromiß verkommt, nämlich wie bisher weiterzumachen, was die SPD-Seite blamieren würde.

Im Falle eines Konsenses bedarf es zum einen der BAVw nicht, weil dann die Planungs- und Nutzungszeiten von Großanlagen konfliktfrei vereinbart sind

- und dies ist in unserem Industriestaat unverzichtbar.

Es steht aber zu befürchten, daß der bedauerliche Tod von VEBA-Chef Piltz - der zweite Aderlaß an politischer Vernunft kurz hintereinander dort - in der Energiewirtschaft deren Falken geradezu ermutigt, also Dissens. Dann muß zum anderen sogar die BAVw aufgegeben werden, wenn unter einem aufgezwungenen Energiemix mit Kernenergie sicherheitsgerichtete Maßnahmen noch möglich sein sollen; vor allem, weil BMU Töpfer mehr zwischen sowjetischem Reaktorschrott herumirrt und angesichts dessen unsere Sicherheitsstandards gleichsam als ausreichend darzustellen versucht sein kann.

Im übrigen sollte sich niemand einreden, daß es der BAVw allein deshalb bedarf, sollte einmal unter Mehrheitsführung der SPD ein Kernenergieabwicklungsgesetz verabschiedet werden, denn auch in diesem Fall wäre eine zeitliche Staffe- lung bundesweit bindend.

9. Indessen dürfte gegen Ende dieses Jahrzehnts die Treibhausproblematik so erdrückend und einseitig in der Öffentlichkeit dargestellt werden, daß dann tatsächlich nurmehr die Kernenergie zu bleiben scheint (!) mit dem Ergebnis, daß hier schneller genehmigt werden muß, als überhaupt gebaut werden kann, wie bspw. in Frankreich. Dies scheint auch Töpfers Intention zu sein, aber die SPD-Seite sollte nicht verkennen, daß sie dafür schon Mithaftung trägt.

Freilich bleiben dann die nächstliegenden "Energiequellen", nämlich die rationelle und intelligente Energieverwendung bei uns und insbesondere die Solarenergie vor allem für Entwicklungsländer, wissentlich und willentlich auf der Strecke.

10. Vor diesem Hintergrund ist die SPD darin zu bestärken, bei ihrem "Atomenergie - nein danke" zu bleiben, was aber bloß heißt, die heutigen Reaktorlinien zeitnah abzuwickeln.

In aller Bestimmtheit ist der SPD indessen zu raten, sich endlich merkbar für die solare Option ins Zeug zu legen und additiv - nicht alternativ - den "sicherheitstechnischen Energiekonsens" zu konditionieren. Mit anderen Worten: Wenn schon Kerntechnik, dann ohne Risikorest, d.h. die nach wie vor hochideologisierte "Atomenergie" von einer risikorestfreien "Kerntechnik" ablösen zu helfen. Das französische Projekt von Siemens/FRAMATOME trägt indes nur "des Kaisers neue Kleider".

# NEU

## Kommunale Gleichstellung

Zum Jahresende nach der Errichtung der ersten kommunalen Gleichstellungsstelle in der Bundesrepublik verzeichnen wir heute mehr als 1000 dieser Institutionen. Kann eine Förderung der Frauenbewegung hat sich so breit durchsetzen können haben einer eingehenden Analyse der Entwicklung in den letzten Jahren gibt die hier Antworten auf viele ungelöste Fragen eines emanzipatorischen Bewegungsbegriffs für Frauen im Rahmen der institutionellen Handlungsbedingungen kommunaler Gleichstellungsbeauftragter.

230 Seiten, Buchhandelspreis DM 35,-  
Ich bestelle direkt bei spw

Exemplar von "Beratung in kommunalen Gleichstellungsstellen" zum Preis von je DM 35,- (incl. Versand)

Name, Vorname \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_  
 Ich zahle mit Verrechnungsscheck (zuzüglich) \_\_\_\_\_  
 Ich zahle nach Erhalt der Rechnung \_\_\_\_\_

Gutschein ausschneiden und einsenden an: spw Verlag, Kieler Str.13, D-2100 Kollnbe 80

# im Mai

# Vorschau Frühjahr '93

Kurt Faller/Reinhard Hahn/  
Rainer Zeimentz (Hg.)  
**Dem Haß keine Chance**  
Wie ist die Gewalt  
zu stoppen?

Ein Buch, das Hintergründe und Zusammenhänge erklärt und Wege zu eigenem Handeln zeigt: „Zähne auseinander!“

Neue Kleine Bibliothek 30  
164 Seiten, DM 14,80  
ISBN 3-89438-052-7  
ET: Ende März

\*

Matthias von Hellfeld  
**Die Nation erwacht**  
Zur Trendwende der deutschen  
politischen Kultur

Rechtsextreme Denkfiguren und Bilder tauchen immer beiläufiger in Politik, Medien, ja selbst der Werbung auf. Deutschland steht vor einem „Extremismus der Mitte“. Wieviel Rechtsextremismus verträgt der Zeitgeist?

Kartiert, 14,2 x 19,7 cm,  
zahlreiche Abbildungen  
183 Seiten, DM 24,80  
ISBN 3-89438-055-1  
ET: Mitte März

\*

Manfred Henle/  
Moby Dick-Arbeitsgruppe  
Stadtjugendring Augsburg  
**R/AUSLÄNDER AUS!**  
Argumente gegen Rechts-  
extremismus und Rassismus

Das Buch ist aus der Arbeit mit einer gemischtnationalen Gruppe im Augsburger Jugendtreff "Moby Dick" entstanden. In 19 Rubriken wird dokumentiert und "zersägt", was europäische Rechtsextremisten zu Krieg und Frieden, Nation, Ausländern, Vaterland, Frauen u.a. zu sagen haben.

Neue Kleine Bibliothek 32  
144 Seiten, DM 14,80  
ISBN 3-89438-056-X  
ET: Ende März

Arbeitsgruppe  
Alternative Wirtschaftspolitik  
**MEMORANDUM '93**

Die wichtigste Antwort auf das Jahrestgutachten der „Fünf Weisen“, des von der Bundesregierung bestellten Sachverständigenrates.

Neue Kleine Bibliothek 33  
Etwa 240 Seiten, ca. DM 26,-  
ISBN 3-89438-057-8  
ET: Anfang Mai

\*

Jürgen Kuczynski  
**»Nicht ohne Einfluß«**  
Macht und Ohnmacht  
der Intellektuellen

Vier Studien über das Verhältnis von Macht und Intelligenz:

J.K.s Stasi-Akten, das Versagen deutscher Ökonomen seit dem DDR-Anschluß, klerikale Intelligenz im Mittelalter, das Verschwinden der Arbeiterklasse, die Zukunft der Intelligenz und die Überwindung des Kapitalismus.

Neue Kleine Bibliothek 34  
145 Seiten, DM 16,80  
ISBN 3-89438-053-5  
ET: Anfang März

\*

Hans Kalt  
**Neubeginnen mit Marx**  
Die politische Ökonomie und  
die Veränderung der Welt

„Wer ist Subjekt des Fortschritts? Wo wird Geschichte gemacht? Kann noch so davon gesprochen werden wie früher?“

Kartiert, 14,2 x 19,7 cm  
236 Seiten, DM 32,-  
ISBN 3-89438-058-6  
ET: April

Mehr Information erwünscht? Fordern Sie unser Programm an!

## PapyRossa Verlag

Petersbergstraße 4, 5000 Köln 41, Tel. 0221/44 85 45 und 44 62 40, Fax 0221/44 43 05

Michael Höhn  
**Sympathie**  
für den Teufel  
Kritischer Ratgeber  
Okkultismus

„Das Wissen um Okkultpraktiken gehört zum allgemeinen Bildungsgut der Jugendlichen“ (Prof. Johannes Mischo, Heidelberg). Der Ratgeber ist Ergebnis langjähriger Erfahrung in Schule und Jugendarbeit.

Neue Kleine Bibliothek 31  
174 Seiten, DM 19,80  
ISBN 3-89438-054-3  
ET: Anfang März

\*

Der Frauenkalender  
**WIR FRAUEN 1994**

Taschenkalender mit flexiblem Einband  
in Lila, Lesebändchen, 11 x 15 cm

Redaktion: Florence Hervé, Elly Steinmann, Renate Wurms  
Gestaltung: Gitta Büsch

Etwa 288 Seiten, ca. DM 12,80  
ISBN 3-89438-059-4  
ET: Anfang September 1993

\*

Bereits angekündigt, neuer ET:

Florence Hervé/Elly Steinmann/  
Renate Wurms (Hg.)  
**Das Weiberlexikon**

Etwa 400 Stichworte, zahlreiche Fotos und Illustrationen  
Lexikonformat: 17 x 24 cm  
Fadenheftung, fester Einband

Etwa 500 Seiten, ca. DM 49,80  
ISBN 3-89438-047-0  
ET: Mai/Juni

M A G A Z I N

## Dem Depp sei' Spion



von Oliver Brosch-Guesnet  
„Wir wollen gewinnen keine Demokratie ohne Parteien keine Parteien ohne Politiker die kleinen Erfolge sind manchmal die wichtigsten wir sollten das Glas nicht immer halbleer sehen dieser Staat ist unser Staat“ - nein, liebe Vorwärts-LeserInnen, das sind nicht bloß Überschriften der Seite, die wir alle jeden Monat zuerst aufschlagen. So heißen auch die Kapitel eines ziemlich trivialen Fortsetzungsromans, in dem es, natürlich, immer nur um das eine geht. Karlheinz Blessing, der Autor, kennt vielleicht Gustav Heinemanns Bekenntnis, seine Frau, nicht aber sein Land zu lieben. Er jedoch liebt den Staat, die Partei und sein Amt und schreibt darüber allmonatlich.

Zu Zeit von Peter Glotz konnte man in der Bundesgeschäftsführer-Kolumne zielicher die einzigen intellektuellen Rosinen im MitgliederMagazin finden - nebst pseudointellektuellem Klatsch für die Seelchen der Partei und der einen oder anderen Sturm-im-Wasserglas-Enthüllung, wie z.B. damals, als Rudolf Hartung dem Kolumnisten hochbrisante, zehn Jahre alte Geheimerkenntnisse über den SHB unterschieben konnte. Anke Fuchs ließ Intellektuelles und Skandalöses gleich weg und beschränkte sich auf die Anekdoten, die, so lernten wir aus der Lektüre ihres Tagebuches, offenbar den Hauptteil der großen Politik ausmachen. Karlheinz Blessing hat die Meta-Ebene erklommen, denn auf Parteifesten, in IC-Restaurants und bei den 'buddies' von der IGM erlebt er nichts reelles. Seine als-ob-Anekdoten verarbeitet er zu Cyberspace-Kolumnen: aus der virtuellen Realität eines Lackaffens, der auch einmal den Joystick der Macht halten will.

Weil aber jede Wirklichkeit, auch die künstliche, nur so neu und bunt und

spannend sein kann, wie ihr Programmierer es zuläßt, - muß ich einschränkend hinzufügen: diese Räume sind eher flach. Denn Karlheinz Blessing gehört einem Milieu an, daß ihn nur 0 und

1 unterscheiden und daraus schiefe Metaphern basteln läßt. Er ist ein Terminator, der nicht aus der Zukunft, sondern aus der Geschichte der Arbeiterbewegung kommt. Sein Auftrag: den Klassen-Erhalt jener post-proletarischen Elite zu fördern, die dem noch kleineren Mann erst mit dem Arsch ins Gesicht springt, um sich dann als dessen Schutzmacht gegen "champagnertrinkende Yuppies" aufzuspielen. Den Mandarinen und Zuträgern, die ihn umgeben, vermittelt er das Gefühl, wichtig zu sein und gebraucht zu werden - genau wie er selbst und spätestens dann, wenn durch seine Mantras Kohl gestürzt ist. Alternativen zu dieser nur geträumten Opposition, so Blessing kürzlich zur "Wochenpost", sind Illusionen. So wird man "technischer Wahlkampfleiter".

Blessing hat sein Amt mit markigen Worten über die Einführung modernen Managements in der Baracke angetreten, aber nicht einmal den Mumm gehabt, sich mit einer der Knallchergen, die drei Etagen unter ihm Jahr für Jahr in den Apparat geschleust wurden, anzulegen - geschweige denn mit dem - inzwischen abgewanderten - Schleusenwärter. Zur Parteireform außerhalb des Ollenhauer-Hauses gibt es Kommissionen und Unterkommissionen, die Blessing vermutlich noch Zeit genug geben werden, weitere Romanfolgen zu den Themen "Hut ab vor den Kommunalpolitikern", "Die Basis hat mehr Einfluß, als sie glaubt", "Mit den Leuten reden" usw. auszuschneiden, alle voll mit dem sattem bekannten O-du-schöner-Ortsverein-blabla. Stichwort Vertrauensarbeit: Die Politik wird in Bonn gemacht, und Aufgabe des Mitglieds ist es, dafür, bittschön, um Vertrauen zu werben - und um Respekt.

Denn nichts trifft Karlheinz Blessing mehr, als etwa von einem Taxifahrer nur

als vermeintlicher Fußballstar, nicht aber als Politiker, als der er sich flugs zu erkennen gibt, geschätzt zu werden. Dabei hat der Taxifahrer recht. Was soll man schließlich von einem Mann halten, der (nachzulesen in der Kolumne von August 1992) anderen Menschen beim Äpfelwoi-Trinken zuguckt, deren Parfums zu erschnuppern versucht und sich fragt, ob dieses hedonistische Gesindel es nicht verdient hätte, statt Reisen zu "sehr entlegenen Zielen" weiter ordentlich Solidaritätszuschlag zu zahlen?

Wenn es eine "politische Klasse" gibt, dann soll man Karlheinz Blessing für das halten, was er ist: ein Klassenfeind. Er stammt aus einem Juso-Umfeld, das bekanntermaßen schon viele schlechte Charaktere hervorgebracht hat. Er hat sein Blenderhandwerk bei Franz "geht vor" Steinkühler gelernt und vermutlich auch seine schlechten Angewohnheiten: häßliche, aber teure Anzüge zu tragen; sich für unwiderstehlich zu halten und nie eine wirklich gute Idee zu haben. Und darin liegt, immerhin, auch eine einfache Botschaft für uns. Die lautet: zu manchem Gewerkschafter und zu dieser Sorte Sozialdemokrat sind Illusionen vielleicht doch die besseren Alternativen.

Das Mißvergnügen mit Karlheinz rührt nicht nur vom schlechten Stil oder der miserablen Dramaturgie des Romaniers Blessing, der z.B. im Herbst 1991 die SPD dafür lobt, "in der Asyldebatte...klaren Kurs gegen die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl gehalten" zu haben, und ein Jahr später für das Gegenteil. Es handelt sich vielmehr um den dringenden Verdacht, daß Karlheinz Blessing ein Mann ohne Eigenschaften ist, ein Mensch, der sich im Dienste seiner gerechten Sache vielleicht nie den Luxus einer originellen Auffassung erlauben wird. Karlheinz Blessing ist der Gockel, der für glückliche Hühner sorgen und die faulen Eier vergolden soll. Und jeder Gockel ist glücklich und stolz, ein Gockel zu sein - wenn nicht tapfere Hühner wie im Comic-Märchen mit den Krallen auf ihn zeigen: der will wirklich immer nur das eine.

Karlheinz Blessing ist nicht dumm. Aber das Leben und Björn Engholm haben ihm die Rolle gegeben, deren Bezeichnung erst im niederbayrischen Dialekt ihren ganzen gerissenen Charme entfaltet: dem Depp sei' Spion.

Die Klausis schlagen zurück  
Die Klausis schlagen zurück  
Die Klausis schlagen zurück

von Silke Mütter

Ja, so werden wir "Schülerfuzzis" demnächst nicht mehr erlebnistherapiert, wir werden auch nicht an die Macht kommen oder Ollis klatschen, schlimmer, wir werden von selbigen in die pädagogische Mangel genommen. Logo, wo Klausis zur Plage geworden sind, greifen Ollis auf all die schönen Methoden zurück, die sie im Sozialpädagogikstudium gelernt haben und in Praktika in Jugendzentren (selbstverwaltet) ausprobieren durften.

Da kommt auch schon mal Nostalgie auf, wenn man sich auf dem Althänger(-Innen gab's ja damals schon so wenige...) Treffen daran erinnert, wie stolz man war, links zu sein, so'n bißchen Revolution gespielt zu haben und sich dann etabliert zu haben. Damals...

Die heutige Jugend ist da ja ganz anders... Der "Klausis an sich" ist ja eher betroffen und echt so rechtsradikal, das es den Ollis fast die Pfeife weghaut. Aber daß kommt ja eigentlich nur davon, daß die Klausis sich jetzt gegen die Ideale der Ollis auflehnen. Eigentlich können die das aber gar nicht verstehen, aber einleuchtend scheint dieses Credo ja zu sein. Eine weibliche Olli (Beate Scheffler) die sich um die Klausis sorgt, schwimmt auf dieser Welle mit. Für sie ist klar: Linke LehrerInnen rufen rechte SchülerInnen hervor. So einfach ist das. Entweder dürfen demnächst nur noch rechte LehrerInnen an die Schulen (was ja den Vorstellungen einiger Bildungspolitiker in diesem unserem Lande durchaus entgegenkäme), dann würden die Klausis auch wieder links-revolutionär und in ihrem zweiten Leben so richtig etablierte Salonmarxisten, oder die politische Landschaft der BRD entwickelt sich demnächst wie die antizyklische Wirtschaftsteuerung, je nach dem, welche Sorte Ollis gerade die Unis verlassen hat und nun die Klausis ihrer

## Über die jugendpolitische Orientierung der "Ollis"

kollegien glauben daran und sind enttäuscht. Dabei haben sich die Klausis nur eigene Refugien gesucht, in denen sie auch kein Alt 68er stört.

Sicherlich, viele Klausis sind auf dem Betroffenheitstrip und denken nicht sonderlich analytisch.

Sicherlich, die Mehrzahl der Skins sind Jugendliche, ein mathematischer Prolet aber wäre, wer daraus schloße, die Mehrzahl der Jugendlichen sei rechtsradikal und gewalttätig. (Das ist noch nicht einmal in der Lindenstraße so !!) Zutreffend ist auch, daß die Gewaltproblematik an den Schulen zunimmt. Bistlang hat sich nur der Hof-Jugendforscher des Spiegels, Klaus Hurrelmann, über mögliche Ursachen Gedanken gemacht. Dies ist mehr schade als eigentlich, denn genau hier läge eine politische Aufgabe, sogar für Ollis, die vor lauter pädagogischen Gelüsten nicht mehr wissen, wo hin mit politischen Aktivitäten.

Klausis protestieren mit ihrem Verhalten gegen eine Politik, in der die Volksparteien mehr deutsches "Volk" als unterscheidbare "Partei" sind, gegen Ollis, die sie nicht ernst nehmen, die ihnen keine Artikulationsmöglichkeiten zugestehen.

Die Aufgabe von Ollis und sonstigen, die sich zu Hobby-Pädagogen berufen fühlen, ist keine therapeutische oder psychologische, sondern vor allem eine politische. Es gilt, der Politik wieder Konturen zu verpassen, es gilt, die einst propagierte "Jugendpolitische Orientierung" der Jusos wieder auszugraben, diese endlich ernst zunehmen und sie umzusetzen. Klausis merken, ob sie ernst genommen werden, sie merken auch, ob sie als politische PartnerInnen anerkannt wird. Die Ollis müssen sich auf alte, here Ziele besinnen, "Leute dort abzuholen, wo sie stehen", anfangen jugendliche AntifademonstrantInnen zu politisieren - am besten mit den Juso-Klausis, die ja vielleicht doch etwas anderes als Schülerfuzzis sind. Es gilt, das beklagte Betroffenheitsgefasel in Politik umzusetzen. Vor allem aber gilt es, aus dem Quark zukommen, da gebe ich dir recht, Oliver.

## Blick in die Welt

von Heinz-Gerd Hofschien

Die SPD-Führung ist an Prinzipienfestigkeit und Beschlußtreue nicht zu übertreffen, wenn es darum geht, das Grundgesetz zu verteidigen und zu verhindern, daß die Bundeswehr weltweit mitschießen darf. So äußerte Hans Ulrich Klose anläßlich des Koalitionsstreits um die deutsche Beteiligung an AWACS-Kriegseinsätzen in Bosnien, er glaube nicht, daß die Bundeswehr im Laufe der kommenden fünf bis sieben Jahre an Kampfeinsätzen außerhalb des Bündnisgebietes teilnehmen könne. Nach 40jähriger Festlegung auf ein Verteidigungsbündnis könne eine deutsche Umorientierung nicht ruckartig vollzogen werden. Fünf bis sieben Jahre wollen sie also noch tapfer Widerstand leisten, damit die Umorientierung vom Verteidigungs- zum Angriffsbündnis nicht zu ruckartig geht. Ob sie wirklich solange durchhalten müssen, um den Imperialismus in sozialverträglicher Weise wieder in die deutsche Politik einzuführen? Das schaffen die auch in fünf bis sieben Monaten.

Vor ein paar Wochen wurde in Bremen ein Asylbewerber aus Burkina Faso wegen "mittelbarer Falschbeurkundung, Betrug und Urkundenfälschung" verurteilt. Der 22jährige, der aus seinem Heimatland geflüchtet war, um einem Militäreinsatz in Liberia zu entgehen, hatte in Braunschweig Asyl beantragt. Die Braunschweiger wollten ihn nach Sachsen-Anhalt "umverteilen", was der Asylbewerber aus Furcht vor ausländerfeindlichen Übergriffen in Ostdeutschland nicht wollte. Er meldete sich mit falschen Personalangaben in Bremen an und erhielt dort zum zweiten Mal Sozialhilfe. Insgesamt kassierte er so 568 DM zuviel. Die vom Staatsanwalt beantragten drei Monate Haft auf Bewährung waren dem Richter, der Bremen für "ein Mekka für Asylbewerber" hält, zu wenig: er verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Nun büßt der Neger die erschwerten 568 DM nicht nur mit einem halben Jahr Knast, son-

dem auch mit der anschließenden Abschiebung. So urteilt diesselbe hansestädtische Justiz, die vor wenigen Monaten gegen rechtsradikale Honoratiorenöhne, die ein bewohntes Ausländerheim mit Brandsätzen verwüstet hatten, nur Bewährungsstrafen verhängte. Es ist schon bemerkenswert, wie sich der Ungeist in der Justiz fortpflanzt. Natürlich sind es nicht mehr die Weimarer Republikfeinde, nicht mehr die Nazi-Blutrichter oder Mitläufer - die sind tot oder verzehren ihre Pensionen -, die solche Urteile fällen. Es sind Richter, die in der bundesrepublikanischen Demokratie ausgebildet wurden. Ob sie es in den Genen haben?

Das sich hochstaplerisch "Vorwärts" nennende sozialdemokratische Mitgliedermagazin sagt uns, wie die künftigen Juso-Generationen aussehen sollen. In einem lobenden Gedenkartikel über das Hofgeismarer Treffen von 1923, wo sich völkisch-nationalistische und reformistische Jungsozialisten gegen den "erstarrten Parteimarxismus" zusammenfanden, wird der Göttinger Historiker Franz Walter zitiert, ein noch nicht lange dem Juso-Alter-Entwachsener, der sich einen Namen mit fundierten Arbeiten zur Arbeiterjugend und -kultur der Weimarer Zeit gemacht hat. Er beschwört eine neue Juso-Generation, "für die republikanischer Patriotismus nicht des Teufels ist, die Weltpolitik als Herausforderung und nicht als Schrecken ansieht, die Menschen- und Völkerrecht vor Frieden um jeden Preis setzt, die Politik machen will, pragmatisch, zielbewußt und phantasievoll, statt in politischen Orthodoxien und ideologischen Schattengefechten zu versauern." Sollten sie wirklich kommen, diese neuen weltpolitisch aktiven, den schlappen Frieden nicht schätzenden, pragmatischen Jusos in Hofgeismarer Tradition, so kann man ihnen nur einen neuen Vereinigungsparteitag empfehlen, diesmal aber mit der Jungen Union. In Panama sind die USA im Dezember 1989 einmarschiert, haben einige Stadtviertel der Hauptstadt in Schutt und Asche gelegt und mehrere Tausend Zivilisten umgebracht, um den damaligen Präsidenten Noriega zu entführen und damit den Drogenhandel zu bekämpfen. Diese Aktion war außerordentlich erfolgreich: Noriega ist von einem US-amerikanischen Gericht zu 40 Jahren Haft verurteilt worden und der Drogenhandel in Panama hat sich von Januar

1990 bis Mitte 1992 verdreifacht, wie man jetzt einem Untersuchungsbereich des US-Kongresses entnehmen kann.

Der ehemalige Ministerpräsident Ernst Albrecht macht sich um den Aufbau des Ostens verdient, zumindest verdient er daran: Von der Treuhand kaufte er für die bekannte 1 DM ein ganzes Eisen- und Hüttenwerk in Thale in Sachsen-Anhalt. Im Preis einbegriffen war unter anderem das betriebseigene Kinderferienheim in Günthersberge, das eigentlich dem Land zugesagt worden war. Auch das gehört nun zusammen mit allen Grundstücken, Gebäuden und Maschinen des Hüttenwerkes dem Herrn Albrecht, der flugs das Ferienheim an die Treuhand zurückverkaufte und dafür 4,4 Millionen DM in bar bekam. Ein Treuhand-Sprecher erklärte diesen Handel in einem Interview mit dem "Freitag" folgendermaßen: "Herrn Albrecht ist vor einigen Wochen das Unternehmen mit allen Betriebsgrundstücken verkauft worden. In der Firmenbilanz ist das Kindererholungsheim mit einem Wert von 4,4 Millionen, genau, enthalten. Und zu dem gleichen Preis gibt er es jetzt der Treuhand zurück. Wenn das Ferienheim nicht enthalten gewesen wäre, wäre der Kaufpreis um 4,4 Millionen niedriger gewesen." "Freitag": "Aber er hat doch nur eine Mark bezahlt." Treuhand-Sprecher: "Sie müssen die sonstigen Lasten, Schulden, Lohnverpflichtungen sehen." Daß die Treuhand-Chefin Birgit Breuel unter Albrecht niedersächsische Wirtschaftsministerin gewesen ist, habe natürlich mit diesem Deal nichts zu tun. So viel zum Thema alte Seilschaften.

Anzeige

Europäischer Humanismus Kongreß  
25. bis 30. Juli 1993 in Berlin

Ost-West-Dialog über  
DEMOKRATIE  
MENSCHENRECHTE  
HUMANISMUS

Mit dabei: Elmar Altwater, Karl-  
heinz Deschner, Gerhard Zwergen  
Danil Granin, György Konrád

Information:  
Humanistischer Verband  
Deutschlands  
Telefon 030-623 48 78  
Fax 030-623 40 77





## Perspektiven und Projekte

### Kongreßbericht

von Stefan Schostok

Mehr als 200 Interessierte diskutierten am 13./14. März in Köln auf einem Kongreß des "Projektes Moderner Sozialismus" (ProMS) sowie der nordrhein-westfälischen und der Kölner Jusos die Bedingungen, Optionen und Projektfelder einer fortschrittlichen europäischen Perspektive nach dem Zusammenbruch der alten Weltordnung. Zu Beginn führte Uwe Kremer (spw-Redaktion) in die ProMS-Kongreß-Thesen ein. Er verwies zunächst auf frühere Positionsbestimmungen, wie sie noch in den "53 Thesen" des ProMS von 1989 zu finden waren - insbesondere auf die Hoffnung, Europa möge im Zuge der sowjetischen Perestrojka und in Form eines "Gemeinsamen Hauses" seine Spaltung überwinden und eine neue Rolle in der Welt spielen.

Von den damit verbundenen Hoffnungen sei heute nicht mehr viel übrig geblieben. Eine europäische Option der Linken müsse sich stattdessen mit der Tendenz zu einer "Festung Europa" (genauer: des westlichen-"atlantischen" Europas) auseinandersetzen. Diese Tendenz könne festgemacht werden (a) am Maastrichter Konvergenzkonzept und seiner neoliberal-monetaristischen Doktrin, (b) an einer industriell-technologischen Modernisierungspolitik, die einseitig auf die "Triadenkonkurrenz" EG-Japan-Nordamerika orientiert sei und (c) an der restriktiven Einwanderungspolitik, die EG weit "harmonisiert" werden soll. Lt. Kremer habe sich auch die SPD diesem Konzept verschrieben und unterworfen.

Teile der Linken neigten demgegenüber zu einer Position der umstandslosen Öff-

nung der EG - sowohl für die Einwanderung wie auch für den Beitritt anderer Länder. Diese wohlmeinende "Deregulierung" könne aber zu einer Chaotisierung der Arbeitsmärkte und sozialstaatlichen Strukturen in Westeuropa wie auch zu einer weiteren Verschärfung der ökonomisch-sozialen Probleme in den osteuropäischen Ländern führen. Man müsse die Alternative zur "Festung" hingegen in einem gänzlichen anderen Typus der Regulierung suchen - einer Mobilisierung von Ressourcen für europaweite Investitions- und Beschäftigungsprogramme, die die Voraussetzungen für eine massive Einwanderung und einen Beitritt weniger entwickelter Länder zur EG schaffe. Wer diesen "Euro-Keynesianismus" mit einem ökologischen Umbau und einem globalen Ausgleich zugunsten der südlichen Erdteile verbinden wolle, der müsse allerdings mit der internationalen Struktur der Arbeitsteilung und des Kapitalverkehrs und dann auch mit der "Triade" und der "atlantischen Orientierung" brechen. In der anschließenden Diskussion wurde in einigen Beiträgen auch Kritik an Kremers weitgehend negativer Einschätzung von "Maastricht" und an seinen Aussagen zur "Festung" geäußert. Insgesamt blieb dabei der Begriff der "Festung" in der Debatte recht unklar. Hinterfragt wurde auch Kremers "Bruch mit der atlantischen Orientierung" (bzw. den USA), dessen Charakter in der Tat noch etwas im Dunklen blieb. Vor allem aber herrschte weitgehend Übereinstimmung, daß die sozialen und politischen Kräftekonstellationen in Europa einer genaueren Erörterung bedürften,

um die Trägerschaft für die Optionen und Projekte einer Euro-Linken bestimmen zu können.

In acht verschiedenen Foren diskutierten die TeilnehmerInnen anschließend über Umbauprojekte auf einzelnen Feldern. In den Foren zur Energie- und Verkehrspolitik wurde deutlich, daß die technologischen Grundlagen für den ökologischen Umbau längst vorhanden sind, aber die Durchsetzung von neuen Infrastrukturen an den herrschenden Machtkonstellationen scheitert, was vor allem am Beispiel der Solarenergie deutlich gemacht werden konnte. Die Schwierigkeiten einer ökologischen Konversion im Automobilsektor wurden vor allem aus einer gewerkschaftlichen Perspektive heraus diskutiert. Eine kleine Gruppe beschäftigte sich mit der Medienpolitik und Ansätzen, den Umbau auch auf dem Feld der Kommunikation und der Kultur voranzutreiben. Im Forum zur Nord-Süd-Solidarität wurde die europäische Kampagne "Towns and Development" vorgestellt, die die Zusammenarbeit von Kommunen des "Nordens" und des "Südens" vorantreibt. In einem Forum zum Brückenschlag nach Osteuropa standen ebenfalls konkrete Infrastrukturprojekte im Mittelpunkt der Erörterungen.

Ein Forum beschäftigte sich kritisch mit der Situation der Frauenpolitik in Europa. Ein Ergebnis dieses Forums ist die geplante Weiterarbeit an Vernetzungen von frauenpolitischen Initiativen und Organisationen vor allem im Kontext der internationalen Juso-Strukturen. Im Forum zur europäischen Sicherheitspolitik machte Katrin Fuchs (MdB) deutlich, daß die Linke wie in der gegenwärtigen Diskussion um Blauhelmeinsätze weiter in der Defensive bleiben wird, wenn es nicht gelingt, Konfliktlösungsstrategien zu entwickeln, die lange vor militärischen Auseinandersetzungen ansetzen. Weiterhin wurden Beispiele der Rüstungskonversion vorgestellt. Das stark besuchte Forum zur Migrations- und Einwanderungspolitik brachte nach Referaten von Brigitte Erler (Vorsitzende des Forum Bunte Deutschland-SOS Rassismus) und Malte Martin (Droit d'Asile/Frankreich) eine Diskussion zu den Migrationsbewegungen, zur Entwicklung von Rassismus in den einzelnen europäischen Ländern und zu Gegenbewegungen und Vernetzungsmöglichkeiten. Großer Nachholbedarf wurde für die Linke an Debatten über nationale und europä-

## P R O M S

sche Einwanderungskonzeptionen festgestellt.

Luciana Castellina (MdEP, Rifondazione Comunista) und Hermann Scheer (MdB und Präsident der europäischen Solarenergie-Vereinigung EuroSolar) diskutierten am Sonntag über den Zustand und die Perspektiven der europäischen Linken. Castellina setzte sich kritisch mit der Zukunft eines sozialistischen Projekts und den Schwierigkeiten und Problemen der Linken auseinander. Abschied nehmen müsse man von der Vorstellung eines "natürlichen Subjekts" der Veränderung. Ein derartiges Subjekt bilde sich vielmehr nur im konkreten sozialen Prozeß und im Zusammenhang mit bestimmten Projekten heraus. Die Linke könne dabei im übrigen auf Gramscis Konzeption des sozialen Blocks zurückgreifen. Die gegenwärtige Situation sei durch die Krise der Parteien, des Parlamentarismus, der Demokratie erschwert, wobei "Maastricht" geradezu eine Marginalisierung der Politik darstelle.

Der Kapitalismus habe auf die substantiellen Fragen der gesellschaftlichen und globalen Entwicklung keine Antworten. In ihrem Szenario befürchtete Castellina einen "Systemrassismus" bzw. eine "Weltapartheid", was darin seinen Ausdruck finde, daß dem Süden der Modernisierungsanspruch untersagt werde, während im reichen Norden die Produktions- und Lebensweise unverändert bleibe. Erforderlich sei ein neues Wachstumsmodell, in dessen Mittelpunkt nicht die Kräfte des Marktes, sondern neue nicht markt-gängige Bedürfnisse stehen müßten. Dazu müsse man aus dem ökonomischen Konkurrenzkampf des "Nordens" ausbrechen und sich am "Süden" orientieren.

Aber auch die Linke stelle die neuen Bedürfnisse und Problemlagen noch nicht hinreichend in den Vordergrund. Eine andere politische Entwicklung sei nicht denkbar, wenn Bereiche nur vereinzelt - z. B. in Fragebn der Gesundheit oder der Bildung - angegangen würden. Die Linke müsse für diese neuen und nicht am Markt orientierten Bedürfnisse und Problemlagen "Systeme" entwickeln und eine "Nachfrage" nach diesen Lösungen erzeugen.

Dabei wüßten die Menschen bereits, daß die technischen und wissenschaftlichen Möglichkeiten für diese Politik gegeben sind. Entscheidend sei nunmehr, aus dem Technizismus und dem Ökonomismus auszubrechen und eine neue Kultur

und Ethik zu entwickeln. Castellina kritisierte in diesem Zusammenhang scharf die fehlende globale Verantwortung und eurozentrische Sichtweise der Linken und der Gewerkschaftsbewegung. Internationalismus heute sei, "sich bei jeder Maßnahme zu fragen, ob dies auch für sechs Milliarden Menschen möglich ist".

Hermann Scheer analysierte anschließend den Zerfallsprozeß der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien in Europa u.a. am Beispiel der Labour Party und der französischen PS. Mit Blick auf die SPD kritisierte er das ausschließliche Reagieren auf die Akzentgeber der Medien und die programmatische Abwendung von fundamentalen Antworten hin zu "Klein-klein-Schritten". Genauso scharf kritisierte er aber auch die sozialdemokratische Linke, die sich ihrerseits wiederum nur an den Vorgaben des SPD-Parteivorstandes ausrichte. Viele Positionen der vergangenen Jahre würden in der SPD nur noch wie lästige Elemente beseitigt. Die Rolle, die die Sozialdemokratie in der Gesellschaft einnehme, sei nur noch die eines Moderators.

Beim klassischen wohlfahrtsstaatlichen Programm sei der Neoliberalismus an die Stelle der fehlenden linken Antworten getreten. Ebenso habe sich in der Linken eine Sicht von Ökologie als "Naturschutz" eingenistet. Nach seiner Definition gehe es aber darum, die zivilisatorische Bewegung auf den Rhythmus der Natur einzustellen und eine "Naturökonomie" zu entwickeln. Dabei werde eine Umstellung der Materialbasis der Gesellschaft zwangsläufig andere Strukturen der Gesellschaft zur Folge haben. Die Umstellung der Energiebasis auf erneuerbare Energien sei nicht ein technischer, sondern in erster Linie ein sozialer und politischer Vorgang. Sonnenenergie - "die einzige Energie, die nicht privatisierbar ist" - sei ein Projekt, daß zu einem neuen Internationalismus, einer Verallgemeinerungsfähigkeit führe, ohne die kein linkes Projekt entwickelt werden könne.

Im Zusammenhang mit der Asyldiskussion kritisierte Scheer, daß sie bislang kaum als Dritte-Welt-Debatte geführt worden sei. Das einzige, was die Linke dabei zu bieten habe, sei die Forderung nach Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7 % des BSP. In der Konsequenz werde dies aber Abhängigkeiten nur vergrößern und unsere Widersprüche in den Süden transportieren. In der Folge kriti-

sierte er - mit ähnlichen Akzenten wie Castellina - die fehlende linke Auseinandersetzung mit dem "freien Welthandel" oder der EG und ihrer Erweiterung. In seinem Resümee forderte er zu einer gemeinsamen Anstrengung auf, linke Programmatik grundlegend zu überarbeiten.

Neben der Fortführung mancher Diskussionenlinien vom Vortage spielte in der abschließenden Debatte die politische Umstrukturierung der westeuropäischen Linksparteien eine besondere Rolle. Verwiesen wurde auf die Vorbildrolle, die die US-amerikanischen Demokraten unter Clinton offensichtlich - z.B. für Rocard von der französischen PS ebenso wie für Occhetto von der italienischen PDS - eingenommen haben. Inwieweit diese Verknüpfung von "Medienpartei" und rosa-grün-liberaler Sammlungsbeziehung einen tragfähigen Grundtrend in der westeuropäischen Parteienlandschaft darstellt, blieb offen. Weitgehende Einigkeit bestand aber darin, daß darin keine Perspektive für eine radikale gesellschaftsverändernde Politik bzw. eine sozialistische Linke liege.

Obwohl oder gerade weil die Situation der europäischen Sozialdemokratie zur Zeit eher skeptisch beurteilt wurde, ist die Notwendigkeit einer grundlegenden programmatischen Erneuerung der Linken besonders gegeben. Die Entwicklung von europäischen Projekten, in denen sich eine neue internationale, ökonomische, ökologische, kulturelle und soziale Politik zeigt, wurde als vordringliche Aufgabe für linke Politik in der nächsten Zukunft benannt. Für das "Projekt Moderner Sozialismus" wird in der kommenden Zeit die Ausformulierung der Euro-Linken-Thesen und die Konkretisierung der Frage der politischen und sozialen Kräfte für ein solches Umbauprogramm im Vordergrund der Arbeit stehen müssen.

Nach der Umstellung der Postleitzahlen zum

1.7.93 ist der spw-Verlag zu erreichen unter:

spw-Verlag

Kieler Str. 13

51065 Köln

(statt 5000 Köln 80)



# Projekt Moderner Sozialismus



mit dem "zivilisatorischen Fortschritt", der sich auch auf die "rückständigen Völker" verbreiten sollte (und entsprechend zweideutig war die Haltung zum Kolonialismus und zur "internationalen Solidarität" mit diesen Völkern). Man dachte sich den "welterlösenden" Fortschritt zum Sozialismus vor allem als europäisches Projekt (der "Vereinigten Staaten von Europa"). Der Sozialismus war geographisch verortet: nämlich auf dem alten Kontinent.

halten wird, werfen die Thesen die Frage nach einem neuen und spezifisch europäischen Projekt der Linken auf - nicht als Alternative zu einem "neuen Internationalismus", sondern als Weg dorthin. Dies ist im übrigen mit der Hoffnung verbunden, daß die Linke wieder eine eigene Weltansicht der Dinge entwickeln könnte, von der aus sie Vorgänge wie "Maastricht" und die "Konvergenz", die "Blauhelme" und "Jugoslawien" oder die "neue Industriepolitik" etc. zu beurteilen vermag. Die Thesen selbst sollen weiterentwickelt und zu einem geeigneten Zeitpunkt auch ausformuliert werden.

Uwe Kremer, spw-Redaktion  
Mit den folgenden Thesen zu "Europa" ist - wie man sehen wird - nicht so sehr eine politische Positionsbestimmung - etwa zur aktuellen EG-Entwicklung - beabsichtigt. Vielmehr wird der Versuch gemacht, die Perspektive des Sozialismus auf der einen und die Rolle Europas in der "neuen Weltordnung" auf der anderen Seite zueinander in Beziehung zu setzen. Mit "Sozialismus" sei hier ganz pauschal jenes "Projekt der Gemeinschaftlichkeit" bezeichnet, das sich die gemeinschaftliche Regelung der ökonomischen Verhältnisse, die soziale Chancengleichheit in Bildung, Kultur und Konsum und die gesellschaftliche Beteiligung des Volkes und letztlich die klassenlose Gesellschaft zum Ziel gesetzt hat. Dabei soll in den ersten, mehr "historischen" Thesen skizziert werden, wie sich der "Sozialismus" der Vergangenheit in ganz bestimmten geographischen bzw. geopolitischen Konstellationen entwickelt hat: Konstellationen im übrigen, die man zumeist mehr oder weniger als selbstverständlich und gegeben angesehen hat - z.B. die Zentralität der europäischen Arbeiterbewegung vor 1914 oder den quer durch Europa gehenden Blockgegensatz nach 1945. Und da auf absehbare Zeit nicht davon auszugehen ist, daß nunmehr die universelle Vernunft in Gestalt der UNO oder in anderer Weise Einzug ins Weltgeschehen

## Europa, die Linke und der Sozialismus

1. Europa mit seinen industriellen Zentren in der Mitte und im Nordwesten des Kontinents stand im 19. Jahrhundert nicht nur im Zeichen des aufkommenden Kapitalismus, sondern war zugleich die Wiege der Arbeiterbewegung und des Sozialismus. Das Weltbild dieser Arbeiterbewegung war "eurozentrisch" wie das Weltsystem, das sich in den drei Jahrhunderten zuvor herausgebildet hatte und seinen Höhepunkt im Kolonialzeitalter fand. So identifizierte sie sich im wesentlichen

2. Im Zuge des "europäischen Bürgerkrieges" von 1914 bis 1945 zerbrach nicht nur das eurozentrische Weltsystem. Auch der eurozentrische Sozialismus wurde zermahlen zwischen der Unterstützung, die die Arbeiterparteien ihren national herrschenden Klassen 1914 ff. angedeihen ließen, und dem Ansturm des Faschismus in den 30er Jahren. Die innereuropäische Spaltung der Arbeiterbewegung trug dazu entscheidend bei. Dabei setzte sich in der Sozialdemokratie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer mehr der "Wohlfahrtsstaat" als spezifisch reformistischer Sozialismus der industriellen Metropolen durch. Zwar blieb der revolutionäre Sozialismus zunächst noch ebenfalls auf die europäische Perspektive fixiert, doch vor allem im Gefolge der Oktoberrevolution entwickelte sich der Bolschewismus am "Rande" des Weltkapitals zunehmend zu einem "Sozialismus der Peripherie".

3. So wie der Niedergang des alten Kontinents mit dem weltpolitischen Aufstieg der USA und der Sowjetunion einherging, so wurden auch die zwei großen Projekte des Sozialismus der Hegemonie dieser Mächte untergeordnet. Der "Wohlfahrtsstaat" entwickelte sich nach dem zweiten Weltkrieg unter der Vorherrschaft der USA, ihres Produktions- und Konsummodells (Fordismus), ihrer kulturellen und Medieneinflüsse wie auch ihrer militärischen Macht. Demgegenüber dehnte die UdSSR den Sozialismus sowjetischen Typs von der Peripherie her nach Europa aus und brachte im

Osten die dortigen sozialistischen Tendenzen unter ihre Kontrolle. Die europäische Linke fand nicht wieder zusammen, sondern wurde im Zuge der Blockkonfrontation und des neuen bipolaren Weltsystems endgültig aufgespalten und in ihren Projekten den jeweiligen Blockinteressen untergeordnet. So war die Linke während des "kalten Krieges" weder europäisch noch internationalistisch, sondern im wesentlichen "atlantisch" und antikommunistisch oder aber prosojetisch.

4. Und wieder war es in den 60er und 70er Jahren eine grundlegende Verschiebung weltpolitischer Konstellationen, die eine Renaissance einer "europäischen Linken" einzuleiten schien. Im sowjetischen Lager traten Blockaden bei der weiteren Modernisierung der Ökonomie auf, die eine Öffnung zur Weltwirtschaft erforderlich machten. Zugleich waren die USA immer weniger in der Lage, ihre bislang unumschränkte Führungsrolle in der Weltwirtschaft und als militärischer Weltpolitist auszuüben. In diesem Kontext verselbständigten sich im linken Lager zunehmend Kräfte, was sich Ende der 60er Jahre auch auf dem europäischen Kontinent im Prager Frühling von 1968 ebenso wie im Pariser Mai desselben Jahres am deutlichsten offenbarte. In ihrem Gefolge entstand das Projekt

der "Euro-Linken" und eines "dritten Weges" - einer Alternative zum bisherigen westlichen Wohlfahrtsstaat wie auch zum östlichen Staatssozialismus. Und mit der internationalen Entspannung wuchsen die Hoffnungen, ein derartiges europäisches Projekt der Linken entwickeln zu können und dafür im übrigen auch - trotz Prag - auf Osteuropa (die Staatsparteien wie auch die oppositionellen Kräfte) ausstrahlen zu können.

5. Die Wiederbelebung der Blockkonfrontation und die letzte Runde des "kalten Krieges" waren dann jedoch in entscheidendem Maße dafür verantwortlich, daß diese eurososzialistischen und -kommunistischen Tendenzen in den 80er Jahren weitgehend zerrieben wurden. Gleichzeitig nahm die Auszehrung des Sozialismus sowjetischen Typs katastrophale Ausmaße an, während das wohlfahrtsstaatlich-fordistische Projekt der Sozialdemokratie in seinen Grundfesten erschüttert wurde. Anders als Ende der 60er Jahre fanden die Bewegungen der 80er Jahre im Osten wie im Westen - von der Solidarnosc bis zu den Friedensinitiativen - kaum noch Bezüge zu sozialistischen Projekten. Als im Jahre 1989 der Zusammenbruch des sowjetischen Lagers auch die bisherige bipolare Weltordnung definitiv beendete, stand die Linke vor einem Vakuum. Ist unter diesen neuen und

sich noch immer verändernden Bedingungen eine "Rückkehr des Sozialismus nach Europa" und eine neue Identität der europäischen Linken denkbar?

## Europa in der "neuen Weltordnung"

6. Die Antwort hängt wiederum davon ab, welche Rolle Europa selbst in der "neuen Weltordnung" spielen kann. Offenbar ist nach dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung keineswegs das Zeitalter universeller Kooperation in der "einen Welt" angebrochen. Zwar machen es die globalen Probleme der menschlichen Entwicklung und der Ökologie objektiv immer dringlicher, daß sich eine derartige Kooperation und "Koalition der Vernunft" entwickelt. Doch gerade die Entwicklung seit 1989 belehrt uns, daß vor der universellen Vernunft die ökonomischen Interessen von Kapitalgruppen und Weltregionen, die imperialen Ambitionen der kapitalistischen Führungsmächte und die Kämpfe von Volksgruppen und Staaten um die Plätze in der "neuen Weltordnung" stehen. Die Problematik ist dabei ökonomischer wie auch sozial-kultureller Natur.

P R O M S

# Projekt Moderner Sozialismus

ProMS: mehrfach in dieser Zeitung erwähnt. Aber was ist das eigentlich?

"Projekt Moderner Sozialismus" - das ist ein politisch-theoretischer Arbeitszusammenhang, der auch in den heutigen Zeiten ein "sozialistisches Projekt" denken und für diese Gedanken in der Sozialdemokratie streiten will.

"Projekt Moderner Sozialismus" - versteht sich aber nicht als Strömung in der SPD, sondern will die sozialdemokratische Linke unterstützen und dabei Raum bieten für Diskussionen, die auch über die Tagespolitik hinausweisen.

"Projekt Moderner Sozialismus" - ist ein offener Zusammenschluß aus der Zeitschrift spw, der Juso-Linken, mehre-

ren Projektgruppen und einer Diskussionsrunde von sozialistischen SPD-Linken.

Und was veranstalten wir mit ProMS?

• halbjährliche Diskusstagnungen

• fachliche und regionale Projektgruppen

• einen internen Informationsdienst

• Unterstützung für die Zeitschrift spw

• Vorschläge für die Arbeit der SPD-Linken

• ab und zu einen öffentlichen Kongreß

Das sieht vielleicht nach mehr aus, als wir als ehrenamtlicher Zusammenhang tatsächlich leisten können. Aber gerade deshalb das Angebot: Wer ProMS unterstützen oder dabei mitmachen möchte, kann sich zwecks weiterer Informationen und Kontakte wenden an:

ProMS c/o spw-Verlag, Keler Str. 13, 5000 Köln 80

7. Die Internationalisierung ökonomischer Beziehungen spielt sich überwiegend innerhalb der "Triade" Nordamerika - Ostasien -

Westeuropa ab. Im Verhältnis zu anderen Weltteilen stellt sie sich überwiegend als Abkoppelung dar: Dabei sind die südlichen Länder durch den Zusammenbruch der Sowjetunion in ihrem Handlungsspielraum zusätzlich eingeeignet und dem Diktat des "Nordens" ausgesetzt worden. Auf der anderen Seite gibt es eine starke Tendenz zur Bildung von Weltwirtschaftsräumen, die sich zueinander in wachsender Konkurrenz befinden. Insgesamt werden die Plätze am Weltmarkt neu verteilt. Dabei dominieren in Europa auf der einen Seite die Interessen transnationaler Konzerne und auf der anderen Seite die Ziele nationaler Wirtschaftspolitik - von einem europäischen Kapital, einer spezifisch europäischen Produktionsweise und industriellen Kultur und einer Definition der ökonomischen Rolle Europas in der Welt kann aber bislang nur ansatzweise die Rede sein.

In Europa orientierten sich Identitäten von Staaten und Volksgruppen wohl noch stärker als in anderen Weltteilen an der bipolaren Ordnung.

8. Aus westlicher Sicht stellte sich "Europa" vor allem als ein dynamischer Wirtschaftsraum mit "atlantischer Orientierung" dar, der mit dem Wohlfahrtsstaat in Nordwest- und Mitteleuropa zugleich das "Zentrum" der Arbeiterbewegung der Industrieländer beherbergte. Der Osten hingegen verschwand hinter dem "eisernen Vorhang", während der Süden zunächst weit weg war und dann vor allem als Urlaubsgebiet gesehen wurde. Die dahinter stehenden Konstellationen haben sich grundlegend verändert, was an den neu aufbrechenden Konfliktlinien zwischen verschiedenen Regionen, Staaten und Volksgruppen Europas und den massiven Wanderungsbewegungen sichtbar wird. Die nachlassende Identifikation mit dem Projekt der Europäischen Gemeinschaft in den Bevölkerungen des Westens, die Wiedererstehung chauvinistischer Mentalitäten vor allem im Osten und die offene

Frage, ob Europa ein "Einwanderungskontinent" sein könne, offenbaren eine europäische Identitätskrise.

9. Es ist offenkundig: Europa und seine Kräfte haben ihre Rolle in der "neuen Weltordnung" noch nicht gefunden. Die EG steht dabei im

Konflikt zwischen drei Orientierungen - einer "atlantischen" auf Nordamerika, einer "mediterranen" auf Südeuropa und den afrikanisch-nahöstlichen Raum und einer Orientierung auf Osteuropa und dessen Integration. Im Gefolge von "Maastricht" wird dieser Konflikt hauptsächlich in einer "metropolitanen Integration" verarbeitet: Eine ökonomische Modernisierungspolitik konzentriert sich vor allem auf die Konkurrenz innerhalb der "Triade": Bestimmend ist eine Kombination aus Deregulierung, restriktiver Geld- und Finanzpolitik und weltmarktorientierter Industriepolitik. Im Verhältnis zu den südlicheren Weltteilen macht sich zunehmend Festungsmentalität breit. Die genannten Konfliktlinien scheinen in einem Europa konzentrischer "Wohlstandsringe" verarbeitet zu werden, die sich rund um die ökonomischen Zentren des Kontinents bilden (mit Einwanderungsblockaden nach außen und Sozialpakten nach innen).

10. Allerdings sind in dieser Entwicklung und in der Maastrichter Politikkonzeption auch Tendenzen und Elemente enthalten, aus denen sich Entwicklungen jenseits der "metropolitanen Integration" bzw. "Festung" ergeben können: Die Stärkung der regionalen Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft, die sozialpolitische Integration wie auch die Förderung ziviler und multikultureller Ansätze verweisen auf ein Europa, das über lange Traditionen in der Arbeiterbewegung und den demokratischen Kräften, im Sozialstaat und der Regulierung industrieller Beziehungen verfügt. Und sie verweisen auf ein Europa, das mit dem Primat der Geldwertstabilität brechen, seine ökonomischen Kräfte auf eine offene Strukturpolitik innerhalb Eu-

ropas und der angrenzenden Weltteile konzentrieren, eine damit verbundene Beschäftigungs- und Investitionspolitik betreiben und damit die ökonomisch-sozialen Grundlagen für eine Integration als offener "Einwanderungskontinent" schaffen könnte.

## Eine europäische Option der Linken

11. Die Linke schwankt zwischen einem Universalismus, der allzu häufig auf die Rationalität der "zivilisierten" Welt setzt, und einem

Fundamentalismus, der gegen die Lebensweise und den neuen Imperialismus des Nordens die Abkoppelung setzt. Gibt es jenseits davon einen "neuen Internationalismus", der an die Stelle des herkömmlichen Antimperialismus der bipolaren Weltordnung tritt? Eine Kritik des westlichen Produktions- und Konsummodells, die Perspektive einer "nachhaltigen Entwicklung" und eines entsprechend radikalen Umbaus der globalen Ökonomie und Kultur sind unverzichtbar. Doch die Linke wird ihre Strategien dafür unter denjenigen Bedingungen entwickeln müssen, die auf absehbare Zeit die Weltlage bestimmen werden. Es wird daher - auch für die Weltregionen des Südens - entscheidend sein, welche Optionen sich in den Wirtschaftsräumen des Nordens herausbilden. Die linken Kräfte werden - nach dem Ende der Blockkonfrontation und dem Scheitern universeller Lösungen - in den verschiedenen Weltregionen spezifische Strategien und Projekte entwickeln müssen.

12. Jenseits von "universellen" Illusionen und "fundamentaler" Verweigerung muß die Linke also der Frage nach gehen, ob es eine eigenständige europäische Option zur Lösung der globalen Probleme und eine entsprechende Entwicklung der europäischen Produktionsweise und der europäischen Kultur geben kann? Die Leitvorstellung eines europäischen Projekts

der Linken würde lauten: Europa als Kontinent des "ökologischen Umbaus" und der "ausgewählten Wachstumsfelder", als "Einwanderungskontinent" und als Bündnispartner für den "Süden", der auch produktive Ressourcen und Spielräume an unterentwickelte Weltregionen abtritt. Diese Perspektive schließt allerdings ein, daß Europa das faktische Bündnis der "Triadenmächte" (vor allem mit den USA) aufrichtet und neue Allianzen im Verhältnis nördlicher und südlicher Weltregionen ermöglicht.

13. Eine derartige Perspektive kann entwickelt werden. Vor allem Westeuropa hat das ökonomische, technologische und sozial-kulturelle

Potential, um auf entscheidenden Feldern von Industrie, Infrastruktur und sozialer Kultur wegweisende Umbauprojekte zu voranzubringen und zu realisieren: auf dem Energiesektor oder in der Verkehrswirtschaft, in der Verbindung von Sozialstaat und Immigration bis hin zur Entwicklung einer eigenständigen und zeitgemäßen Medienkultur und in der Entwicklung einer neuen Kooperation mit den Staaten Afrikas und anderer Weltregionen. Die These lautet: Die europäische Linke wird sich nur in dem Maße rekonstruieren können, wie sie derartige Projekte auf den verschiedenen Umbaufeldern - von der Solarenergie über die Rüstungskonversion bis zur Müllwirtschaft, von der Migration bis zu den Lome-Abkommen - entwickelt und voranbringt. Ein derartiger Weg erfordert neue Regulierungen (und den Bruch mit Weltmarktzwängen und Notenbankdiktaten).

14. Wird die Sozialdemokratie als traditionell und auch heute bei weitem stärkste Kraft der (west)europäischen

Linken dabei eine positive Rolle spielen? Stärker scheinen hier diejenigen Tendenzen zu sein, die sie zum "fellow traveller" der westeuropäischen Kapitalgruppen und ihrer Strategien machen, die zugleich den Konvergenzkriterien von Maastricht Tribut zollen und die nach außen die Migratio-

nen eindämmen und nach innen an einer möglichst sozialen Ausgestaltung der "Festung" arbeiten wollen. Die Gegen-tendenzen sind schwach - aber dennoch wird die westeuropäische Sozialdemokratie mit ihren Verbindungen zur Gesellschaft wie auch zur "Macht" ein Feld sein, auf dem sich die Zukunft der linken Vorhaben entscheidet. Allerdings verleiht ihr das Ende des bisherigen "Kommunismus" kein Monopol gegenüber den verschiedenen rot-grünen und linkssozialistischen Kräften, ohne die eine Euro-Linke nicht denkbar sein wird.

15. Die politische Entfaltung der "Euro-Linken" und ihrer Optionen ist aber vor allem eine Frage der sozialen

Bewegungen und Kämpfe und veränderter politisch-kultureller Konstellationen. Viel wird davon abhängen, ob sich für den erforderlichen Umbau der Industrie und der Infrastrukturen und die entsprechenden Projekte eine Allianz der produktiven Kräfte von Arbeit, Wissenschaft und Kultur entwickelt, die von der kritisch-ökologischen Intelligenz bis hinein ins kapitalistische Management reichen kann und deren Ansatzpunkte schon heute vielfach aufzufinden sind. Schlüsselfrage ist freilich, inwieweit die Gewerkschaften dabei zu einem wesentlichen Faktor werden können: Ihre Renaissance als Gegenmacht wird sich gerade dort abspielen, wo sie dem Kapital die Gestaltungskompetenz auf den Feldern von Produktion und Konsum streitig macht. Und der Rahmen für diesen Vorgang wird zunehmend europäischer werden.

16. Auf der anderen Seite wird viel davon abhängen, inwieweit von links her "Bewegung" in die Auseinandersetzung um die sozial-kulturelle Identität Europas hineinkommt.

Kristallisationspunkte dürften die Fragen der Immigration, der regionalen Beziehungen und des Rassismus sein. Die Bewegungen, die sich -wie beispielhaft SOS Rassismus in Frankreich - daran unter aktiver Einbeziehung von Immigranten entwickeln, können zur Basis ei-

ner neuen politisch-kulturellen Konstellation werden, die man in den USA als "Regenbogen" bezeichnet hat und die der europaweiten Fragmentierung und rechtspopulistischen Aufladung von sozial-kulturellen, ethnischen wie auch geschlechts- und generationsbezogenen Konflikten entgegentreten kann. Mit der "produktiven Allianz" wie auch dem "Regenbogen" können sich damit gegenüber der zerfallenden Struktur des traditionellen westeuropäischen (und vielleicht auch gegenüber Rekonstruktion des osteuropäischen) Parteiensystems autonome soziale Kräfte entwickeln.

## Europäischer Sozialismus?

17. Die Perspektive des europäischen Sozialismus wird sich vor allem an diesen Projekten, Initiativen und Bewegungen festmachen. Eine

europäisch und international praktizierte "Politik ausgewählter Wachstumsfelder" (Berliner Grundsatzprogramm der SPD) und eine soziale Gestaltung der Bevölkerungsbewegungen und entsprechenden Konfliktlagen setzt schon die Hinwendung zu einer veränderten Produktions- und Lebensweise -möglicherweise auf Basis einer "gemischten Wirtschaft" - voraus. Und der Weg zu einer wirklich neuen Weltordnung, internationalen Solidarität und globalen Kooperation führt über derartige Entwicklungen in den Weltregionen. Der Bruch mit der Kapitallogik und ein darüber hinausgehendes neues sozialistisches Projekt werden im übrigen erst dann wieder denk- und greifbar werden, wenn sich die Elemente einer sozialistischen Produktions- und Lebensweise -"ausgewählte Wachstumsfelder", ökologische Kreisläufe und "nachhaltige Entwicklung", Wirtschafts- und Alltagsdemokratie - in einem derartigen Rahmen entwickeln können.





# Einführung zum Schwerpunkt

von Susi Möbbeck\*

Rassismus wurde in den Diskursen der *spw* bislang vor allem im Kontext der Neuen Weltordnung theoretisch und im Rahmen der Asyldebatte politisch verarbeitet. Dabei haben sich einige Diskussionslinien herausgebildet: die Rolle des Rassismus als sozialer "Platzanweiser" bei der Welt-Neuordnung, die Frage nach europäischen Identitäten und einem europäischen Projekt der Linken, die Kontroverse um die Regulierung der Einwanderung. Zu kurz gekommen sind bislang Strategiebildung und Projekte der antirassistischen Bewegungen. Auf diese mehr politische Seite soll im vorliegenden Schwerpunkt "Abgrenzungen" eingegangen werden.

Kees Groenendijk zeichnet die Konstruktion einer Festung Europa in der Regulierung der Migrationsbewegungen nach. Rolle und Zustand der französischen Linken im Kontext von Migrations- und Ausländerpolitik analysiert Malte Martin. Christoph Butterwege entwickelt Eckpunkte einer antirassistischen Strategie, mit denen die verschiedenen Konfliktebenen verknüpft werden können. Er votiert für eine Rekonstruktion und Wiederaneignung des Solidaritätsbegriffs von Seiten der fortschrittlichen Bewegungen und der Linken. Bernd Dobesberger schließlich zeichnet die Entwicklung der Freiheitlichen Partei Österreichs und ihres Vorsitzenden Haider nach. Für eine politische Entwarnung nach der Niederlage Haiders beim Volksbegehren gegen Ausländer sieht Dobesberger freilich keinen Anlaß: da die sozialen Spaltungsprozesse sich fortsetzen und Bedrohungsängste weiter zunehmen, bleibt deren rassistische Umdeutung aktuell und gefährlich.

Aus meiner Sicht schälen sich in den Beiträgen mindestens drei Komplexe heraus, die für den weiteren Diskursverlauf bedeutsam sind und weiter verfolgt werden sollten:

**Erstens:** Die Debatte um ein europäisches Bürgerrecht (*citoyenneté*). Groenendijk beschreibt präzise, wie durch die Migrationspolitik in Europa

\* Susi Möbbeck, Studentin der Politikwissenschaft und Mitherausgeberin der *spw*, Bremen

unterschiedliches Recht zwischen EG-Bürgern und EinwanderInnen aus Nicht-EG-Ländern entsteht und so Differenz konstruiert wird, die die Basis für rassistische Umdeutungen sozialer Konflikte bildet. Er plädiert daher für ein europäisches Bürgerrecht, das auch die EinwanderInnen aus Nicht-EG-Ländern einbezieht. Politische und rechtliche Gleichheit soll der rassistischen Abgrenzung den Boden entziehen. Auch Malte Martin, der die Spezifik der französischen *citoyenneté*-Debatte darstellt und Christoph Butterwege benennen ein europäisches Bürgerrecht als zentrales Element antirassistischer Konzeption. Das Konzept darf aber nicht auf politische Rechte beschränkt bleiben, sondern muß soziale Rechte einschließen. Es müßte also im Verbund mit einem europäischen Antidiskriminierungskonzept diskutiert werden, das die "Ethnisierung" von Arbeit und sozialen Lebensbedingungen weitestgehend verhindert. "Civil Society" und "Multikulturalität" machen nur dann wirklich Sinn, wenn die realen sozialen Konflikte, die Grundlage rassistischer Abgrenzung und Umdeutung sind, entschärft bzw. gelöst werden. Europäisches Einwanderungsrecht, Staatsangehörigkeits- und Bürgerrecht sowie Anti-Diskriminierungskonzept und die Herausbildung eines europäischen Sozialstaats müssen daher im Zusammenhang angegangen werden.

**Zweitens:** Die politischen Perspektiven der europäischen Linken. Malte Martin beschreibt in seinem Beitrag die Fixierung der französischen Linken und antirassistischen Bewegung auf die Politik der PS-geführten Regierung und betont die Notwendigkeit einer autonomen Handlungsfähigkeit. Nach der Niederlage der PS und der konservativen Regierungsübernahme werden Neuformierungsprozesse der Linken in Frankreich stattfinden, bei denen die Verbindung zur antirassistischen Bewegung offenbar eine zentrale Rolle spielt. Parallel dazu gibt es auch in anderen europäischen Ländern linksautonome Formierungsprozesse, die durch die Erosion der europäischen

Sozialdemokratie mit ausgelöst worden sind. Auch für die Bundesrepublik muß gefragt werden: wie werden sich linke und antirassistische Bewegungen neu formieren? Welche Rolle wird dabei die bundesdeutsche Sozialdemokratie spielen? Die Verbindung von linker und antirassistischer Bewegung und deren Europäisierung werden für die Herausbildung von Gegenkräften zu einer Festung Europa von zentraler Bedeutung sein.

**Drittens:** Ansatzpunkte einer antirassistischen Bewegungsstrategie.

An die Frage nach den politischen Formierungsprozessen schließt sich die Strategiebildung der antirassistischen Arbeit an. Einerseits geht es um die Verständigung auf zentrale politische Projekte und die Vertiefung von Vernetzungen, in der Bundesrepublik insbesondere ausgehend von SOS Rassismus - Forum Buntes Deutschland. Andererseits ist das Verhältnis von Eingessessenen und MigrantInnen in der Antirassismus-Bewegung von Bedeutung. Soll die Bewegung zu einer ernsthaften Gegenmacht werden, so muß sie die Selbstorganisation und Mobilisierung von EinwanderInnen leisten. Andererseits besteht die Gefahr der Ethnisierung der Bewegung selber: die Fragmentierung in "Ethnostrukturen" würde eine Zersplitterung der Bewegung nach sich ziehen. Malte Martin beschreibt die Risiken dieser Entwicklung am Beispiel Frankreichs. In der Bundesrepublik ist weder die Mobilisierung der EinwanderInnen noch ihre ethnische Selbstorganisation so weit fortgeschritten wie in Frankreich. Ob und wie weit es der Antirassismus-Bewegung gelingt, für die EinwanderInnen ebenso wie für die Eingessessenen ein Dach zu bieten, ohne in Ethnostrukturen zersplittert zu werden, ist aber meiner Auffassung nach zentral für ihre weitere Zukunft. Personelle und inhaltliche Verbreiterung und Europäisierung können nur auf dieser Grundlage gelingen. Besondere Verantwortung kommt dabei den Jugendverbänden zu. Eine immense Anforderung, die sich in der Bundesrepublik insbesondere an die Jusos richtet: ihre Öffnung für die nachwachsende Generation von MigrantInnen, ihre Hinwendung zur antirassistischen Bewegungsarbeit bieten eine Chance zur Verbindung von linker und antirassistischer Arbeit und für eine bewegungsorientierte und europäische Erneuerung der Jusos.

Von Kees Groenendijk\*

Der Übergang von den bestehenden Grenzkontrollen innerhalb Westeuropas zu der für 1992 geplanten strengeren Kontrolle der äußeren Grenzen bringt die Gefahr mit sich, daß innerhalb Europas neue Grenzen zwischen bestimmten Gruppen von EinwanderInnen und der übrigen Bevölkerung geschaffen werden. Es ist indessen ein Mythos, daß die Entwicklungen unausweichlich sind. Man kann diese Politik verändern. Die Einwanderergruppen können sie beeinflussen, und in der Tat tun sie es auch.

Dieser Beitrag beschreibt zunächst in Kürze, was m.E. die wesentlichen Realitäten und Mythen bezüglich der Festung Europa sind. Danach will ich die Frage ansprechen, ob ein europäisches Bürgerrecht (*citizenship*) zur Lösung der Probleme der ImmigrantInnen beitragen könnte. Abschließend geht es um die Frage, was Immigranten und ihre Organisationen selbst tun können.

## Die Realitäten

Die Politik der Europäischen Gemeinschaft bezüglich der Migration und des einheitlichen Binnenmarkts nach 1992 läßt sich in zwei Sätze fassen:

- fast völlige Liberalisierung der Migration zwischen den EG-Ländern für die EG-Angehörigen, sowie
- strenge Kontrolle und Selektion der Migration von außerhalb der EG.

Seit 1985 die Entscheidung getroffen wurde, einen einheitlichen Binnenmarkt zu schaffen und die internen Grenzkontrollen abzuschaffen, haben sich auf europäischer Ebene zwei unterschiedliche Vorschriftenkataloge entwickelt. Die entsprechenden Bestimmungen werden in zwei voneinander getrennten Arten von Institutionen entwickelt.

Der erste Katalog von Bestimmungen betrifft die Freiheit, innerhalb der EG ein- und auszuwandern. Die Hauptelemente sind:

- ein Vorschlag, die Freizügigkeit für Arbeiter und ihre Familien zu erweitern, selbst im Falle von Arbeitslosigkeit;

\* Kees Groenendijk ist Professor für Rechtssoziologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Katholischen Universität Nijmegen, Niederlande



- neue Bestimmungen, die wirtschaftlich inaktiven Personen (Studenten, Ruheständlern usw.) das Recht einräumen, in anderen EG-Ländern zu leben; diese Bestimmungen sind im Juli 1992 in Kraft getreten;
- ein Vorschlag zum Stimmrecht bei Kommunalwahlen;
- eine Sozialcharta, die eingewanderten Arbeitern soziale Grundrechte sichert.

Diese neuen Gesetze sind jedoch in ihrem Geltungsbereich auf EG-Bürger eingeschränkt. ImmigrantInnen von außerhalb der EG kommen nicht in den Genuß der neuen Rechte. Diese sogenannten "Einwanderer aus Drittländern" sind von den Vorteilen des einheitlichen Binnenmarktes ausgeschlossen. Derzeit wohnen mehr als 8 Millionen EinwanderInnen aus Drittländern in der EG. Dieser erste Vorschriftenkatalog findet ausschließlich auf die 5 Millionen Bürger von EG-Ländern Anwendung, die in einem anderen EG-Mitgliedsstaat leben.

Zur gleichen Zeit wird ein anderer Vorschriftenkatalog auf europäischer Ebene vorbereitet, und zwar nicht von den regulären Institutionen der Gemeinschaft (der Kommission, dem Rat, dem Europäischen Parlament), sondern außerhalb dieser Institutionen und hinter verschlossenen Türen.

Die geheimen Verhandlungen werden in der sogenannten TREVIGruppe und in der Ad-hoc-Gruppe Einwanderung von Beamten und Politikern aus den 12 EG-Ländern geführt sowie in der ursprünglich aus den Vertretern der fünf Ländern (Frankreich, Deutschland und Benelux)

gebildeten Gruppe des Schengener Abkommens (vgl. Cruz 1990). Italien trat diesem Abkommen im November 1990 bei, im Juni 1991 unterzeichneten Portugal und Spanien und Griechenland im Dezember 1992. Zu dieser Gruppe gehören also derzeit neun Länder. Die drei restlichen EG-Ländern (Dänemark, Griechenland, Irland und Großbritannien) beobachten die Schengener Aktivitäten, wirken aber an der Ausarbeitung des Vorschriftenkatalogs nicht aktiv mit.

Den meisten neuen Bestimmungen dieser zweiten Kategorie haben die Länder dieser Gruppe bereits im Schengener Zusatzabkommen zugestimmt, das im Juni 1990 unterzeichnet wurde. Die entsprechenden Regelungen werden aber nun schrittweise von den 12 EG-Ländern kopiert. Entworfen wurden diese Bestimmungen, um die Migration von außerhalb der EG zu kontrollieren. Die Hauptinstrumente sind:

- eine gemeinsame Visumpolitik
- schärfere Kontrollen an den äußeren Grenzen
- ein großes EDV-System zur Überprüfung von unerwünschten Ausländern und Kriminellen, das nicht nur an der Grenze, sondern auch für polizeiliche Überprüfungen im Landesinneren Verwendung finden soll; im sogenannten Schengener Informationssystem wird Platz für die Daten von etwa 800000 unerwünschten Personen sein;
- Einschränkungen der Möglichkeit, in Europa Asylanträge zu stellen.

Bezeichnenderweise werden in beiden im Juni 1990 unterzeichneten Verträgen (das Schengener Zusatzabkommen datiert vom 19.6. und der EG-Vertrag zur Behandlung von Asylanträgen vom 15.6.) "Ausländer" als solche Personen definiert, die BürgerInnen von Nicht-EG-Ländern sind. Die Grenzlinie zwischen EG-Bürgern und der restlichen Weltbevölkerung ist hier eindeutig gezogen. Sie könnte auch eine klare Demarkationslinie zwischen Staatsbürgern zweiter und dritter Klasse in Europa werden, zwischen den EG-Angehörigen und den "extracommunitari", wie ihr italienischer Spitzname lautet.

Diese neuen Instrumente sind darauf



zugeschnitten, die Einreise von außerhalb der EG zu kontrollieren und illegale EinwanderInnen zu überwachen, denen die Einreise in die EG gelungen ist. Doch werden die neuen Instrumente und Bestimmungen auch ernsthafte negative Konsequenzen für die legalen EinwanderInnen aus Nicht-EG-Ländern und für solche EinwanderInnen haben, die zwar Bürger von EG-Ländern sind, aber nicht wie "Europäer" aussehen: für asiatische und westindische ImmigrantInnen in Großbritannien, für viele Algerier in Frankreich, für die Surinamesen in den Niederlanden und für Chinesen oder Vietnamesen mit deutscher oder belgischer Staatsangehörigkeit. Ich gebe einige Beispiele:

- an den äußeren Grenzen (an Autobahngrenzübergängen und Flugplätzen) wird es unterschiedliche Eingänge und unterschiedliche Behandlung für EG- und für Nicht-EG-Bürger geben; die Grenzkontrolle für die zweite Gruppe wird verschärft;
- für Bürger aus mehr als 100 Ländern in der ganzen Welt werden Visa verlangt; die neue europäische Visumpolitik unterscheidet dabei zwischen Ländern mit einer überwiegend weißen, wohlhabenden und christlichen Bevölkerung (keine Visumpflicht) und Ländern mit überwiegend armen, nicht-weißen und nichtchristlichen Bevölkerungen (Visumzwang);
- es wird verstärkt Kontrollen im Landesinneren geben; die von der Polizei auf Bahnhöfen oder in Zügen durchgeführt werden; da Polizisten nicht im voraus wissen, welche Personen überprüft werden sollten, weil sie die Farbe der Pässe nicht sehen können, wird die Hautfarbe einer Person oder ihre Kleidung faktisch zu einem entscheidenden Faktor der offiziellen Überprüfung.

Es besteht die ernste Gefahr, daß diese neuen europäischen Bestimmungen dazu beitragen werden, die Diskriminierung durch Staatsbeamte zu legitimieren. Der Staat und seine Repräsentanten geben damit das Beispiel für unterschiedliche Behandlungen auf Grundlage der "Rasse". Darüber hinaus werden nicht nur Staatsbeamte, sondern auch Privatpersonen mit der Durchführung dieser Kontrollen beauftragt werden. Das Personal der Flugesellschaften ist in die europäischen Grenzkontrollen bereits mit einbezogen. Das Schengener Zusatzabkommen von 1990 verpflichtet die Nicht-EG-Angehörigen,

sich innerhalb von drei Tagen polizeilich zu melden, es verpflichtet aber auch die Besitzer von Hotels und Campingplätzen, alle Nicht-EG-Angehörigen unter ihren Gästen zu registrieren und zu melden.

Es ist klar, daß die neuen Maßnahmen eine zusätzliche Belastung insbesondere für nicht-weiße EG-Bürger und für legale EinwanderInnen von außerhalb der EG schaffen werden. Diese haben oftmals Familienangehörige im Ausland, sie reisen öfter in außereuropäische Länder und sie werden öfter internen Überprüfungen im Landesinneren unterworfen, selbst wenn diese Auswirkungen von den Schöpfern der neuen Bestimmungen nicht beabsichtigt sind. Die diskriminierenden Wirkungen der neuen Europäischen Gesetzgebung werden sich auf nationaler Ebene reproduzieren und verstärken.

Die Geheimhaltung bei der Vorbereitung der neuen europäischen Bestimmungen hat verschiedene Konsequenzen. Bestimmte Fragen werden kaum je gestellt. Sind all diese neuen Maßnahmen wirklich notwendig? Gibt es Alternativen, die den fest ansässigen ImmigrantInnen weniger Nachteile und Schaden zufügen?

Es gibt nur eine begrenzte parlamentarische Kontrolle der gegenwärtigen und künftigen Gesetzgebung. Die rechtliche Kontrolle über die Anwendung dieser Bestimmungen, sowohl durch die nationalen Gerichte wie durch den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg, wird in der Praxis stark eingeschränkt sein. In den meisten westeuropäischen Ländern hat die externe Kontrolle der Behandlung von ImmigrantInnen durch die Parlamente und Gerichte sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte schrittweise ausgedehnt, auf einem Feld also, wo die Verwaltungsbehörden traditionell fast unbehelligt agieren konnten. Diese Errungenschaften könnten durch die geheim vorbereiteten neuen europäischen Bestimmungen rückgängig gemacht werden.

## Die Mythen

Um die Idee einer Festung Europa ranken sich zahlreiche Mythen. Ein Mythos ist nach meiner Auffassung sowohl die Vorstellung, daß eine im Verhältnis zum gegenwärtigen Niveau der Grenzkontrollen verschärfte Überwachung von Europas Außengrenzen unausweichlich oder logisch zwingend ist, wie auch die

Vorstellung, daß dieses neue Überwachungssystem funktionieren wird. Die politischen und rechtlichen Debatten über die Verschärfung der Grenzkontrollen mögen auf manche Leute beruhigend wirken, sie werden aber die Einwanderung nicht stoppen, so lange die wichtigsten europäischen Länder, wie dies derzeit eben der Fall ist, in großem Maßstab die Arbeit von ImmigrantInnen benötigen und benutzen.

In verschiedenen EG-Ländern wird von Beamten und Politikern die Furcht bereitet, daß mit dem Verschwinden der inneren Grenzkontrollen alle illegalen Einwanderer, Kriminellen und Asylsuchenden in ihr Land kommen werden, vor allem wegen des besseren Systems der sozialen Sicherheit. Diese Äußerungen verraten mehr über die Ängste und den nationalen Chauvinismus der Sprecher als über die wirkliche Migration. Es wird jenen Migrantengruppen nicht leicht fallen, all diesen Erwartungen tatsächlich nachzukommen.

Ein anderer Mythos ist, daß die EG sich ernsthaft bemüht, Maßnahmen gegen rassistische Diskriminierung zu veranlassen. Bisher bestanden die meisten Aktivitäten der EG-Kommission und des Europäischen Rates in feierlichen Erklärungen und harmlosen Entschuldigungen: Worte auf Papier statt Gutachten, Geld oder Gesetze. Ein damit zusammenhängender Mythos ist, daß die EG über keinerlei Kompetenz zum Erlaß von Bestimmungen verfügt, um ImmigrantInnen aus Drittländern zu schützen. Dies ist schlicht unwahr. Im Recht der Gemeinschaft sind verschiedene Bestimmungen vorhanden, welche die Rechte von Nicht-EG-ImmigrantInnen betreffen, nur datieren alle diese Bestimmungen aus den 60er und 70er Jahren. In den letzten zehn Jahren sind die Politiker einfach nicht fähig gewesen, über irgendein neues Element der EG-Einwanderungsgesetze Übereinstimmung zu erzielen. Das rechtliche Argument der nationalen Souveränität dient auf diesem Gebiet dazu, die Befürchtungen und Gegensätze zwischen den nationalen Politikern zuzudecken.

Der letzte Mythos, ist der, daß die Hauptsache dieser politischen Maßnahmen in einem strukturellen Rassismus oder in rassistischen Auffassungen begründet liegt. Zwar spielen die Ängste vor einer "Flut" neuer Einwanderer und die Gefühle der eigenen Überlegenheit eine offenkundige Rolle. Sie können

aber die Formierung dieser Politik und seine Effekte nur teilweise erklären. Obwohl in Brüssel wie in den nationalen Hauptstädten dürfte oftmals eher mangelnde Sachkunde und fehlendes Interesse als eine politisch bewußt getroffene Entscheidung die Ursache sein, daß die oben erwähnten Auswirkungen für ImmigrantInnen aus Drittländern produziert werden. Bis vor kurzem wird vielen Politikern kaum klageworden sein, daß neben den 5 Millionen MigrantInnen aus anderen EG-Ländern über 8 Millionen EinwanderInnen mit der Staatsangehörigkeit von Nicht-EG-Ländern innerhalb der EG leben. Nur wenige Politiker werden ernsthaft über die negativen Auswirkungen nachgedacht haben, die diese neuen Bestimmungen für die nicht-weißen EinwanderInnen haben, die im Besitz von EG-Pässen sind. In den Niederlanden haben viele Abgeordnete ihre Ansichten oder ihr Abstimmungsverhalten geändert, sobald sie mit diesen Folgen konfrontiert wurden.

Diese Beobachtung ist wichtig für diejenigen, welche die gegenwärtigen Politiken in Europa zu ändern wünschen. Sieht man die wesentlichen Faktoren, die hinter diesen politischen Maßnahmen stehen, in Rassismus und Xenophobie, dann wird es schwierig, wenn nicht gar definitionsgemäß unmöglich, die entsprechende Politik zu ändern ohne die Ansichten der Leute zu ändern. Setzt man dagegen voraus, daß mangelnde Sorgfalt oder selektive Information mit die Grundlage für manche dieser neuen Bestimmungen bilden, ist die Aussicht auf künftige Veränderungen größer. Dies soll keine Rechtfertigung für Nachlässigkeit, sondern eine Erinnerung an die Adresse derer sein, die politische Strategien konzipieren. Schiebt man erst alles auf den Rassismus, verliert die Verständigung über kleine praktische Schritte wie beispielsweise ein Europäisches Bürgerrecht für EinwanderInnen aus Drittländern schnell ihren Sinn.

## Das Europäische Bürgerrecht

Wäre die Einführung eines Europäischen Bürgerrechts (*citizenship*) geeignet, um diese Probleme zu lösen? Und wem sollte ein solches Bürgerrecht gewährt werden?

Sucht man eine Antwort auf diese Fragen, sollte man sich klarmachen, daß es

in Europa zwei vorherrschende Traditionen in bezug auf die Staatsangehörigkeit gibt: das französische und das deutsche Modell. Das französische Modell stellt die gemeinsame Kultur und die gemeinsame Erfahrung der Menschen heraus, die auf dem gleichen Territorium leben. Das deutsche Modell der Staatsangehörigkeit beruht in erster Linie auf der Vorstellung einer gemeinsamen Abstammung (die gemeinsame "Rasse" oder die Blutsbande sind nach dieser Auffassung wichtiger als die gemeinsame Kultur oder der gemeinsame Wohnort). Beispiele für dieses Modell liefert die "Aussiedler"-Gesetzgebung und die Entscheidung, die Einreise jüdischer ImmigrantInnen nach Deutschland zahlenmäßig zu begrenzen. Der Vorstoß von Frankreichs früherem Präsidenten Giscard d'Estaing, man solle das "droit du sol" im französischen Staatsangehörigkeitsrecht durch ein "droit du sang" ersetzen (*Le Figaro* 21.9.91), macht deutlich, daß das Modell Deutschland auch in Frankreich maßgebliche Befürworter hat. Umgekehrt bedeutet der kürzlich erfolgte Sinneswandel im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht, der die Einbürgerung von ImmigrantInnen in zweiter Generation erleichtert (Art. 85 Ausländergesetz, 1990), einen ersten, aber symbolisch wichtigen Schritt hin zum französischen Modell.

Beide Modelle beruhen auf der Vorstellung einer (entweder kulturellen oder ethnischen) *Homogenität*, und beide implizieren die *Loyalität* zu einer einzigen öffentlichen Körperschaft oder staatlichen Struktur. Das französische Modell ist aber offener und aufnahmefähiger gegenüber EinwanderInnen, während das deutsche Modell in seiner Grundlage geschlossen und exklusiv ist. Beide Modelle beinhalten in ihrer modernen demokratischen Version das gleiche Recht aller Bürger, am öffentlichen Entscheidungsprozeß zu partizipieren und an den materiellen Gütern in einem Mindestmaß teilzuhaben. Es darf demnach keine Staatsbürger zweiter oder dritter Klasse mehr geben.

Die gegenwärtigen Entwicklungen in Europa machen es nach meiner Auffassung erforderlich, sich von diesen zwei fixierten Vorstellungen bezüglich der Staatsangehörigkeit zu trennen. Der europäische Einigungsprozeß verlangt eine *positive Bewertung der kulturellen Verschiedenheit* anstelle des Postulats kultureller Homogenität. Europa wird nur Erfolg haben, wenn es mehr als nur

ein Markt für Güter, Geld und Arbeit ist, nur dann, wenn wir erkenne, daß sich kulturelle Verschiedenheit (unterschiedliche Sprachen, Traditionen, Religionen und politische Gepflogenheiten) mit gemeinsamen Ideen und Werten (in bezug auf Demokratie und Menschenrechte) sehr gut vertragen können. Großbritannien, die Niederlande, Belgien und die Schweiz liefern das Beispiel, daß die kulturelle Verschiedenheit zum wesentlichen Bestandteil einer Nation werden kann. Eine europäische Staatsangehörigkeit ist in diesem Jahrzehnt nur dann zu realisieren, wenn die kulturelle Verschiedenheit als ein wesentliches und wertvolles Element akzeptiert wird. Diese Verschiedenheit könnte sich sogar als wertvoller Aktivposten im internationalen Handel, in der Diplomatie und im internationalen Informationsaustausch erweisen.

Daneben müßte die Vorstellung, daß die Staatsangehörigkeit eine nahezu absolute und ausschließliche Loyalität gegenüber der öffentlichen Körperschaft oder gegenüber dem Staat einschließt, für den die männlichen Staatsbürger zu sterben bereit sein sollen, durch die Vorstellung einer doppelten Loyalität ersetzt werden: der Loyalität gegenüber einem der Mitgliedsstaaten auf der einen Seite und einer gewissen Loyalität gegenüber den sich entwickelnden neuen öffentlichen Körperschaften auf europäischer Ebene auf der anderen Seite. Ich verwende den Begriff der Loyalität hier zur Beschreibung der tatsächlichen Beziehung zwischen einem privaten Individuum und den öffentlichen Gewalten, nicht als einen normativen Mindeststandard von persönlicher Hingabe an den Staat, die jeder Bürger im Zweifelsfalle unter Beweis zu stellen hätte. Loyalität also als eine Tatsache des Lebens, die das Resultat dauernden Aufenthalts ist, nicht als Sache einer Prüfung oder als Instrument der Ausschließung.

Die Realität, die diese doppelte Loyalität in den kommenden Jahren für EG-Bürger haben wird, könnte es leichter machen, die Vorstellung einer doppelten Loyalität der ImmigrantInnen gegenüber ihrem Herkunfts- (Geburts-)Land wie gegenüber ihrem Einwanderungsland zu akzeptieren. Sie könnte, was die EinwanderInnen der ersten oder zweiten Generation angeht, die Idee einer doppelten Staatsbürgerschaft akzeptabel machen, die ein juristischer Ausdruck ihrer kulturellen und sozialen Bindun-

gen an zwei verschiedene Länder wäre. Die Vorstellung einer ausschließlichen Loyalität sollte also dahingehend korrigiert werden, daß sie die Realität von zwei oder mehr konkurrierenden Loyalitätszentren entspricht, und zwar nicht nur für EinwanderInnen, sondern für alle Bürger in Europa.

Wenn wir in Europa die Entwicklung zu einem Dreiklassenstaat vermeiden und gleichzeitig die Möglichkeit einer forcierten kollektiven Ausweisung von Einwanderergruppen ausschließen wollen, dann haben wir keine andere Alternative

**... an den äußeren Grenzen (an Autobahngrenzübergängen und Flugplätzen) wird es unterschiedliche Eingänge und unterschiedliche Behandlung für EG- und für Nicht-EG-Bürger geben; die Grenzkontrolle für die zweite Gruppe wird verschärft**

als die, nicht nur den dauerhaft niedergelassenen ImmigrantInnen aus den EG-Staaten (die zur Zeit immer noch Bürger zweiter Klasse sind, aber in vieler Hinsicht schon als Bürger erster Klasse behandelt werden), sondern auch den ImmigrantInnen aus Nicht-EG-Staaten den Erwerb der Bürgerrechte zu ermöglichen.

## Wie wäre ein Europäisches Bürgerrecht für EinwanderInnen aus Drittländern zu erreichen?

Es gibt verschiedene Wege, die allesamt nach Rom führen. Ich möchte an dieser Stelle drei davon skizzieren. Ihnen allen ist gemeinsam, daß sie die Vorstellung durchkreuzen, es handle sich bei den EinwanderInnen aus Drittländern um

eine andere Kategorie von Menschen, die eine Gleichbehandlung mit EG-Bürger und den Status von Mitbürgern nicht erwarten (oder verdienen) können. Die erste Möglichkeit besteht darin, daß jeder Mitgliedsstaat der EG eine nationale Gesetzgebung einführt, die den dauerhaft niedergelassenen ImmigrantInnen die gleichen Rechte einräumt wie seinen eigenen Staatsangehörigen, oder, wenn dies zu weit gehen würde, wie den EG-Bürgern. Beispiele für eine solche Gesetzgebung sind die Bestimmungen über den Status von irischen

Bürgern in Großbritannien, das niederländische Gesetz über die Gleichbehandlung von molukkeschen EinwanderInnen ohne holländische Staatsangehörigkeit oder das in Deutschland diskutierte "Niederlassungsgesetz". Damit wäre eine größere Sicherheit des

Wohnorts (Schutz vor Ausweisung) gewährleistet und eine etwas liberalere Familienzusammenführung im Vergleich zu dem, was in den meisten EG-Mitgliedsstaaten derzeit erlaubt ist. Es würde indessen nicht die Freiheit mit einschließen, in anderen EG-Ländern zu leben, zu studieren oder zu arbeiten. Ein Vorteil dieser Option wäre, daß man nicht auf die Zustimmung aller 12 EG-Länder zu warten hätte. Diese Politik kann jedes EG-Land selbst realisieren.

Ein zweiter Weg könnte der sein, daß die Gesetzgebung der Europäischen Gemeinschaft mit dem Ziel geändert wird, das Recht, in anderen EG-Ländern zu arbeiten und zu leben, auch auf die in einem EG-Land dauerhaft ansässigen EinwanderInnen aus Drittländern auszuweiten. Dies würde einen gewissen Transfer der Verantwortlichkeit vom einem zum nächsten EG-Land beinhalten, sobald ein Immigrant oder eine Immigrantin das Recht erhalten hat, sich im anderen EG-Land niederzulassen.

Der dritte Weg bestünde darin, dauerhaft ansässigen ImmigrantInnen auf eine li-

## Rassismus und Migration in Europa

### Rassismus und Migration in Europa

Argument-Sonderband AS 201 560 S., br., DM 38,-  
Die Diskussionen um Einwanderungsquoten und die Verschärfung des Asylrechts werden mit zunehmender Härte geführt. Zugleich wächst die Abschottung gegen Migranten und Flüchtlinge auch in Ländern, die bisher eine eher liberale Einwanderungspolitik betrieben haben. Um diesen Prozeß zu analysieren und Gegenstrategien zu entwickeln, veranstaltete das Hamburger Institut für Migrations- und Rassismusforschung im September 1990 einen Kongreß — den ersten dieser Art überhaupt. Er sollte den Blick für die anstehenden Probleme schärfen und den geläufigen Fragestellungen Alternativen entgegenzusetzen. Der vorliegende Band dokumentiert die Vorträge, die auf dem Kongreß gehalten wurden. Beiträge u.a. von G. Auernheimer, F. Anthias, E. Balibar, Ph. Cohen, C. Guillaumin, J. Link, R. Miles, V. de Rudder, C. Wihltole de Wenden, T. van Dijk.

### Robert Miles Rassismus

Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs  
A.d. Engl. v. Michael Haupt  
191 S., br., DM 24,-

Miles »analytisches Interesse ist auf das theoretische Verständnis des Rassismus ausgerichtet. Vor allem gilt seine Aufmerksamkeit den Eingrenzungs- und Ausgrenzungsmechanismen in rassistischem Denken ...« FAZ

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

berale Weise die Staatsbürgerschaft des Gastlandes anzubieten, nämlich mit der Möglichkeit, die ursprüngliche Staatsbürgerschaft zu behalten. Das Einwanderungsland müßte also die doppelte Staatsbürgerschaft für die ImmigrantInnen erster und zweiter Generation akzeptieren. Ein Vorteil dieser Option ist, daß der oder die Eingewanderte sofort die gleichen Rechte unter dem nationalen Gesetz und die Rechte aller EG-Bürger erhält. Wenn die 12 EG-Länder ohne große Diskussion am 3. Oktober 1990 etwa 16 Millionen frühere DDR-Bürger, die bis zu diesem Datum außerhalb der EG lebten, als Voll-EG-Bürger akzeptiert haben, warum zögern sie dann (oder haben sie nicht einmal in Betracht gezogen), den 8 Millionen ImmigrantInnen aus Drittländern einen vergleichbaren Status zu gewähren, obwohl die meisten von ihnen schon seit Jahrzehnten innerhalb der EG leben?

In der Praxis ist diese dritte Möglichkeit allerdings mit einer wichtigen Restriktion verbunden: manche EinwanderInnen verlieren automatisch ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft, sobald sie eine neue erwerben. Deshalb kann die tatsächlich Anwendung dieser Option durch die Gesetzgebung des Herkunftslandes des ImmigrantInnen eingeschränkt werden.

Die drei Wege oder Optionen sind keine Alternativen, die einander ausschließen. Jede Möglichkeit ergänzt die beiden anderen. Alle drei Wege können zur gleichen Zeit beschritten werden.

## Was können ImmigrantInnen und ihre Organisationen tun, um auf diese Politik Einfluß zu nehmen?

Die erste und vielleicht wichtigste Aktion sollte nach meiner Auffassung darin bestehen, deutlich zu machen, worum es eigentlich geht. Man müßte öffentlich Aufmerksamkeit für die negativen Auswirkungen fordern, die diese neuen europäischen Bestimmungen für ImmigrantInnen aus Drittländern zur Folge haben.

In den letzten Jahren hat die Asyldiskussion die politische Tagesordnung in vie-

len europäischen Ländern beherrscht. Sie hat das Problem der sozialen und rechtlichen Stellung der ImmigrantInnen aus Drittländern innerhalb der EG gewissermaßen verdeckt. Manche der negativen Auswirkungen der neuen Europäischen Bestimmungen rühren daher, daß die Bürokraten und Politiker, von denen die entsprechende Bestimmungen vorbereitet werden, sich dieser Folgen einfach nicht bewußt sind. Die Öffentlichkeit könnte ihr mangelndes Interesse oder ihre Nachlässigkeit kompensieren.

Ich möchte einige Beispiele für solche Kampagnen geben. So hat eine Organisation von marokkanischen EinwanderInnen in den Niederlanden Wissenschaftler und Studenten der Universität Amsterdam darum gebeten, einen Bericht über die Auswirkungen des Schengener Abkommens für marokkanische Einwanderer zu verfassen (Boeree 1989). Nach dieser Veröffentlichung planten sie die Organisation eines Schengen-Tribunals. Zwar wurde dieses Tribunal nie abgehalten (was am Fall der Berliner Mauer lag), aber das Gutachten hat dazu beigetragen, für das Problem eine breite Öffentlichkeit herzustellen und es zu einem wichtigen politischen Thema zu machen.

Eine Organisation von türkischen EinwanderInnen in den Niederlanden hat jahrelang eine Kampagne für das Recht türkischer ImmigrantInnen mit holländischer Aufenthaltserlaubnis geführt, in Europa ohne Visum zu reisen. Sie forderten die Gleichbehandlung mit anderen Europa-Bürgern, was Familienbesuche, Urlaub, Schulausflüge oder internationale Sportveranstaltungen anging. Sie haben zunächst einige Abgeordnete und dann die holländische Regierung von ihrer Sache überzeugt und erlangten so die Reisefreiheit in den Benelux-Ländern. Dann überzeugten sie den deutschen Botschafter in den Niederlanden, der wiederum die deutsche Regierung überredete, den in den Niederlanden aufenthaltsberechtigten TürkInnen ein fünf Jahre gültiges und gebührenfreies Visum für Reisen nach Deutschland auszustellen. Während der Verhandlungen über das Schengener Zusatzabkommen von 1990 wurde den ImmigrantInnen aus Drittländern das Recht zuerkannt, bis zu drei Monaten in Europa visumfrei zu reisen (Art. 21). Damit profitieren am Ende alle

Drittland-MigrantInnen in allen Ländern des Schengener Abkommens von dieser hartnäckigen und erfolgreichen Kampagne einer einzelnen Immigrationsorganisation. Dies mag als eine weniger bedeutende Frage erscheinen. Aber im täglichen Leben der EinwandererInnen macht die Anhäufung von solchen kleinen Unterschieden in ihrer Behandlung sehr wohl etwas aus.

Es ist aber nicht sicher, ob in der neuen EG-Vereinbarung zum Grenzübertritt, die gegenwärtig von den 12 Regierungen vorbereitet wird, eine vergleichbare Klausel enthalten sein wird. Es könnte also sein, daß einer der kleinen Siege, die ImmigrantInnen auf der Ebene der Länder des Schengener Abkommens errungen haben, auf der 12-Länder-Ebene nicht übernommen oder sogar gestrichen wird. Der geheime Charakter der Verhandlungen macht es schwer, diesen Prozeß zu verfolgen und zu beeinflussen.

Ein zweiter Typ von Aktionen könnte die Formulierung konkreter Forderungen sein. Der im Juli 1990 veröffentlichte Bericht des vom Europäischen Parlament eingesetzten Untersuchungsausschusses zu Rassismus und Xenophobie (besser bekannt als Ford-Bericht) ist ein gutes Beispiel, wie ImmigrantInnen erfolgreich offiziellen Rückhalt für konkrete Forderungen erlangen können. Diese Vorschläge waren nur Empfehlungen, und es gab einen starken Dissens in der Parlamentarierkommission. Sich darauf zu beschränken, würde aber den politischen Effekt der in dem Bericht enthaltenen Formulierung konkreter Maßnahmen und der von ihm hergestellten klaren Verbindung zwischen der Frage rassistischer Diskriminierung und der Einwanderungspolitik unterschätzen. Solche konkreten Vorschläge ermöglichen es aufgeschlossenen Politikern und Beamten, die praktischen Konsequenzen ihren Tuns in Erwägung zu ziehen. Sie könnten dazu beitragen, Vorurteile und Ängste zu überwinden.

In naher Zukunft werden das Schengener Zusatzabkommen und die EG-Vereinbarung über Asylsuchende den nationalen Parlamenten der Mitgliedsstaaten zur Ratifizierung vorgelegt. Dies könnte eine gute Gelegenheit sein, mit konkreten Forderungen zur Gleichbehandlung von ImmigrantInnen aus Drittländern aufzuwarten.

Ein drittes Mittel, das von ImmigrantInnenorganisationen benutzt wird, ist der



Musterprozeß. Der Musterprozeß ist ein typisches Instrument von Gruppen, die wegen ihrer geringen Zahl oder in Ermangelung politischer Rechte nicht in der Lage sind, großes politisches Gewicht zu erlangen. Von den Einwandererorganisationen in den USA ist dieses Mittel seit über einem Jahrhundert erfolgreich angewendet worden. Wir haben auch einige europäische Beispiele dafür gesehen. Die ganzen letzten Jahre hindurch haben der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und die Kommission für Menschenrechte in Straßburg die Europäische Menschenrechtskonvention dahingehend interpretiert, daß sie den EinwanderInnen der zweiten Generation das Aufenthaltsrecht sichert und der Tendenz zur Einschränkung der Familienzusammenführung durch die europäische Regierungen Grenzen setzt.

Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg hat kürzlich verschiedene Entscheidungen gefällt, durch welche die Stellung von ImmigrantInnen aus Drittländern innerhalb der EG gestärkt wird. Im ersten Falle entschied der Gerichtshof, daß ein Unternehmer, der einen Vertrag über die Ausführung einer bestimmten Arbeit in einem anderen EG-Land abgeschlossen hat, die bei ihm Beschäftigten auch dann in dieses Land bringen kann, wenn diese Arbeiter nicht nach EG-Recht die Erlaubnis zur freien Wahl des Arbeitsplatzes haben. Dies wird den eingewanderten Arbeitern aus Drittländern neue Möglichkeiten eröffnen.

1990 entschied der Gerichtshof in Luxemburg, daß gewisse Bestimmungen im Assoziierungsvertrag zwischen der Türkei und der EG bezüglich der Rechte von TürkInnen, in der EG zu leben und zu arbeiten, unmittelbar anzuwenden sind. Diese Entscheidung schränkt die Freiheit der europäischen Regierungen, eine restriktivere nationale Gesetzgebung einzuführen, ernsthaft ein. Die Entscheidung des EG-Gerichtshofes könnte auch den deutschen Behörden den Anwendungsspielraum für ihr 1990 verabschiedetes neues Ausländergesetz beschneiden. Unterstützt und zum Teil finanziert wurde dieser Fall von der gleichen türkischen Immigrantorganisation in den Niederlanden, die bereits die Kampagnen in der Visumfrage geführt hatte.

Diese Fälle und eine künftige Öffentlichkeit werden den Politikern und der öffentliche Meinung deutlich machen,

daß die EG mit der Frage der Rechtslage (Staatsbürgerschaft) der in der Gemeinschaft lebenden Nicht-EG-ImmigrantInnen un- ausweichlich konfrontiert ist. Zwar könnte das alles etwas länger dauern. Aber es wird ziemlich schnell klar werden, daß 1992 die beste Gelegenheit bietet, diese Rechnung zu präsentieren. Ein einheitlicher Markt bedeutet einen einzigen Raum ohne ökonomische und sozial dysfunktionale administrative Barrieren, die einen Teil der Bevölkerung von den übrigen abtrennen.

### Fazit

Vor ein paar Jahren erst haben EinwanderInnen

sowie ein paar wenige isolierte Politiker und Akademiker den Vorschlag gemacht, den ImmigrantInnen aus Drittländern gleiche EG-Rechte zu gewähren. Diese Ideen wurde damals verlacht. Mittlerweile ist die Frage von Belgiens Königlichem Kommissar für Migranten (Koninklijk Commissariaat 1990, Kap. 11), von einem Sachverständigenrat des französischen Sozialministeriums (*Le Monde* 13.12.89) und vom Wissenschaftlichen Rat der holländischen Regierung (1990) aufgeworfen worden. Der Innenminister hat versprochen, daraus einen zentralen Gegenstand der niederländischen Regierungspolitik in bezug auf 1992 zu machen. Im Februar 1990 stimmte eine Mehrheit des Europäischen Parlaments für ein Änderungsgesetz, das den EinwanderInnen der zweiten Generation aus Nicht-EG-Ländern gleiche Rechte einräumt, in anderen EG-Ländern zu arbeiten und zu leben. Die Europäische Kommission hat dieses Änderungsgesetz nicht abgenommen. Doch die Botschaft war klar.

In einer Schrift des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) machen Böhning

**Wenn die 12 EG-Länder ohne große Diskussion am 3. Oktober 1990 etwa 16 Millionen frühere DDR-Bürger, die bis zu diesem Datum außerhalb der EG lebten, als Voll-EG-Bürger akzeptiert haben, warum zögern sie dann (oder haben sie nicht einmal in Betracht gezogen), den 8 Millionen ImmigrantInnen aus Drittländern einen vergleichbaren Status zu gewähren, obwohl die meisten von ihnen schon seit Jahrzehnten innerhalb der EG leben?**

und Werquin (1990,3) den Vorschlag "das wirtschaftlich aktive Personen aus Nicht-Mitgliedsstaaten, die sich zwei Jahre oder länger legal in einem EG-Land aufgehalten haben, das Recht zur Aufnahme einer Beschäftigung in anderen EG-Ländern erhalten und als EG-Bürger behandelt werden sollten". Nach ihrer Ansicht würde dies die Arbeitslosigkeit unter den ImmigrantInnen reduzieren, die Notwendigkeit einer Rekrutierung neuer Arbeiter von außerhalb der EG vermindern und schließlich dem moralischen Recht von Menschen entsprechen, die eine gewisse Zeit in der EG gearbeitet und gelebt haben. Bei diesen Autoren handelt es sich nicht um Radikale, sondern um einen hohen Beamten des ILO und um einen pensionierten Beamten der EG-Kommission.

Es ist völlig klar, daß die Gewährung erweiterter Rechte oder einer Europäischen Staatsbürgerschaft allein nicht die abschließende Lösung aller Probleme der ImmigrantInnen in Europa sein wird. Alle möglichen anderen Ausschließungsmechanismen werden in der Ge-

sellschaft weiterhin wirksam sein. Doch handelt es sich hier um einen notwendigen Schritt. Gesetze sind Ausdruck der offiziellen Ideologie. Das Gesetz kann eine negative Botschaft über EmigrantInnen vermitteln. Die meisten Ausländergesetze tun dies auch. Aber das Gesetz kann den anderen Bürgern Europas auch eine positive Botschaft (die Gleichbehandlung) überbringen. Ideen werden nur dann wahr, wenn wir sie ernst nehmen und anfangen, ihnen gemäß zu handeln.

Dieser Beitrag erschien zuerst in: *Rassismus und Migration in Europa*. Argument-Verlag Berlin 1992, 564 Seiten, DM 38.- Vom Autor überarbeiteter Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Argument-Verlages. Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Laugstien

### Bibliographie

- Boeree, J. and others, 1989: *Dat doet de deur dicht*, Het Akkoord van Schengen en het vrije personenverkeer van Marokkanen, Amsterdam
- Böhning, W.R. and J. Werquin, 1990: *Some Economic, Social and Human Rights Considerations concerning the Future Status of Third Country Nationals in the Single European Market*, ILO - Work Employment Programme Working Papers, Geneva
- Cruz, A., 1990: *An Insight into Schengen, Trevi and Other European Intergovernmental Bodies*, CCME Briefing Papers No. 1, Brussels
- Ford, G. (rapporteur), 1990: *Report drawn up on be-*

- half of the Committee of Inquiry into Racism and Xenophobia, European Parliament doc A3-195/90, Strasbourg
- Koninklijk Commissariaat voor het Migrantenbeleid, 1990: *Voor een harmonische samenleving*, chapter 11, Brussel
- Netherlands Scientific Council for Government Policy, 1990: *Reports to the Government no. 36*, The Hague

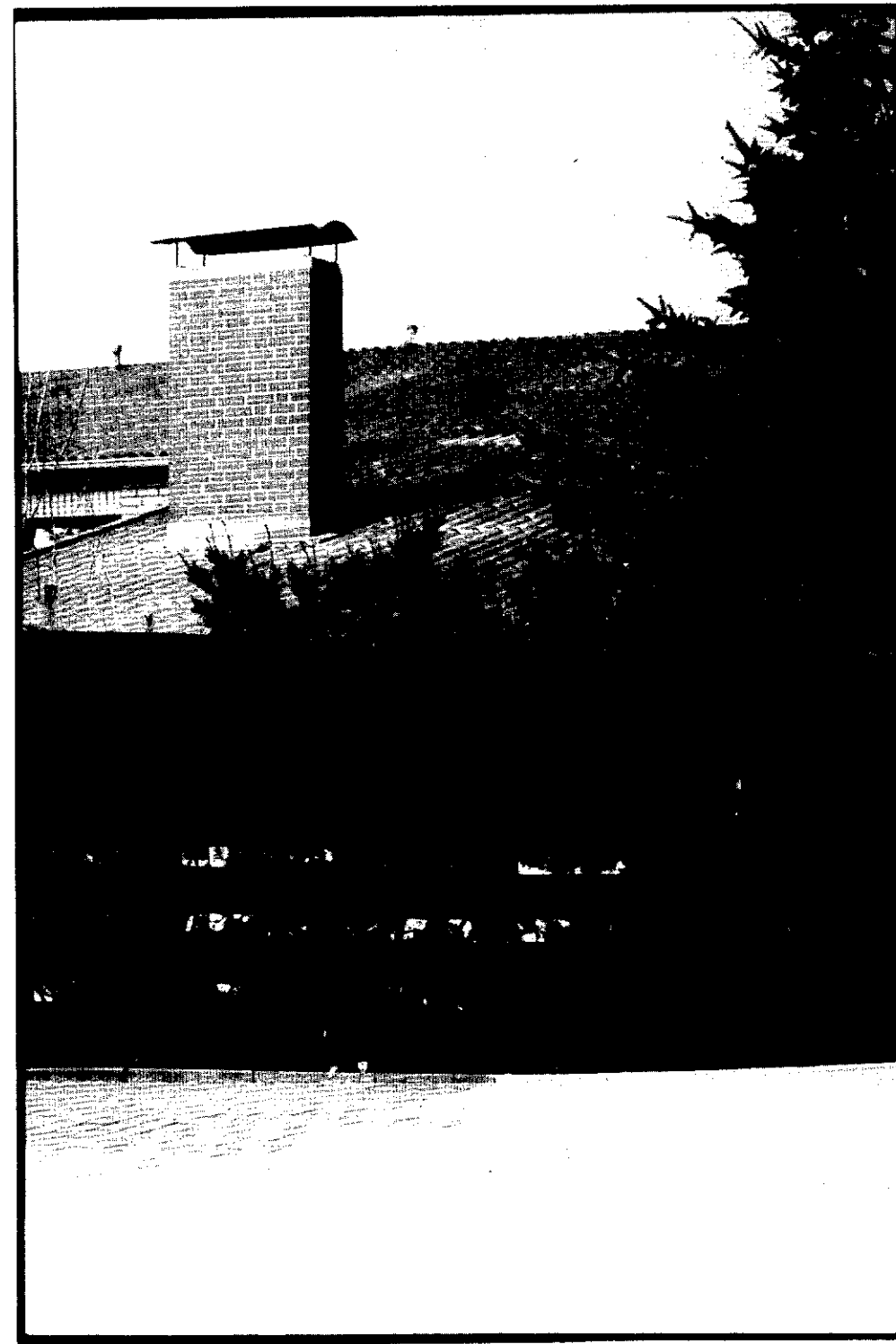


Foto: Stephan Hoppe

# Nach den Lichterketten nicht zurücklehnen

## Strategien gegen den Rechtsextremismus auf verschiedenen Ebenen

von Christoph Butterwegge\*

Nach den Brandanschlägen in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und Mölln ist die öffentliche Debatte über Möglichkeiten, dem Rechtsextremismus und Rassismus entgegenzutreten, in

Bürgerinitiativen, Parteien, Kirchen und Gewerkschaften - mit einer gewissen Zeitverzögerung, aber durchaus (selbst) kritisch - in Gang gekommen. Die Lichterketten gegen Ausländerhaß und Gewalt haben nicht nur den Kerzenfabri-

kanten genützt, sondern auch einen politischen Stimmungsumschwung herbeigeführt, können aber die Rechtsentwicklung in Deutschland allein nicht wieder rückgängig machen.

Rechtsextremismus ist keine Randerscheinung, wurzelt vielmehr im gesellschaftlichen Machtzentrum<sup>1</sup>, hat also keineswegs bloß mit individuellen Problemsituationen, Prädispositionen und psychischen Deformationen einzelner Personen, sondern auch mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen zu tun. Die extreme Rechte hält einer mit Gewalt durchgesetzten, privatkapitalistisch organisierten Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft - wenngleich verzerrt, durch politische Traditionslinien und internationale Kräfteverhältnisse vielfältig gebrochen - den Spiegel vor. Die Brutalität jugendlicher bzw. Kinderbanden, einzelner Subkulturen (Skinheads, Hooligans) und neonazistischer Gruppierungen wuchs in demselben Maße, wie die Ellenbogenmentalität im Berufsleben, der Psychoterror ("Mobbing") im Büro, die Blutorgien im Fernsehen und die Rücksichtslosigkeit im Straßenverkehr zunahm. Durch die Wiedervereinigung wurden rechtsextreme Orientierungsmuster nicht erzeugt, aber spürbar verstärkt.<sup>2</sup>

Eine Gesellschaft, die immer mehr Gruppen (z.B. AusländerInnen, Homosexuelle, Aidskranke, Behinderte, alleinerziehende Mütter, Arbeitslose, Jugendliche ohne Lehrstelle und Berufsausbildung, Alte, Obdachlose, Straftatlassene, Drogenabhängige) an den Rand drängt und ausgrenzt, darf sich nicht wundern, wenn ein wachsender Teil ihrer Mitglieder - meistens nach rechts - radikalisiert wird. Zwar erscheint uns die moderne Industriegesellschaft im Vergleich mit ihren Vorgängerinnen nicht gewalttätiger. Was sie jedoch von diesen unterscheidet, ist ihr zivilisationstheoretisch begründeter Anspruch einer friedlichen Lösung sozialer Konflikte, verbunden mit einer "Glaubwürdigkeitslücke", also einer signifikanten Kluft zur gesellschaftlichen Wirklichkeit.

\* Dr. habil. Christoph Butterwegge, Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Bremen

Fotos: Stephan Hoppe

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK UND WIRTSCHAFT, HEFT 71, 1993

## A B - G R E N Z U N G E N

### Alltagsrassismus und was man dagegen tun kann

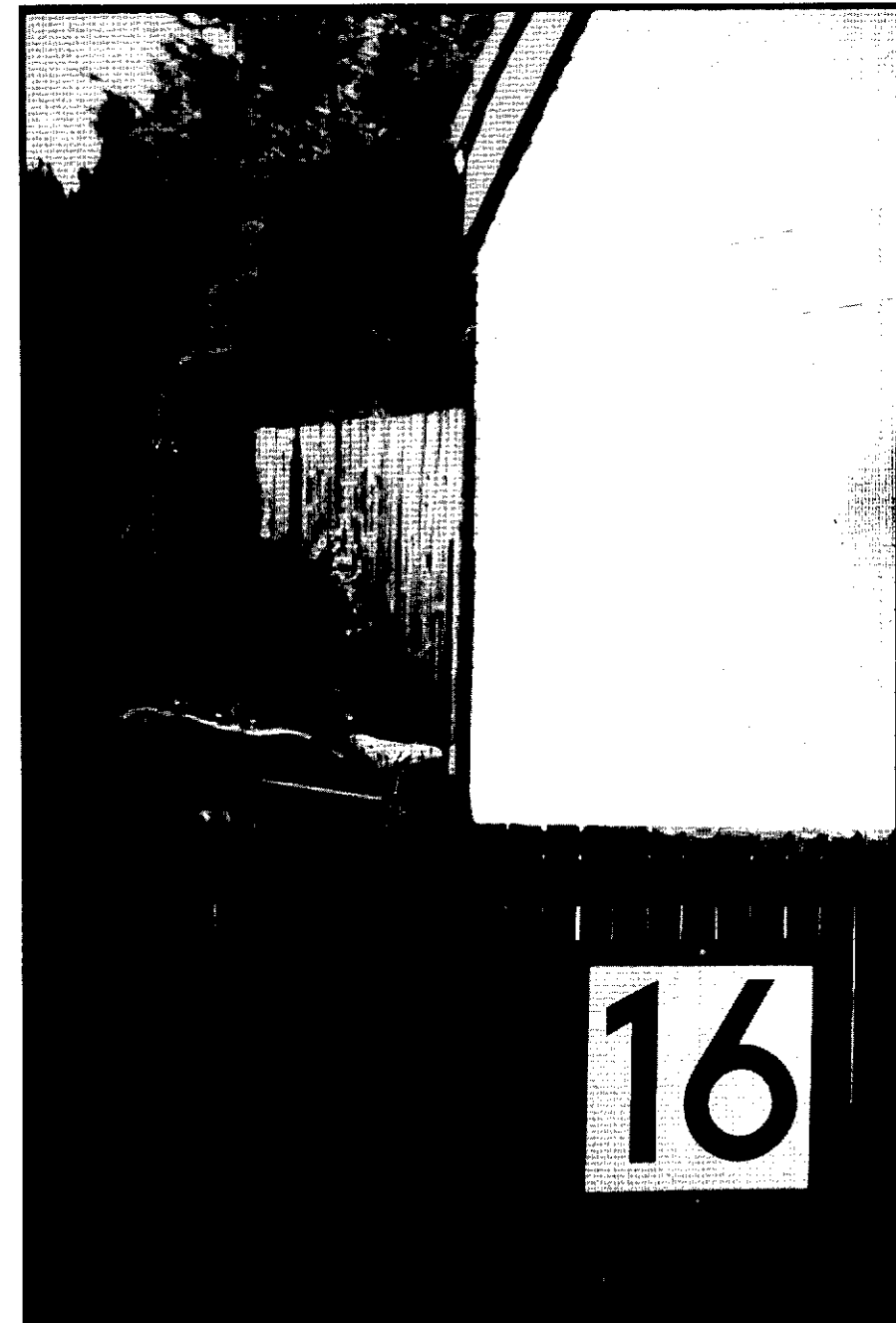
Rassismus ist ein staatliches Macht- und gesamtgesellschaftliches Gewaltverhältnis (institutioneller bzw. struktureller Rassismus: Asylrecht und Ausländergesetze), aber auch eine Ideologie, die Rangunterschiede zwischen Menschengruppen pseudowissenschaftlich zu rechtfertigen sucht (intellektueller Rassismus) sowie Denken und Handeln von Millionen Menschen beeinflusst (individueller bzw. Alltagsrassismus). Solche Denkmuster werden schon im Kindergarten eingeübt und durch Massenmedien (etwa mittels unkommentiert wiedergegebener Statistiken zur Ausländerkriminalität, fehlender Hintergrundberichte über die Ausbeutung der sog. Dritten Welt, aber auch tendenziöser Titel wie "Türken überfielen Tankstelle") vermittelt.

Der Rassismus bildet eine politisch-ideologische Einstiegsdroge für Mitglieder, Wähler und Anhänger rechtsextremer Parteien, man könnte auch sagen: den geistigen Kitt, der so unterschiedliche Personen wie Skinheads, organisierte Neonazis, Stammtischbrüder, nationalkonservative Wissenschaftler und "Protestwähler" (der REPublikaner, DVU oder NPD) miteinander verbindet. Ein Stück davon steckt als Erbe des Kolonialismus und Resultat eines Systems der rassistischen Sozialisation vermutlich in jedem Deutschen. Henning Melber spricht denn auch von einem "kolonialen Blick", und man braucht nur Kinder-, Jugend- und Schulbücher oder Comics daraufhin zu betrachten, um zu sehen, wie und warum dieser fortexistiert.<sup>3</sup> Der "Rassismus in uns" darf allerdings nicht als billige Ausrede für Untätigkeit bei seiner Bekämpfung dienen, denn Rassismus ist mehr als die Verinnerlichung solcher Vorurteile in der Kindheit und wirkt nur, weil er im Hinblick auf die Ausgrenzung anderer (Gruppen von) Menschen funktional ist.<sup>4</sup> Antirassismus beginnt daher mit einer kritischen Selbstreflexion: Warum habe ich mehr Angst, abends zusammen mit Schwarzen als gemeinsam mit Weißen an einer Bushaltestelle zu warten? Wieso starre ich "fremdländisch" aussehende Passanten an oder schaue demonstrativ weg? Weshalb frage ich ausländische KollegInnen oder KommilitonInnen sofort, wann sie

wieder zurückkehren, statt ihr Hiersein als völlig normal zu empfinden? Ertappe ich mich manchmal dabei, den Begriff "Asylanten" zu gebrauchen, obwohl ich durchaus weiß, was solche "Killwörter" (Jürgen Link) in vielen Köpfen anrichten? Bezeichne ich Einwanderer aus Armutsregionen der sog. Dritten Welt als "Wirtschaftsflüchtlinge", statt Boris Becker und Michael Stich, die ihren Wohnsitz aus steuerlichen Gründen

nach Monaco verlegt haben, so zu nennen?

Die "Solidität des Denkens" und die "Sensibilität der Sprache" müssen durch eine "Solidarität des Handelns" ergänzt werden. Gefordert ist Zivilcourage, wohlgemerkt: nicht "zuviel Courage", d.h. kein Heldenmut gegenüber mit Baseballschlägern ausgerüsteten Skinheads. Vielmehr bedürfen die Ächtung des Neofaschismus und das Enga-





gement der BürgerInnen des Schutzes durch die Staatsgewalt, damit sie wirksam werden können.<sup>5</sup> Entscheidend ist, ob das sich das gesellschaftliche Klima, in dem Ausländer als Sündenböcke herhalten müssen, verändern läßt. "Es geht darum, eine andere Atmosphäre zu schaffen. (...) Erst wenn die Stimmung in der Bevölkerung gegen rechte Unmenschlichkeit stark genug ist, werden Politiker und Bürokraten reagie-

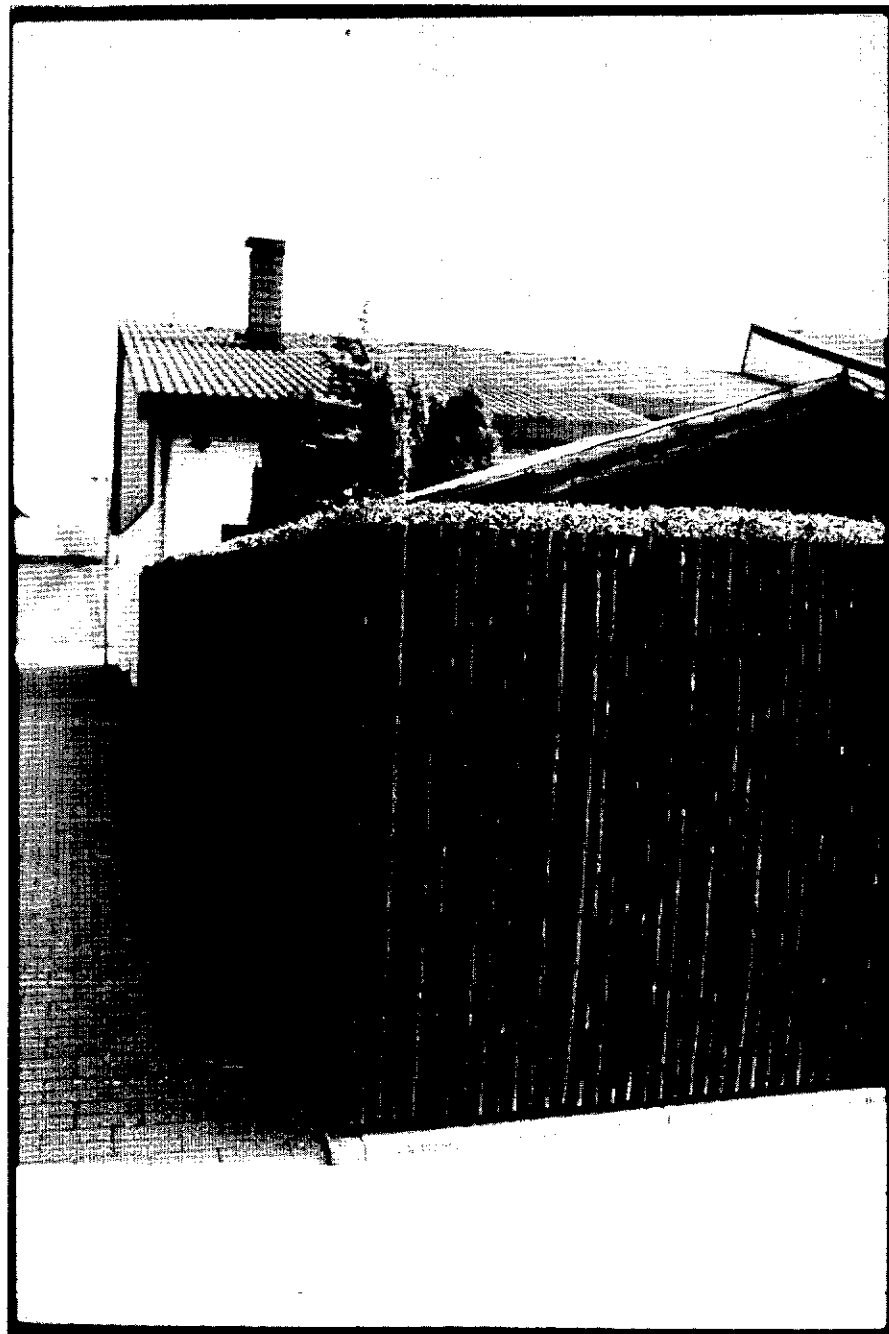
ren."<sup>6</sup> Ein massenhaftes "Coming-out" der AntirassistInnen in unserem Land würde verhindern, daß Menschen mit rechtsextremen Einstellungen glauben, die Volksmeinung zu vertreten. Werden Türkenwitze in meiner Gegenwart erzählt, sollte ich protestieren. Wird ein Ausländer (z.B. am Bankschalter, beim Sozialamt oder im Kaufhaus) schlechter behandelt als deutsche Mitbürger, so ist dies ein Grund zum Eingreifen.

## Die Demokratie der Bundesrepublik braucht Bewegung

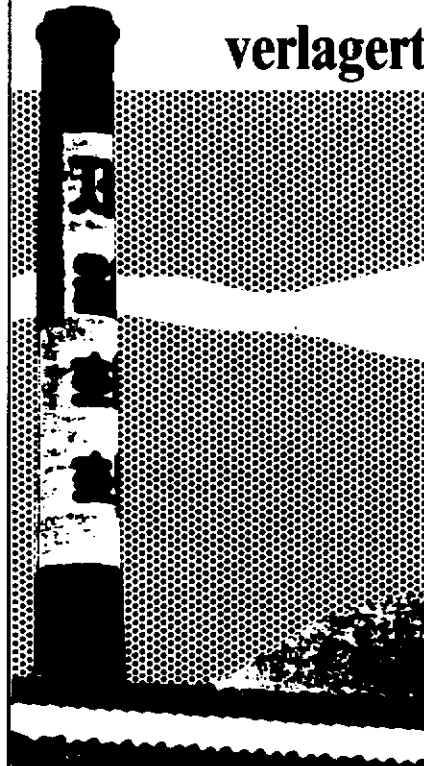
Der nächste Schritt betrifft die Artikulation und die öffentliche Demonstration einer antirassistischen Position - ganz egal, ob es sich um die Beteiligung an Lichterketten, Mahnwachen oder Info-Ständen handelt. Flüchtlingsinitiativen, Solidaritätsbekundungen (Leserbriefe, Unterschriftenlisten) und Stadtteilgruppen schlagen den Bogen zu denjenigen, die gegenwärtig durch neofaschistische Banden am meisten bedroht sind. Zwar gab es nach Brandanschlägen in Hoyerswerda, Hünxe und Rostock spontan organisierte Mahnwachen und Telefonketten zum Schutz der Unterkünfte von Asylsuchenden, die Vision einer breiten Bürgerrechts- und Solidaritätsbewegung nahm jedoch erst nach den Morden von Mölln sichtbar Gestalt an. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Projekten, die sich im Kampf gegen Rassismus bewährt haben.<sup>7</sup>

Der Rechtsextremismus in den 90er Jahren mag auch ein "Rückschlag des politischen Pendels", d.h. eine Reaktion auf die Erfolge der außerparlamentarischen Protestbewegungen in den frühen 80er Jahren - besonders die Frauenemanzipation -, sein. Bürgerinitiativen und Bewegungen (Frieden, Frauen, Ökologie) haben damals Demokratie als Möglichkeit, Politik "in der ersten Person" mitzugestalten und gemeinsam stark zu sein, konkret erfahrbar gemacht. Nach der Vereinigung von Bundesrepublik und DDR hat die politische Klasse den Solidaritätsbegriff für sich reklamiert und (als finanzielle Bringschuld der West gegenüber den Ostdeutschen) nationalistisch uminterpretiert.<sup>8</sup>

Zwischen Gewalt und Gewalt besteht ein gewaltiger Unterschied; sie ist gleichwohl keine wirksame Waffe im Kampf gegen die Neonazis. Rechtsextremismus und "autonomer" Antifaschismus schaukeln sich vielmehr gegenseitig hoch; letzterer sorgt durch seine Militanz für Medienresonanz und eine größere Akzeptanz des ersteren, wie beispielsweise im Falle der REPUBLIKANER, die ihren spektakulären Wahlerfolg zum Westberliner Abgeordnetenhaus 1989 nicht zuletzt linksradikalen Gegendemonstranten zu verdanken hatten.<sup>9</sup>



## Neuerscheinung Todesproduktion verlagert



### Der Fall Rex-Asbest:

- im Hinterhof der reichen Industrienationen geht die Produktion des krebserregenden Asbest weiter;
- ein deutsches Unternehmen nützt die Zwangslage des Schwellenlandes Südkorea aus, um mit Verfahren, die Menschen und Umwelt schaden, weiterhin Profit zu machen;
- dokumentiert wird ein politischer Skandal und die Situation der Industriearbeiterinnen und -arbeiter in der 3. Welt.

Erhältlich unter der ISBN 3-88534-124-7 im Buchhandel oder direkt über den Verlag 2000, Postfach 102062, Bleichstr. 5-7, 6050 Offenbach 1, zum Preis von 15,- DM pro Heft, zzgl. Versandkosten.

## Ein neues Dreiklassenwahlrecht oder Rechtsgleichheit für Deutsche und Ausländer?

Gegenüber einem modernen Rechtspopulismus à la Jörg Haider, Jean-Marie Le Pen oder Franz Schönhuber ist der Antifaschismus völlig hilflos. Die Partei der REPUBLIKANER läßt sich - so paradox es klingen mag - wohl noch am wirksamsten mittels republikanischer Grundsätze bekämpfen. Damit meine ich hauptsächlich die Grundnorm der Französischen Revolution, wonach alle Menschen, gleichgültig welcher Herkunft, Ethnie oder Religion, BürgerInnen desjenigen Gemeinwesens werden, auf dessen Territorium sie wohnen und zu dem sie sich bekennen.<sup>10</sup>

AusländerInnen werden nicht zuletzt deshalb Opfer rechtsextremer Gewalttäter, weil ihr sozialer und Rechtsstatus unsicher(er) ist, was sie leichter angreifbar als gutsituierte, nichtstigmatisierte Gruppen macht. Nach dem Reichs- und Staatsbürgergesetz von 1913 werden nur Menschen eingebürgert, die "deutschen Blutes" sind. Das Jus sanguinis ist zwar genauso antiquiert wie die Blutrache, aber immer noch geltendes Recht. Die Staatsbürgerschaft darf nicht mehr - wie in der Bundesrepublik - an den "Stammbaum" gebunden sein, sondern muß sich nach dem Geburtsort richten.

Die Erleichterung der Einbürgerung und die Zulassung doppelter Staatsbürgerschaften sind längst überfällig; Einwanderungs- und Niederlassungsregelungen, die immer noch fehlen<sup>11</sup>, würden zu einer Entkrampfung der "Ausländerfrage" beitragen. Der demagogischen und verlogenen Asyldiskussion, die von den sozialen Problemen im Land und deren Verursachern genauso ablenkt wie von den Fluchtursachen, neokolonialer Ausbeutung und ungerechter Weltwirtschaftsordnung, muß eine Konzeption geregelter Einwanderung und Einbürgerung die Spitze abbrechen. Gleichberechtigung und Rechtsgleichheit für in- und ausländische Bürger bilden die Basis einer multikulturellen Gesellschaft<sup>12</sup>, hier verstanden nicht als Zustandsbeschreibung, sondern als politische Zielvorstellung.

Die Debatte über Einwanderung wird zukünftig verstärkt unter dem Gesichtspunkt der Vereinigung Europas geführt werden. Dabei steht die Alternative zur Diskussion, ob (West-)Europa zu einer Art "Wohlstandsfestung" oder zu einer "offenen Vielvölkerrepublik" wird.<sup>13</sup> Diese Alternative betrifft nicht nur Arbeitsmigranten und Flüchtlinge, sondern bildet eine Schlüsselfrage für die weitere Entwicklung unseres Kontinents.

Zwar gilt der Fötus einer hirntoten Frau nach herrschender Lehre als Rechtssubjekt, "Ausländer", die hier geboren, aufgewachsen und verwurzelt, also eigentlich "Inländer ohne deutschen Paß" sind, unterstehen jedoch einem Sonderrecht, das sie daran hindert, ihre Bürgerrechte wahrzunehmen. Bisher durften in der Bundesrepublik geborene, aufgewachsene und lebende "Ausländer" beispielsweise nicht wählen. Im Rahmen der westeuropäischen Integration wird zumindest den EG-Ausländern ab 1995 (neben dem Europa-) das kommunale Wahlrecht eingeräumt, wodurch ein Dreiklassenwahlrecht entsteht: Deutsche sind durchgängig, EG-Bürger auf der untersten und höchsten Vertretungsstufe, Ausländer anderer Herkunft wiederum gar nicht wahlberechtigt.

Natürlich würde der Rassismus durch ein Wahlrecht ohne ethnische Komponente nicht quasi über Nacht verschwinden, sondern für eine Übergangs- und Gewöhnungszeit möglicherweise sogar noch zunehmen. "Doch trägt die Gewährung des Stimm- und Wahlrechts unabhängig von Hautfarbe, Herkunftsland und -kultur dazu bei, die Auswirkungen des Rassismus, vor allem des institutionellen Rassismus, zu verringern."<sup>14</sup>

Trotz geringer und widersprüchlicher Erfahrungen<sup>15</sup>, etwa in den USA, Großbritannien oder Frankreich, könnte ein europäisches Antidiskriminierungsgesetz helfen, halbwegs gleiche Arbeits- und Lebensbedingungen für MigrantInnen zu schaffen. Eine positive Diskriminierung bzw. "Privilegierung" der Einwanderer gegenüber Einheimischen würde jedoch das Gegenteil dessen bewirken, was erreicht werden soll. Statt Quotenregelungen für benachteiligte Minoritäten zu treffen, sollte man deren Bildungsniveau durch geeignete Qualifizierungsmaßnahmen anheben und die berufliche Weiterbildung ausbauen. Nur wenn sie durch Leistung überzeugen, können solche Bevölkerungsgruppen in der Konkurrenzgesellschaft bestehen,

ohne Neidgefühle zu wecken und Vorurteilen neue Nahrung zu geben.

## Aufklärung und/oder Auflösung rechtsextremer Organisationen?

Das Problem des Rechtsextremismus ist viel zu ernst, um es dem Staat und seinen Behörden zu überlassen; diese dürfen aber nicht aus der Verantwortung entlassen, sondern müssen in den Kampf dagegen - wo immer möglich - einbezogen werden. Sympathisanten des Rechtsextremismus sind autoritätsgläubig und daher in der Regel "von oben" leichter beeinflussbar als "von unten". Neofaschistische Gewalttäter sollten viel konsequenter als bisher verfolgt und hart bestraft werden.<sup>16</sup> Zu denken gibt allerdings, daß ausgerechnet diejenigen nach schärferen Gesetzesbestimmungen (Erweiterung des Landfriedensbruchtatbestandes, Lockerung des Datenschutzes usw.) rufen, die bestehende Strafgesetze (etwa die Paragraphen gegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und die Benutzung nationalsozialistischer Symbole) im Kampf gegen den Rechtsextremismus bisher nicht oder nur sehr zögerlich angewendet haben. Angesichts der bestehenden Macht- und Mehrheitsverhältnisse kann die Forderung nach schärferen Strafgesetzen leicht zum Alibi für eine Demontage von Bürgerrechten werden.<sup>17</sup> Demokratische Grundrechte einzuschränken würde die Gesellschaft jedoch einem Polizeistaat näherbringen, wie ihn sich die Rechtsextremisten wünschen.

Das administrative Vorgehen gegen Neonazis kann die argumentative Auseinandersetzung nicht ersetzen und die Ursachen für solche Tendenzen innerhalb der Gesellschaft nicht beseitigen. Die Debatte über Partei- und Organisationsverbote darf kein Surrogat für das geistige Ringen mit dem Rechtsextremismus bilden.<sup>18</sup> Sonst besteht die Gefahr, daß Märtyrer geschaffen werden, was im Hinblick auf jugendliche Sympathisanten kein Beitrag zur Bekämpfung, sondern zur Aufwertung und Stärkung des Rechtsextremismus wäre. "Alle Gegenwehr muß aber darauf ach-

ten, daß sie den noch kleinen Kreis der Unbelehrbaren isoliert und ihnen nicht Zweifelnde, Gefährdete, sympathisierende in die Arme treibt."<sup>19</sup> Daher muß die Auflösung neofaschistischer Gruppierungen wie der "Nationalistischen Front", der "Deutschen Alternative" und der "Nationalen Offensive" mit einer systematischen Aufklärung über ihre den republikanisch-demokratischen Grundwerten widersprechenden Zielvorstellungen verbunden werden, soll sie nicht zum Feigenblatt gegenüber dem Ausland verkommen. Die "Protestwähler" rechtsextremer Parteien dürfen nicht ausgegrenzt, sondern können zurückgewonnen werden, indem man ihnen eine Plattform für Gesellschaftsprotest bietet.

Falsch wäre es, Toleranz gegenüber dem organisierten Neofaschismus für ein Gütesiegel der Demokratie zu halten; Parteienverbote sind damit durchaus vereinbar. Sowenig der illegale Drogenhandel durch die Gewerbefreiheit gedeckt ist, sowenig lassen sich faschistische Agitation und Propaganda mit dem Hinweis auf die Meinungsfreiheit rechtfertigen. Solche Organisationen, die den Nationalsozialismus bewußt verharmlosen, verherrlichen und nachahmen oder die ihre Ziele mittels Gewalt durchzusetzen versuchen, sind also zu verbieten.

## Der Rechtsextremismus verschwindet nur, wenn die Gesellschaft grundlegend verändert wird

Im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus, der mehrdimensional geführt werden muß<sup>20</sup>, gibt es kein Patentrezept. Die verschiedenen Ansätze der Jugend- und Sozialarbeit sind durch gesellschaftliche Reformen zu ergänzen, wenn sie nicht nur das Gewissen beruhigen, Systemkosmetik darstellen und an Symptomen herumkurieren soll. (Sozial-)Pädagogik verspricht nur in Kombination mit einer anderen Politik wirklichen Erfolg. "Eine ihren Möglichkeiten angemessene Zielbestimmung der Jugendarbeit muß deshalb notwendig bescheiden und präzise gefaßt werden: nicht als

# Sozialismus



Die Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇒ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Detlef Henschke, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇒ *ökonomische Analysen national und international* (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffs Schmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇒ *aktuellen politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: Egon Bahr, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50  
Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

**Bestellcoupon:**  
Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Zu schicken an:  
VSA-Verlag  
Postfach 50 15 71  
W-2000 Hamburg 50

ein Politikersatz, sondern als eine Auseinandersetzung mit Gewaltbereitschaft und Ausländerfeindlichkeit im Feld der Pädagogik, die dessen Strukturen und Begrenzungen in Rechnung stellen muß."<sup>21</sup>

Wenn Rechtsextremismus und Jugendgewalt - wie oben dargestellt - keine Randerscheinungen sind, sondern ein Resultat der modernen Leistungsgesellschaft, muß man diese grundlegend verändern, um jene besiegen zu können. Mit Personalverstärkungen bei der Polizei und ein paar D-Mark mehr für SozialarbeiterInnen ist es nicht getan. Der Neofaschismus ist auch nicht durch die "Wiederbelebung alter Werte" zurückzudrängen, wie sie von nationalkonservativer und auch von liberaler Seite gefordert wird.<sup>22</sup> "Die Beseitigung des Rechtsextremismus kann nur an der Wurzel geschehen, dort, wo von der Gesellschaft selber Motive für gewaltmäßige Aktionen und für Vorurteile produziert werden."<sup>23</sup> Hierzu bedarf es vornehmlich einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, einer Minderung der Angst vor Arbeitslosigkeit, Armut und sozialem Abstieg durch eine allgemeine Grundsicherung, aber auch einer Vermehrung der Partizipationsmöglichkeiten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Vorhandene Mitbestimmungsregelungen am Arbeitsplatz, im Betrieb und am Wohnort sind auszuweiten. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg wären Runde Tische, Volksbegehren und -entscheid unter dem Motto: Mehr direkte Demokratie wagen! Denn soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Glaubwürdigkeit demokratischer Institutionen sind Gift für den Rechtsradikalismus, plebiszitäre Mechanismen nicht nur eine Möglichkeit, mehr BürgerInnen für Politik zu interessieren, sondern auch eine Waffe im Kampf gegen Rechts. Für immer überwinden läßt sich Rassismus und Nationalismus aber wahrscheinlich nur in einer Weltordnung, die nicht mehr auf wirtschaftlicher Ausbeutung, zerstörerischer Konkurrenz und der Unterdrückung von sozialen Emanzipationsbestrebungen basiert.

Längerfristig angelegte Strategien kommen nicht ohne konkrete Utopien einer friedlichen Welt ohne Waffen und Naturzerstörung aus. Dabei geht es um den Abbau verbreiteter Vorurteile durch befriedigende Gegenerfahrungen im Umgang mit "Fremden", aber auch um die Wiedergewinnung der eigenen Hand-

lungsautonomie, die durch Rationalisierung, Automatisierung und Anonymisierung in der Fabrik oder im Büro (Computer), im Alltag ("neue Unübersichtlichkeit" der Stromrechnung genauso wie im Hinblick auf das Bankkonto) oder in der Freizeit (total durchorganisierte Pauschalreisen) verloren zu gehen droht. Fremdenfeindlichkeit ist nicht zuletzt Resultat der Entfremdung, die Einheimische fälschlicherweise den Ausländern zuschreiben, aber gesellschaftlichen Entwicklungs-, Krisen- und Umbruchprozessen sowie der Unfähigkeit des Staatsapparates zur Problemlösung geschuldet ist. Deshalb erscheint die Herstellung sozialer Handlungskompetenz der Individuen, die lernen müssen, ihre Bedürfnisse und Interessen zu artikulieren und sie auch gegen bestehende Machtverhältnisse durchzusetzen<sup>24</sup>, als strategischer Dreh- und Angelpunkt.

## Anmerkungen

- Vgl. Oskar Negt, *Rechtsextremismus und Gewalt. Ein Problem des gesellschaftlichen Zentrums, nicht der Randgruppen*, in: Norbert Kreymeyer u.a. (Hrsg.), *Heute schon gelebt? - Alltag und Utopie*, Offenbach 1981, S. 45 ff.
- Vgl. Christoph Butterwegge/Horst Isola, *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Randerscheinung oder Gefahr für die Demokratie?*, Mit einem Vorwort von Eckart Spoo, 3. Aufl. Bremen/Berlin 1991
- Siehe Henning Melber, *Der Weißheit letzter Schluss. Rassismus und kolonialer Blick*, Frankfurt am Main 1992; Jörg Becker, *Alltäglicher Rassismus. Afroamerikanische Rassenkonflikte im Kinder- und Jugendbuch der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main/New York 1977; Norbert Bernhard, *Tarzan und die Herrenrasse. Rassismus in der Literatur*, Basel 1986
- Vgl. Sigrid Hamisch/Petra Wagner, "Ausländer bleiben - Nazis vertreiben"? - Überlegungen zum hilflosen Antirassismus, in: *Forum Wissenschaft* 3/1992, S. 19
- Vgl. Hans Joachim Schädlich, *Für Gewalt der Demokratie gegen die Gewalt der Nazis*, in: Bahman Nirumand (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Dialog über ein gefährdetes Land*, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 70
- Elke Rottgardt, *Das Gespenst lebt noch... - Einbettung des Rechtsextremismus in Deutschland*, in: *Wissenschaft und Frieden* 1/1993, S. 57
- Vgl. Ralf-Erik Posselt/Klaus Schumacher, *Dem Haß keine Chance! - Projekthandbuch 'Rechtsextremismus'. Handlungsorientierte Gegenstrategien und offensive, ausländerfreundliche Auseinandersetzungsformen mit rechtsextremistischen und rassistischen Tendenzen in der Jugendszene. Eine Sammlung von Ideen, Aktionen, Projekten, Argumenten und Beispielen aus der (offenen) Jugendarbeit*, 3. Aufl. Schwerte 1991; Christiane Rajewsky/Adelheid Schmitz, *Wegzeichen. Initiativen gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit*, Tübingen 1992
- Vgl. Reden und Erklärungen des Bundeskanzlers, z.B.: *Solidarisches Handeln zur Verbesserung der Lage in den neuen Bundesländern. Erklärung des Bundeskanzlers auf der Konferenz mit Wirtschaft und Gewerkschaften in Bonn*, in: *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin* 13/1991, S. 81 ff.; *Innerdeutsche Solidarität vor der Bewährung. Rede des Bundeskanzlers der Hannover-Messe*, in: *Bulletin* 36/1991, S. 261 ff.; *Aktive Solidarität aus gesamtwirtschaftlicher Verantwortung. Erklärung des Bundeskanzlers zum 1. Mai 1992*, in: *Bulletin* 46/1992, S. 419
- Vgl. Barbara Blatter/Thomas Ohlemacher, *Zum Verhältnis von Republikanern und antifaschistischen Gruppen in West-Berlin. Dynamik, wechselseitige Wahrnehmungen und Medienresonanz*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 2/1991, S. 63 ff.
- Vgl. dazu: Dieter Oberndörfer, *Die offene Republik. Zur Zukunft Deutschlands und Europas*, Freiburg im Breisgau 1991
- Zur konkreten Ausgestaltung solcher Regelungen vgl. Lutz Hoffmann, *Die unvollendete Republik. Einwanderungsland oder deutscher Nationalstaat*, 2. Aufl. Köln 1992
- Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, *Renaissance des Rassismus - Multikulturalismus als Gegenmodell?*, in: Peter Krahnke/Horst Kreth (Hrsg.), *Deutscher Alltag als Risiko: Bilanzen - Lemorte - Mittätschalten*, Münster/Hamburg 1992, S. 161 ff.; Daniel Cohn-Bendit/Thomas Schmid, *Heimat Babylon. Das Vagabundieren der multikulturellen Demokratie*, Hamburg 1992; Stefan Gaitanides, *Die "multikulturelle Gesellschaft" - Realität, Utopie und/oder Ideologie?*, in: Christoph Butterwegge/Siegfried Jäger (Hrsg.), *Europa gegen den Rest der Welt?, Flüchtlingsbewegungen - Einwanderung - Asylpolitik*, Köln 1993, S. 228 ff.
- Vgl. dazu neben der genannten Literatur: Claus Leggewie, *Multikulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik*, 3. Aufl. Berlin 1993
- Christian J. Jäggi, *Rassismus. Ein globales Problem*, Zürich/Köln 1992, S. 169
- Vgl. Jacqueline Costa-Lascoux, *Gesetze gegen Rassismus*, in: Uli Bielefeld (Hrsg.), *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?*, Hamburg 1991, S. 283 ff.
- Vgl. zu einigen skandalösen Fällen aus der Behörden- und Gerichtspraxis: Heribert Prantl, *Staatsgewalt auf Tauchstation. Polizei, Justiz und die rechte Gewalt*, in: *DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE* 2/1993, S. 152 ff.
- Vgl. Roland Appel, *Die Asyl-Lüge: Was tun, wenn ein Grundrecht demontiert wird?*, in: ders./Claudia Roth (Hrsg.), *Die Asyl-Lüge. Ein Handbuch gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus*, Köln 1992, S. 38
- Vgl. H. Joachim Schwagerl, *Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden*, Frankfurt am Main 1993, S. 18
- Manfred Lirz, *Was tun gegen den Rechtsextremismus? - Strategien und wen sie erreichen*, in: Kurt Bodewig u.a. (Hrsg.), *Die schleichende Gefahr. Rechtsextremismus heute*, 2. Aufl. Essen 1990, S. 205
- Vgl. hierzu und zum folgenden: Christoph Butterwegge, *Rechtsextremismus vor und nach der Wiedervereinigung. Grundlagen - Gefahren - Gegenstrategien*, in: ders./Horst Isola (Hrsg.), *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*, a.a.O., S. 34 ff.
- Albert Scherr, *Vom Antifaschismus zur "Heimkehrer"-Antikritik zur Auseinandersetzung um eine Pädagogik mit rechtsorientierten Jugendlichen*, in: ders. (Hrsg.), *Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen*, Bielefeld 1992, S. 29
- Siehe Otto Graf Lambsdorff, *Aufstand des Anstands. Mit einer neuen Werlediskussion gegen Gewalt*, in: Reinhard Appel (Hrsg.), *Wehret den Anfängen! - Prominente gegen Rechtsextremismus und Fremdenhaß*, Bergisch Gladbach 1993, S. 75
- Oskar Negt, *Rechtsextremismus und Gewalt*, a.a.O., S. 54
- Vgl. Nora Räthzel, *Formen von Rassismus in der Bundesrepublik*, in: Margret Jäger/Siegfried Jäger (Hrsg.), *Aus der Mitte der Gesellschaft (I)*. Zu den Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus in Europa, Dortmund 1991 (DISS-Text 20), S. 45





# Vom Immigranten zum "Citoyen"

## Französische Erfahrungen

von Malte Martin, Paris

Die Berliner Mauer ist gefallen, eine Epoche ist zu Ende gegangen und dem Maastrichter Europa fällt nichts anderes ein, als die Mauer an seinen Grenzen wieder aufzubauen. Gestern noch haben die westlichen Staaten den freien Zugang für die BürgerInnen des Ostens gefordert. Heute hat man den Eindruck, daß eben diese BürgerInnen davon träumen, den "eisernen Vorhang" wieder herunterzulassen und hermetisch abriegelte Grenzen zu errichten. Diese überholte Politik im Umgang mit Migration auf nationaler und europäischer Ebene kopiert heute, was sie gestern noch angeprangert hat.

In Frankreich war diese Politik nach einer kurzen Phase 1981/82, in der die Dauer für feste Aufenthaltsgenehmigungen von vier auf zehn Jahre heraufgesetzt wurde, davon gekennzeichnet, daß Rechte beschnitten und AusländerInnen zum Problem stilisiert wurden. Trotz dieser "Angebote" der Regierungspolitik an die Rechten, ging ihre Rechnung nicht auf. Für die Rechte bedeuteten sie wichtige Zugeständnisse an ihr "Lieblingsthema". Le Pen war zu recht der Meinung, daß seine WählerInnen das Original einer Kopie vorzie-

war, durchsetzte, gegen die sie kurz vorher noch demonstriert hatten.

Die vorherrschende Logik mündete dann schließlich in der Sichtweise, daß die Rechte der ImmigrantInnen eingeschränkt werden müßten, um den Rassismus zu bekämpfen. Es handelte sich bei diesem "Antifaschismus aller Demokraten", der von der PS als "Front Republicain" verfochten wurde, um einen "Anti-Rassismus" ohne Inhalt. Die Auseinandersetzungen um das Gesetz über die berühmt-berüchtigten Abschiebezonen in den Flughäfen stellten den traurigen Höhepunkt dieser inhaltslosen Strategie dar: Die sozialistische Regierung hatte es gewagt, dieses Gesetz zwei Wochen vor der antirassistischen De-

hen würden. Der entscheidende Umbruch fand in der Zeit nach den Wahlen von 1988 statt:

Daß damals die französische Linke nochmals gegen Pasqua und Chirac gewinnen konnte, lag zum Großteil daran, daß die Wähler und Wählerinnen der rassistischen Rechten Einhalt gebieten wollten. Nach der Wahl wurde aber nicht nur die neoliberale Austeritätspolitik der sozialistischen Regierung weitergeführt, sondern Mitterand, der "antirassistische Präsident" höchstpersönlich erklärte einige Monate später, daß die ImmigrantInnen die "Toleranzgrenze" für die französische Bevölkerung überschritten hätten. Somit ebnete er den Weg für die "Abschiebe-Charte" seiner Premierministerin Edith Cresson, die die massive Ausweisung von AusländerInnen verfolgte.

Die linke WählerInnenschaft reagierte unterschiedlich auf dieses Zurückweichen, ein Teil war bitter enttäuscht, anderenorts herrschte Orientierungslosigkeit und man schloß sich der Konzeption der vermeintlichen Toleranzgrenze an, nach dem Motto. "Wir hätten ja gerne mehr für die AusländerInnen gemacht, aber was zuviel ist, ist zuviel ..." Vor allem viele Jugendliche hingegen waren schockiert, daß diese Regierung die Abschiebecharta, die immer ein Anliegen von Rechtsaußen Pasqua gewesen

monstration vom 25.1.1992 ins Parlament und den Senat einzubringen. Eine Protestwelle der Menschenrechtsorganisationen führte dazu, daß sich die meisten sozialistischen Abgeordneten in letzter Minute dem Votum enthielten oder ihm fernblieben. Das Gesetz wurde jedoch aufgrund der Stimmen der "demokratischen Allianz" von RPR und UDF, der klassischen politischen Rechten, mit dem heutigen Innenminister Pasqua an der Spitze, angenommen.

Lange haben die demokratischen Bewegungen, haben die meisten antirassistischen Organisationen gezögert, deutlich und öffentlich diese Politik der sozialistischen Partei zu verurteilen, unter dem Hinweis, daß "die Politik der Rechten noch viel schlimmer" sei, und haben sich letztlich auf eine Strategie des "internen Drucks" beschränkt. Es war sicherlich eine Errungenschaft der Demonstration vom 25. Januar, zur Unabhängigkeit zurückgefunden zu haben, um selbstverständlich die rassistischen Thesen von Le Pen anzuprangern, aber eben auch die punktuelle Umsetzung durch eine linke Regierung, wie im Falle der Abschiebezonen. Die

zweite Errungenschaft, die zum Erfolg dieser Demonstration führte, war die Verbindung zwischen einer verfehlten Sozialpolitik und dem Aufstieg des Rechtsextremismus, die im Aufruf zu dieser Veranstaltung herausgearbeitet wurde.

## Neo-Liberalismus und Demokratie

Bisher hatte die PS-Führung versucht, das Credo aufrechtzuerhalten, daß zwar eine programmatische Wende zum wirtschaftlichen Realismus (sprich neo-liberale Sparpolitik) notwendig gewesen wäre, aber man mit ihnen keine Abstriche in Sachen Demokratie machen könnte. Der Aufruf zur Demonstration machte hingegen deutlich, daß der Neo-Liberalismus nicht nur auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu verurteilen ist, sondern auch zur Schwächung des demokratischen Gefüges der Gesellschaft führt. Die demokratische BürgerInnenbewegung hat mit dieser Analyse einen Schritt weg vom moralisierenden Salon-Antirassismus hin zu einem antirassistischen Verständnis, das an den sozialen Wurzeln dieses Phänomens ansetzen will, vollzogen.

In ganz Europa geht die Verschärfung sozialer Unterschiede mit dem Aufstieg rechtsextremer Kräfte einher. Der soziale Ausschluß aus der Gesellschaft drückt sich oft durch ethnische Segregation und Ghettoisierung aus. Eine Gesellschaft, die nicht in der Lage ist, gegen Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung zu mobilisieren, ist unfähig, den fremdenfeindlichen Erscheinungen dieser Krise den Nährboden zu entziehen.

Das ist im übrigen genau das Problem der politischen Situation in Deutschland. Nach zwei Jahren Kampagne gegen das Asylrecht fand die systematische Propagandaarbeit der CDU ihren Ausdruck in den dramatischen Ereignissen von Hoyerswerda und Rostock. In logischer Konsequenz ließ die staatliche Verfolgung dieser Gewalttaten zunächst auf sich warten. In der zweiten Phase waren es dann Regierungsrepräsentanten, Weizsäcker und Kohl, die versuchten, sich an die Spitze des antirassistischen Protests zu stellen. Die darauf folgende Serie von Fernsehspots und Zeitungsan-

zeigen war sicherlich beeindruckend, aber man muß leider davon ausgehen, daß die rassistischen Angriffe selbst bei einer sehr breiten demokratischen Mobilisierung nicht verschwinden werden, falls die Politik der sozialen Demontage in West- und vor allem in Ostdeutschland weitergeführt wird.

Diesselbe neo-liberale Logik, von seiten einer sozialistischen Regierung in Frankreich vertreten, hat noch pervertere Auswirkungen. Sie läßt den Rechten und Rechtsextremen einen enormen Spielraum, sich als die wahre Opposition aufzuspielen (3 Millionen ImmigrantInnen=3 Millionen Arbeitslose), sie schwächt die sozialen Bewegungen und überläßt den 1. Mai einem Le Pen, der inzwischen an diesem symbolträchtigen Tag eigene Veranstaltungen organisiert.

## Ghettoisierte Kämpfe

In Verbindung mit diesem Problem taucht auch eine weitere Tendenz in Frankreich auf: Soziale Kämpfe, die als "AusländerInnenproblem" erscheinen und vom Rest der französischen Organisationen in ein ethnisches Ghetto abgeschoben werden. Im Herbst/Winter 1992 hatten sich zum Beispiel hunderte von Familien malischer Abstammung auf einem öffentlichen Platz in Vincennes zu einem wochenlangen Sitzstreik versammelt. Sie verlangten angemessenen Wohnraum für die malischen Familien. Die sehr mutige und entschlossene Aktion konnte jedoch nach außen isoliert werden, weil sie nicht zum Symbol aller BürgerInnen werden konnte, die vom Problem der Wohnungsnot betroffen sind.

Dieser kleine Ausschnitt wirft drei Fragen nach politischen Ansatzpunkten im Bereich AusländerInnenpolitik auf, deren Antwort uns in die Lage versetzen würden, im heutigen Kontext AusländerInnenpolitik zu betreiben:

1. Wie können wir die Verschärfung des Rechts-Status der ausländischen Bevölkerungsgruppen entgegenwirken, der sie der Diskriminierung ausgesetzt?
2. Wie kann die Ausgrenzung oder teilweise Selbstisolierung der antirassistischen Kämpfe überwunden werden?

3. Wie können wir zu einer gemeinsamen Dynamik zwischen sozialen, demokratischen und antirassistischen Bewegungen finden?

## Eine globale Strategie

Wenn man verantwortlich auf diese Fragen und die der Migrationsbewegung im allgemeinen antworten will, so ist dies nur unter einer globalen Sichtweise möglich, die fähig ist, Maßnahmen auf der demokratischen Ebene mit denen auf sozialer und internationaler Ebene zu verbinden. Ein politisches Programm wird dieser Herausforderung nicht dadurch gerecht, daß es sich als antirassistisch proklamiert, sondern durch seine tatsächliche Fähigkeit, die Gründe für Flucht, Migration und Diskriminierung modifizieren zu können. Angelpunkt eines solchen Programmes ist sicherlich der politische Wille, der zunehmenden Arbeitslosigkeit und sozialen Demontage eine Politik der sozialen Kontrolle und der Regulierung der Wirtschaft entgegenzustellen, die den fremdenfeindlichen Kräften den Boden für ihre sozialpolitische Demagogie entziehen würde. Ansonsten verkommt die schöne Losung "gleiche Rechte für ausländische und inländische BürgerInnen" dazu, das gleiche Recht auf Arbeitslosigkeit einzufordern. Ich möchte mich im folgenden auf den demokratischen Ansatzpunkt einer wirklichen Integrationspolitik konzentrieren, die weder als nationalistische Assimilationspolitik zu verstehen ist, noch sich mit dem Phänomen der Ghettoisierung der ausländischen Bevölkerung abfindet.

## "Citoyenneté" und Redefinition der Linken in Frankreich

Es gibt in vielen Bereichen Übereinstimmungen zwischen den Kräften und Strömungen, die sich in dem Prozeß der politischen Neuformierung der Linken in Frankreich engagiert haben: Das Prin-

zip der Gleichheit vor dem Gesetz für alle und die Ablehnung der "Festung Europa". Wenn aber von dem Konzept der BürgerInnenrechte (Citoyenneté) gesprochen wird, gibt es über zwei Punkte unterschiedliche Meinungen.

## "Kosmopolitische Konzeption der Republik?"

Die erste Meinung besagt, daß der Zugang der Rechtsgleichheit durch Erlangen der StaatsbürgerInnenenschaft möglich ist. Also könnten die ImmigrantInnen, die ihre BürgerInnenrechte wie alle anderen EinwohnerInnen ausüben wollen, die StaatsbürgerInnenenschaft beantragen, deren Zugang eventuell erleichtert werden sollte. Wenn diese Forderungen in Frankreich für die Integrationsprozesse bis zur Periode nach den Unabhängigkeitserklärungen der ehemaligen Kolonien ausreichend waren, so trifft dies sicherlich nicht mehr für die aktuellen und kommenden Migrationsbewegungen zu. Die französische Revolution hat das Prinzip der nichtethnischen "citoyenneté" zum ersten Mal in eine Konstitution eingeführt. In die erste Abgeordnetenversammlung wurden Abgeordnete gewählt, die nicht die französische Staatsangehörigkeit besaßen. Wäre es nicht an der Zeit, daß ein anderes, soziales, demokratisches Europa diese Idee einer "kosmopolitischen Konzeption der Republik", wie es die französische Historikerin Florence Gauthier genannt hat, wieder aufnimmt? Die zweite Meinung reduziert die "citoyenneté" auf das AusländerInnenwahlrecht, das natürlich eine wichtige demokratische Forderung bleibt. Man muß aber auch festhalten, daß die Kampagnen für das AusländerInnenwahlrecht heute in einer Sackgasse stecken und es Mitterand zudem geschafft hat, diese Frage zu einem Punching-Ball für die politische Rechte zu machen. Das Rezept ist einfach. Vor jener Wahl, als die PS ihr linkes Credo durch das liberale Krisenmanagement verloren hatte, ließ der Präsident höchstpersönlich einen kleinen Satz fallen, der als Stellungnahme für das AusländerInnenwahlrecht interpretiert werden konnte. Le Pen, extremer Gegner dieser Forderung, hatte sein Wahlkampfthema gefunden und die klassische Rechte folgte

ihm. Das machte es wieder möglich, linkes WählerInnenpotential gegen die rassistischen Reaktionen zurückzugewinnen ... um dann - nach dem Wahltag - das Thema wieder fallen zu lassen und dieses politische Feld der Rechten zu überlassen.

Den Bereich der ausländischen Bevölkerungsgruppen mit dem Konzept der "citoyenneté", der Ausübung der "BürgerInnenrechte" anzugehen, macht es vielleicht möglich, aus der aktuellen Sackgasse der Wahlrechtsfrage herauszukommen. Ob man will oder nicht, Maastricht wird auf jeden Fall diese Frage stellen, nämlich in Form eines Status, der neue Ungerechtigkeit zwischen EG und nicht EG BürgerInnen institutionalisieren will. Man stelle sich den britischen Rechtsanwalt vor, der 1995 in Marseille an den Bürgermeisterwahlen teilnehmen wird und den gebürtigen Algerier, der seit über 20 Jahren dort lebt, arbeitet, Steuern zahlt und weiterhin politischer Untermensch bleibt.

Die Loslösung der BürgerInnenrechte von der Staatsangehörigkeit wird also für einen Teil der BürgerInnen auf dem europäischen Kontinent Realität sein. Das Unrechtsgefühl, das der andere Teil der EinwohnerInnen (nicht EGler) Europas empfinden wird, kann ein wichtiger Ansatzpunkt sein, um der Frage der BürgerInnenrechte für AusländerInnen eine neue Dynamik zu geben, ohne sie dabei als das "Problem der AusländerInnen" zu isolieren oder zu ghettoisieren. In genau diesem Zusammenhang sollte sich die Linke auf die Erfahrungen aller MitbürgerInnen stützen, daß immer mehr politische Entscheidungen - sowohl auf europäischer wie auf Länderebene - ihnen vorenthalten werden und ihrer politischen Kontrolle entzogen sind. Am besten stellt man die Frage des Wahlrechts für ausländische BürgerInnen also im Kontext des Demokratiedefizits für alle BürgerInnen: Für eine bessere Kontrolle der Abgeordneten, für demokratische Institutionen für Europa, für die Ausweitung des Wahlrechts für alle ausländischen MitbürgerInnen, also kurzum für ein Europa der BürgerInnenrechte.

Die Frage im Sinne der BürgerInnenrechte, und nicht im Sinne des AusländerInnenwahlrechts, bringt uns vielleicht auch bei den Überlegungen zur Gefahr der ethnischen Ghettoisierung weiter. Die These einiger GegnerInnen des AusländerInnen-

wahlrechts führt an, daß die Abkoppelung der BürgerInnenrechte von der Staatsangehörigkeit ein von ethnischen oder nationalistischen Kriterien geprägtes Votum mit sich bringen kann. In diesem Zusammenhang sollte man als erstes daran erinnern, daß es die Verfassung der französischen Revolution von 1793 war, die einen Begriff der "Citoyenneté" eingeführt hat, mit der man Bürger Frankreichs sein konnte, unabhängig von der ethnischen Abstammung oder Staatsangehörigkeit. Marat zum Beispiel war Schweizer, Thomas Paine, Mitglied der Verfassungskonvention von 1793, war Engländer. Es handelt sich also nicht um einen Bruch, sondern um ein "back to the roots" der progressivsten Errungenschaften der Republik.

## Das Ethno-Ghetto vermeiden

Die Gefahr eines Ghettoeffluxes der ausländischen Bevölkerung existiert heute in der Tat, aber unabhängig von der Forderung des AusländerInnenwahlrecht als Produkt der sozialen und politischen Ausgrenzung. Wer von Wahlen spricht, denkt an politische Strukturen, in denen die Bevölkerungsgruppen ausländischen Ursprungs sich repräsentiert sehen und in denen sie eine aktive Rolle spielen können. Hier finden wir insofern eine Problemquelle, als man feststellen muß, daß sich die traditionellen Organisationen der französischen Linken gerade in einer schweren Identitätskrise gegenüber der "einheimischen" Bevölkerung befinden und daß in den Stadtvierteln mit hohem AusländerInnenanteil die Phänomene des Rückzugs in die Ghettoisierung zunehmen.

Eine sich vertiefende und andauernde Tendenz dieses Problems kann die Frage nach einer politischen Strukturierung in ethnischen Minderheiten nach amerikanischem Vorbild nach sich ziehen. Die Rolle der "Black Muslims" der Vereinigten Staaten könnte in Frankreich durch eine Art FIS, die islamische Heilsfront, besetzt werden. Die Tatsache, daß die meisten Farbigen, Chicanos und andere Minderheiten keinen Platz in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen - soweit vorhanden - der amerikanischen Arbeiterbewegung fin-

den konnten, hat sie dazu veranlaßt, sich in spezifischen Ethnostrukturen zu organisieren. In Ländern wie den USA, die traditionell das Organisationsschema von ethnischen (oder anderen partikularen "Lobbys") im Gegensatz zum Prinzip der gemeinsamen sozialen Interessensvertretung integriert haben, kann man sicherlich von dem Standpunkt ausgehen, daß vielleicht eine "Black Party" ein Schritt zur längst überfälligen Labour Party sein kann. In einem europäischen Land wie Frankreich aber sollte sich eine neue Kraft, die heute aus der Krise der Linken entstehen kann, von Anfang an fragen, wie sie schmerzhaft und lange Umwege der Geschichte vermeiden kann.

Die Strukturen einer solchen Kraft müssen weit geöffnet sein für die Generationen, die diese Bevölkerungsgruppen und ihre sozialen und kulturellen Bedürfnisse repräsentieren können. Bisher haben sich diese Öffnungsversuche immer nur darauf beschränkt, einen ausländischen Jugendlichen, der in seinem Stadtviertel aktiv war, auf eine Kommunalwahlliste als Alibi-Beur (Spitzname der Jugendlichen arabischer Abstammung, die in der Regel die französische Staatsbürgerschaft besitzen) oder an die Spitze eines Jugendclubs der Stadtverwaltung zu setzen. In 9 von 10 Fällen wurden diese Jugendliche dadurch von denen isoliert, die sich mit ihnen engagiert hatten. Diese Vereinnahmungsversuche haben dazu beigetragen, den Rückzug in die ethnische Gemeinschaft zu verstärken.

Man muß damit beginnen, die aktive, gleichberechtigte Ausübung der BürgerInnenrechte in die Praxis der Strukturen umzusetzen, die sich diese Forderung zu eigen machen wollen. Treffen zwischen AusländerInnenvereinen, Anti-Rassismus-Komitees, Gewerkschaftsorganisationen, MieterInnenvereinen etc. und den politischen Strukturen, die diese Konzeption teilen, müssen organisiert und systematisiert werden. Auf diese Weise muß eine Praxis in Gang gebracht werden, die dazu beiträgt, die sozialen Kämpfe und demokratischen Forderungen dieser Bevölkerungsgruppen aus der Gefahr der "Ghettoisierung" herauszuführen. Eine solche Herangehensweise könnte schließlich in eine landesweite Konferenz der gleichberechtigten BürgerInnenrechte ("Ets généraux pour la Citoyenneté, pour l'égalité des droits") münden, als Ausdruck für eine neue Dynamik zwischen

den sozialen und demokratischen Bewegungen.

## Eine gemeinsame Strategie von sozialer und demokratischer Bewegung

Nehmen wir ein konkretes Beispiel: Was die Krise des sozialen Wohnungsbaus angeht, ist eine großangelegte Initiative vorstellbar. Sie könnte Schulter an Schulter die traditionellen Organisationen zur Verteidigung der Mieterinteressen (=Mietervereine) und die neueren Komitees des DAL mit einem hohen AusländerInnenanteil, die Gewerkschaften, die anti-rassistischen Vereinigungen und Solidaritätsorganisationen, die französischen BewohnerInnen von Sozialwohnungen und die ausländischen BewohnerInnen von Notunterkünften in einer großangelegten Demonstration vereinigen.

Wir können an dieser Stelle auch noch einen anderen Punkt einschieben, der besonders das Verhältnis der "GastarbeiterInnen", der Gewerkschaften und der Solidaritätsorganisationen belastet: Die sogenannten "Clandestins", also ImmigrantInnen ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Ein Thema, welches übrigens oft von den Solidaritätsorganisationen schamhaft umgangen wird, ein regelmäßiges Skandal-Thema für die Medien und natürlich das Lieblingsthema für die Sicherheitsphantasien der politischen Rechten.

Eine neue Linksregierung wäre unweigerlich vor die Wahl gestellt, sich entweder den "Endlösungs"konzepten der Rechten anzupassen mit Massenausweisungen militärischen Maßstabs und massiven Polizeikontrollen oder als Heucheleipolitik, die im Stillen akzeptierten entrechteten Arbeitsverhältnisse weiterzuführen wie bisher (in Frankreich leben ganze Branchen - wie die Bau- oder Kleidungsindustrie - von dieser Reservearmee), oder aber den Mut zu einem außerordentlichen Gesetzgebungsverfahren zu haben, soweit wie möglich diese Kombination von Nicht-BürgerInnen-Status und Dritte-Welt-Arbeitsverhältnissen aufzuheben, die das soziale Netz

und die gewerkschaftlichen Strukturen schwächen.

Nach einigem hysterischen Geschrei der Rechten würde ihr somit der Spielraum für ihre rassistische Propaganda entscheidend eingengt werden. Die klassische Antwort war bisher immer, die Verfolgung der Schwarzarbeit in den Mittelpunkt zu rücken, was die sozialistische Regierung in Gesetzesform gebracht hat. Die Auswirkung dieses Gesetzes ist die Verstärkung der Repressionsmechanismen gegen die ausländischen SchwarzarbeiterInnen, die sich alsbald in einem Abschiebelager wiederfinden, anstatt durch ein solches Gesetz vor ihrem Unternehmer geschützt zu werden, der sie 14 Stunden am Tag und mehr hat malochen lassen. Der Arbeitgeber, falls er vom "Kampf gegen die Schwarzarbeit" getroffen wird, zahlt sein Bußgeld und wartet auf die nächste Lieferung seines Schleppers, der ihm neue Arbeitskräfte ohne Rechte beschafft. Die alte Forderung nach "gleichem Lohn für gleiche Arbeit" ist in diesem System von Dritte-Welt-Arbeitsverhältnissen in den Industrieländern außer Kraft gesetzt, denn die ArbeitnehmerInnen, die offiziell gar nicht existieren, können keine Rechte einfordern. Eine Linksregierung, die nicht den Mut hat, Sofortmaßnahmen für den Rechtsstatus dieser Menschen zu ergreifen, trägt mittelfristig dazu bei, die eigene soziale Infrastruktur zu schwächen.

Die Rückkehr der Rechten auf die Regierungsebene wird die demokratischen Vereinigungen und die Linke bei ihrer Redefinition vor die Notwendigkeit stellen, die Fähigkeit zur gesellschaftlichen Initiative zurückzugewinnen. Neben dem Recht auf Familienzusammenführung wird das Asylrecht und der Zugang zur Staatsangehörigkeit im Mittelpunkt der Regierungspläne stehen. Wichtig wird sein, die nötigen Initiativen nicht nur als punktuelle Verteidigungskampagne zu organisieren, sondern auch als Terrain für weitergehende demokratische Forderungen für die gesamte Gesellschaft zu formulieren. Eine Republik der BürgerInnenrechte, die darauf fußt, daß alle, die dort wohnen und arbeiten, als gleichberechtigte BürgerInnen ihre Rechte ausüben können.

Anm.: Die "Citoyenneté" kann leider nur annäherungsweise mit dem Terminus der "BürgerInnenrechte" beschrieben werden. Es handelt sich um den politischen Überbegriff, der den politischen und juristischen Raum und den Status für die Ausübung der BürgerInnenrechte beschreibt.



# Die modische Variante

## oder Jörg Haiders Präsentation des Rechtsliberalismus



von Bernd Dobesberger, Linz  
Jung ist er, der Haider und fesch!  
Der Traum der Töchter und der  
Schwiegermütter. Nicht nur  
das, er ist auch modisch und  
vor allem ist er goschert und  
frech. Den Bonzen und den  
Mächtigen sagt er die Wahr-  
heit, die unbequeme, über  
Korruption und Vettern-  
wirtschaft, über Bevor-  
mundung und politischen  
Fitz. So könnte eine FPÖ-offi-  
zielle Darstellung des Partei-  
führers Jörg Haider ausschauen. So stellt er sich  
dar, so präsentierten ihn lange Zeit auch  
viele Medien.

suchte.  
Viertens: Alles  
Lob und alle Aner-  
kennung von Le Pen  
und Schönhuber wurde von  
Haider zurückgewiesen, nicht  
ganz eindeutig, aber doch.

### Die Herkunft der FPÖ und die von Haider

Bereits bei ihrer Gründung im Jahr 1956  
war die Freiheitliche Partei ein Sammel-  
becken für alte Nazis, auch wenn die  
Gründer des Parteivorläufers, des "Ver-  
bandes der Unabhängigen" unverdächtig  
waren, denn dabei handelte es sich um  
von den Nazis verfolgte Deutschnatio-  
nale. Das war eine Besonderheit des  
österreichischen Liberalismus, der war  
bereits seit dem 19. Jahrhundert anti-  
klerikal und mehr oder weniger offen  
Anti-Habsburg. Daß Liberale gegen die  
kirchliche und gegen die weltliche Feu-  
dalherrschaft im Interesse des Indu-  
striekapitalismus kämpften ist klar, daß  
das aber stets mit einer Anlehnung an  
das große, moderne Deutschland ge-  
schah ist spezifisch österreichisch. Nach  
dem 1. Weltkrieg war diese deutschna-  
tionale Orientierung auch anderen  
demokratischen Kräften des Landes eigen,  
das kleine "Restösterreich" wurde als  
ökonomisch nicht lebensfähig betrach-  
tet. Nach der Machtübernahme durch  
die Nazis nahmen aber sowohl die Sozia-  
ldemokraten, als auch die zu Aus-  
trofaschisten mutierten Christlichsozia-

len von diesem Anschlußdenken Ab-  
stand. Nicht so die große Mehrheit  
der Deutschnationalen, der Liberalis-  
mus wurde ausgemustert, das Ger-  
manentum der Nazis übernommen.  
Das ist die Vorgeschichte des FPÖ-  
Liberalismus. Der erste Bundesob-  
mann der Freiheitlichen Partei,  
Anton Reinthaller ist dafür ein gu-  
tes Beispiel: Der NSDAP schon  
vor dem Einmarsch der Hitler-  
truppen in Österreich beigetreten,  
1938 im Anschlußkabinett Landwirt-  
schaftsminister, anschließend bis 1945  
Reichstagsabgeordneter und in Folge bis  
1953 wegen national-sozialistischer Be-  
tätigung inhaftiert.  
Reinthalter war eben keine Ausnahme,  
sondern die hochrangige Regel in der  
FPÖ.  
Jörg Haider entstammt genau diesem  
gesellschaftlichen Umfeld. Geboren  
1950 im oberösterreichischen Bad  
Goisern, in der Nazi-Zeit war sein Vater  
"Gaujugendwaller" von Oberdonau,  
seine Mutter war Bannmädchenführerin.  
Der deutschnationale "Österreichische  
Turnerbund" prägte sein Heranwachsen  
ebenso, wie einschlägige Studentenver-  
bindungen. Seine politische Karriere  
startet er, wo sonst, in der FPÖ und wird  
dort unter anderem Bundesobmann des  
"Rings Freiheitlicher Jugend", mit 26  
Jahren wird er LandesparteiSekretär in  
Kärnten, Ende der siebziger Jahre  
Nationalratsabgeordneter im Parlament.  
Dieses Verhältnis zur Herrschaft der  
Nationalsozialisten wird auch in Haiders  
berühmtesten "Sager" deutlich". Haider  
war Landeshauptmann (Ministerpräsi-  
dent) von Kärnten, und der Landtag dis-  
kutierte Möglichkeiten einer aktiven  
Arbeitsmarktpolitik. In einem Zwi-

### Die politische Zuordnung

Haider und seine FPÖ versuchten lange  
Zeit, ihre politischen Positionen als libe-  
ral, kritisch und kämpferisch gegen jede  
Form der Privilegien darzustellen. Dazu  
bedienten sie sich unterschiedlichster  
Methoden: Erstens stellte ein liberaler  
Flügel in der ersten Hälfte der achtziger  
Jahre die Mehrheit und damit die Partei-  
führung, von 1983 bis 1986 wurde  
Österreich von einer sozialliberalen  
Koalition regiert. Zweitens: Innerhalb  
der FPÖ gab es bis in die jüngste Ver-  
gangenheit stets einen (kleinen) rechts-  
liberalen Flügel. Drittens: Die FPÖ ist  
Mitglied in der Liberalen Internationale,  
alle Kritik von LI-Mitgliedsparteien, be-  
sonders von Niederländern und Skandi-  
naviern, wurden als Mißverständnisse  
dargestellt, die der Präsident der Libe-  
ralen Internationale Otto Graf Lambsdorff  
auch immer wieder auszugleichen ver-

schenruf meinte der Fraktionsvorsitzen-  
de der Sozialdemokraten, daß Haider's  
Vorstellungen an die NS-Herrschaft  
erinnern würden, und Haider erwiderte,  
daß damals "zumindest eine ordentliche  
Beschäftigungspolitik" gemacht worden  
wäre.

Rein äußerlich hat er mit den alten  
Rechtsextremisten nichts gemein: er ist  
weder ein Stammtischbruder, mehr  
schon ein Disco-Tänzer, er hat auch kei-  
nen Bierbauch, sondern zeigt sich als  
Tennisspieler, als Felswandkletterer und  
als Bungee-Jumper, biedere Kleidung ist  
seine Sache nicht, sondern italienische  
Männermode. Schönhuber und Le Pen  
schauen neben ihm nicht nur biologisch  
ganz schön alt aus.

Weggefährten und Konkurrenten in der  
Freiheitlichen Partei räumte Haider mit  
einer unwahrscheinlichen Brutalität aus  
dem Weg. Wer sich nicht freiwillig auf  
unbedeutende Posten zurückzog oder  
sich den Umstieg ins Privatleben mit  
Geld abkaufen ließ, der flog. Wiederum  
ein Beispiel: Unter dem Titel "Die Un-  
bestechlichen" zogen die Freiheitlichen  
im Herbst 1990 in den Nationalratswahl-  
kampf. Drei Personen waren auf den  
Großflächenplakaten abgebildet: Haider  
selbst, die Partei-Generalsekretärin Hei-  
de Schmidt und der Fraktionsvorsit-  
zende im Nationalrat Norbert Gugger-  
bauer. Guggerbauer wurde im Frühjahr  
1992 als Fraktionsvorsitzender demon-  
tiert und Schmidt verließ, nach vielen  
Demütigungen durch Haider, im Febru-  
ar 1993 die Partei.

Die Parteipräsidenten setzen sich  
heute aus zwei Gruppen zusammen: aus  
der "Buberlpartei", jungen, flotten Auf-  
steigern, die angeblich gegen Korrup-  
tion und Bevormundung durch den  
österreichischen Sozialstaat kämpfen,  
sie sind unpolitisch und Jörg Haider ab-  
solut ergeben. Sein Platzhalter in der  
Landesregierung von Kärnten Mathias  
Reichhold (seit dem Vorjahr ist Haider  
ja Fraktionsvorsitzender im Nationalrat)  
soll gesagt haben: "Ich schreibe Mathias  
mit einem t - außer wenn es der Jörg an-  
ders will." Dementiert wurde diese Aus-  
sage übrigens nie.

Die Ideologen von Haider sind aus ganz  
anderem Holz geschnitzt, sie sind Spre-  
cher des neuen Rechtsextremismus. Das  
Nationale wird zum Dreh- und Angel-  
punkt der Politik, wobei dieser Nationa-  
lismus nicht biologisch bestimmt ist,  
sondern in den angeblich unüberbrück-  
baren kulturellen Unterschieden zwi-  
schen den verschiedenen Völkern wur-

zelt. Andreas Mölzer, Leiter der Parteia-  
kademie der FPÖ, persönlicher Grund-  
satzreferent Haiders und Mitglied der  
Länderkammer des Parlaments sprach  
daher auch von der drohenden "Umvol-  
kung" Österreichs.

Die Freiheitliche Partei war stets die  
Partei von Selbständigen, von höheren  
Beamten und von leitenden Angestell-  
ten. Nachdem Haider 1986 Partei-  
obmann geworden war, kam eine neue  
Klientel dazu; die jungen Aufstiegsori-  
entierten, denen Sozialstaat und Solida-  
rität im Wege waren, ein Tankstellen-  
pächter wurde Generalsekretär, junge  
Ärzte und Richter stiegen zu Landespar-  
teivorsitzenden auf. Auch viele Bauern,  
von der allgemeinen Entwicklung be-  
droht, von der angestrebten EG-Inte-  
gration verunsichert, stimmen zuneh-  
mend für Haider. Besonders spektakuläre  
Wahlerfolge konnte Haider bei Perso-  
nalvertretungswahlen der Exekutive ein-  
fahren.

Bei Wahlen ging dies überwiegend auf  
Kosten der konservativen Volkspartei.  
Seit zwei, drei Jahren bricht die Haider-  
FPÖ massiv in die traditionellen SPÖ-  
Wählerschichten ein. Die Stimmenver-  
luste sind in den klassischen Arbeiter-  
vierteln besonders hoch und die Sozial-  
demokratie verliert bei den letzten Re-  
gional- und Kommunalwahlen deutlich  
mehr als die Volkspartei.

In Wien, dem Bundesland mit den mei-  
sten Einwohnern in Österreich, katapul-  
tierte sich die FPÖ bei den Landtags-  
wahlen im Herbst 1991 mit deutlich  
mehr als 20% noch vor der ÖVP auf die  
zweite Stelle unter den Parteien.

Haider und seine Mannen meinen, daß  
die FPÖ nun eben auch den "kleinen  
Mann" vertrete und in Wirklichkeit die  
einzige Arbeiterpartei Österreichs sei.  
Diese Orientierung macht auch deutlich,  
warum die FPÖ derzeit ganz bestimmt  
zwei Politikfelder bestimmt: aus der Eu-  
ropa-Vorkämpferpartei machte Haider  
innerhalb weniger Wochen eine Anti-  
EG-Partei. Das zweite wesentliche The-  
ma mit dem Haider die Gesellschaft, vor  
allem aber bedrohte ArbeiterInnen, zu  
polarisieren versucht, ist die Frage der  
Ausländerpolitik.

### Das Anti-Auslän- der-Volksbegehren

Jörg Haider wollte mit seinem Volksbe-  
gehren gegen Ausländer mehrere Ziele  
erreichen. Er wollte seinen Parteiapparat

in Bewegung halten, er wollte das politi-  
sche Klima in der Ausländerfrage be-  
stimmen, und er wollte die Regierung  
vor sich her treiben. Er wollte aber be-  
sonders der SPÖ eine schwere Niederla-  
ge bei ihren angestammten WählerInnen  
zufügen.

Von mehr als einer Million  
Unterstützungsunterschriften spekulierte  
Haider noch im November 1992, im  
heurigen Jänner meinte er dann, daß  
750.000 Unterschriften, also etwa sovie-  
le wie die FPÖ bei den letzten Nation-  
ratswahlen Stimmen bekam, bereits ein  
großer Erfolg seien. Unmittelbar vor der  
Eintragungswoche des Volksbegehrens  
bezeichnete er dann bereits eine halbe  
Million UnterstützerInnen als politi-  
schen Sieg. Es waren dann "nur"  
417.000 Menschen, die das Haider-  
Volksbegehren, daß erste, das sich gegen  
eine bestimmte Menschengruppe richtete,  
unterschrieben.

Er und seine FPÖ-Kumpanen meinten  
dann, daß auch die erreichte Zahl von  
Unterschriften ein großer Erfolg gewe-  
sen sei, denn "das Imperium hätte zu-  
rückgeschlagen", durch offenen Mei-  
nungsterror seien mehr Unterstützungs-  
unterschriften verhindert worden. Das  
Imperium war dann wohl die Regierung,  
die anderen Parteien, die Gewerkschaft,  
die Kirche und "SOS-Mitmensch".

### Gebremst

Haider schien über Jahre hinweg unbe-  
siegbar, jede Wahl wieder ein Zuwachs  
an Stimmen, bei jeder politischen Aus-  
einandersetzung ist Haider wieder in al-  
ler Munde. In den Medien Fotos und  
Reportagen, Bewunderung vieler Jour-  
nalisten, gepaart mit einem ungu-  
ten Gefühl. Jörg Haider's Aufstieg schien un-  
aufhaltsam. Die wenigen Niederlagen  
seiner Karriere, vor allem seine Abwahl  
als Landeshauptmann von Kärnten nach  
seinem unsäglichen Spruch von der "or-  
dentlichen Beschäftigungspolitik", wa-  
ren kurze, meist selbstverschuldete.

### Unterbrechungen des Aufstieges

Haider's Niederlage beim Volksbegehren  
ist auf eine breite Volksbewegung zu-  
rückzuführen: in ganz Österreich gab es  
im Jänner Lichtermeere und Lichterket-  
ten. Getragen durch das breite Bündnis  
von "SOS-Mitmensch" und einer sehr  
emotionalen und politisch kaum ausfor-

mulierten Grundstimmung. Haider's Ausländervolksbegehren wurde als schlichtweg unanständig und unmenschlich verstanden. Dieses Bündnis und diese Aktionen bestimmten das politische Klima in Österreich, das Volksbegehren zu unterschreiben war in der Öffentlichkeit stigmatisiert. Die SPÖ schwankte in ihrem Verhalten zum Volksbegehren und zu "SOS-Mitmensch". Zwar war es Bundeskanzler Vranitzky, der mit seiner eindeutigen Absage an einen parlamentarischen Sonderausschuß verhinderte, daß Haider das Ausländer-Thema monatelang ständig hochpeitschen konnte, dann plakatierte die Partei aber "Gesetze statt Ausländerhetze". Das kann nur so verstanden werden, daß die SPÖ und die Regierung all das, was Haider durch Hetze erreichen will, bereits durch Gesetze realisiert hat. Die SOS-Mitmensch Aktionen wurden zuerst vorsichtig, dann immer massiver unterstützt, nicht nur von der Bundespartei, auch die Landes-, Bezirks- und Ortsorganisationen trugen die Lichteraktionen mit.

## Klima kontra Inhalte?

SOS-Mitmensch wurde immer wieder der Vorwurf gemacht, daß die Breite der Bewegung auf Kosten der konkreten Inhalte erreicht wurde. Gerade am Beispiel des Innenministers wurde dies versucht aufzuzeigen: Franz Löschnak, in der einschlägigen Szene als verantwortlich für die Einschränkung des Asylrechts geradezu eine Symbolfigur, hatte SOS-Mitmensch unterstützt. Daher wurde SOS Mitmensch als regierungshörig bezeichnet, kritisiert wurde auch der blumige und wenig konkrete Aufruf von SOS-Mitmensch.

Wahr ist aber sicher, daß nur eine derartige Offenheit und eine derartige Nicht-Festlegung diese Breite erreichen konnte und so das politische Klima gegen Haider zustande brachte. Der Versuch eine politische Bewegung mit konkreten, umfassenden und eindeutigen Forderungskatalogen gegen Haider und gegen die Regierungspolitik zustande zu bringen, hätte im politischen Ghetto geendet. Nur als Beispiel: statt einer Viertel-million beim Lichteermeer in Wien hätten sich bestenfalls zwanzigtausend Überzeugte zu einer Demo in der

Bundeshauptstadt zusammengefunden. Man/frau hätte zwar Recht gehabt, wäre aber unter sich gewesen und hätte damit keine Wirkung erzielt.

Das soll nun nicht die Wichtigkeit von Inhalten schmälern und heißen, Politik nur noch mit Klima, also mit Gefühlen zu machen. Alles zu seiner Zeit, alles am richtigen Ort und von den richtigen Leuten. Es wäre eine Aufgabe der Linken, natürlich auch der sozialdemokratischen, für eine breite Volksbewegung gegen Haider, gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus das einschlägige Programm zu erstellen und Diskussionen darüber zu organisieren. Meist aber beschränkt sich diese Linke darauf, hämisch über die "Kerzerhalter" ohne "korrekte Analyse" zu lästern.

## Ist die "Ausländerfeindschaft" nun verschwunden?

Umfragen in Deutschland und auch Österreich haben gezeigt, daß die Lichteermeere und Lichterketten die Zahl jener verringerten, die offen ausländerfeindlich argumentieren. Besonders jene, die Verständnis für Gewalttaten gegen AusländerInnen aufbringen wurden weniger. Ist nun die Ausländerfreundlichkeit über Österreich hereingebrochen? Sicherlich nicht, es trauen sich nur nicht mehr so viele offen gegen ausländische MitbürgerInnen Stellung zu nehmen. Das gesellschaftliche Klima ist eben nicht danach. Das grundsätzliche Problem der Ausländerfeindlichkeit und des Rassismus kann aber auch durch Volksbewegungen nicht gelöst werden. Denn dabei handelt es sich meist um Folgen von sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen. Und es handelt sich um tief im gesellschaftlichen Bewußtsein verankerte Vorurteile. Dies geht von den "Indianern", gefüllt mit Schlagobers in der Konditorei, bis zu dem Stereotyp von den "faulen Negern", das bisher nicht auszurotten war.

Fremde Kulturen kommen bei uns nur verzerrt im Fernsehen vor oder in einer völlig verniedlichten Tourismusversion. Es geht einerseits darum, sich die Welt wirklich anzueignen, also das Fremde kennenzulernen und es geht andererseits

darum, Lebensverhältnisse zu erreichen, die nicht ständig auf Kosten Schwacher gehen. Denn das führt dazu, noch Schwächere als Sündenböcke zu suchen.

## Und was ist nun mit Haider?

Er hat eine Niederlage erlitten, nicht nur beim Volksbegehren, er findet derzeit niemand, der ihn und seine Partei in eine Regierung hieven würde. Seine letzten liberalen Feigenblätter haben ihn nun auch noch verlassen. Zurück bleibt ein rücksichtslos formulierender, rechtsextremer Populist. Sein einziger ideologischer Berater ist nun Andreas Mölzer, der mit den Umvolkungstheorien. Wir haben mit der FPÖ die stärkste rechtsextreme Partei Europas in Österreich.

Nach den alten Deutschnationalen und den brutalen Aufsteigertypen hat Haider nun eine neue Zielgruppe ausgemacht: die Arbeiter. Und es gelingt der FPÖ ja auch, in den traditionellen Arbeitervierteln der Städte überdurchschnittliche Stimmenzuwächse zu erzielen. Das trifft insbesondere die Sozialdemokratie, nicht wenige ihrer WählerInnen wenden sich zur FPÖ. Die Ursachen dafür liegen aber nicht beim feschen Haider mit dem losen Mundwerk, diese ArbeiterInnen fühlen sich von den gesellschaftlichen Entwicklungen bedroht und von der Sozialdemokratie im Stich gelassen. Die SPÖ steht für die Modernisierung der Wirtschaft, für schnellere und flexiblere Arbeitsabläufe und für neue Technologien, diese bedrohten ArbeiterInnen befürchten, diese neuen Herausforderungen nicht bestehen zu können. Ich fürchte, daß Haider's Wahlerfolge mit seiner Volksbegehren-Niederlage nicht beendet sind, die nächsten Wahlen werden es wohl zeigen.

# Armut in Deutschland

## Bestandsaufnahme und forschungstheoretische Perspektiven

Die Auseinandersetzung mit der Armutproblematik muß in Deutschland trotz verschiedener Versuche, die Blockade des gesellschaftlichen Diskurses zu diesem Thema aufzuheben (zuletzt durch die Nationale Armutskonferenz im Januar 1993) als mit einem Tabu belegt angesehen werden. Ursächlich dafür sind eine Vielzahl von Gründen, von denen vorrangig die folgenden zu nennen sind:

- Die gesellschaftliche Betroffenheit von Armut ist insgesamt eher als gering einzuschätzen. Nichtzuletzt ist die Glotzche These der 2/3-Gesellschaft als weitgehend widerlegt anzusehen.<sup>1</sup>
- In der aktuellen Regierungspolitik besitzen Sozial- und Gesellschafts-probleme einen geringen Stellenwert. Dies haben die Haushaltsoperationen '82/'83/'84 und die aktuellen Debatten um den "Solidarpakt" gezeigt.
- Unterstützt wird die Tabuisierung der Armut durch die gesellschaftlich-ideologische Verankerung der protestantischen Ethik (Max Weber), derzufolge Verarmung vor allem als persönliches Versagen und Folge mangelhafter individueller Leistungsbereitschaft anzusehen ist.

Im Kontext von Strategien der Spaltung des Sozialstaates erscheint darüberhinaus die Tabuisierung von Armut als äußerst hilfreich.<sup>2</sup> Diese Politik übersieht allerdings, daß im Zuge der Marginalisierung von Erwerbspersonen die Absicherung sozialer Risiken zunehmend fragiler wird.<sup>3</sup> Neben der politischen Verdrängung der Armutproblematik bestehen aber auch vielschichtige methodische Probleme, Armut und Verarmung adäquat zu erfassen.

<sup>1</sup> Volker Offermann, Dipl.-Kaufmann, Wiss. Angestellter am Forschungsinstitut für Sozialpolitik der Universität Köln

Eine erste Annäherung, sich diesen Problemen zu stellen, kann in der Auswertung der offiziellen Sozialhilfestatistik gesehen werden. Sie hat unter den wenigen verfügbaren empirisch validen Daten der Armutforschung eine herausragende Stellung, wenngleich zu bedenken ist, daß hier nur "bekämpfte" Armut erfaßt wird. Dieser Beitrag will dennoch zunächst das vorhandene offizielle Datenmaterial auswerten, um zu einer ersten Bestands- und Entwicklungsverlaufsbeschreibung zu gelangen. Daran anschließend wird eine Ursachenanalyse vorgenommen, in deren Mittelpunkt eine Auseinandersetzung um das Verhältnis von Armut und Arbeitsmarkt steht, bevor abschließend forschungstheoretische Perspektiven skizziert werden.

## Armut und Sozialhilfe

Ziel der Sozialhilfe ist, den Empfängern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen (§ 1 Bundessozialhilfegesetz). Daher besteht auch, im Gegensatz zu allgemeinen Fürsorgemaßnahmen, auf Sozialhilfe ein Rechtsanspruch dem Grunde, nicht jedoch der Höhe nach. Bei der Gewährung von Sozialhilfe gelten drei Prinzipien, die den prinzipiellen Rechtsanspruch näher bestimmen:

- Das Prinzip der Nachrangigkeit, das aus dem Subsidiaritätsgebot abgeleitet ist, gewährleistet, daß Sozialhilfe erst dann gewährt wird, wenn alle vorgelagerten Sicherungsinstitutionen, insb. die Familie, zur Einlösung des Anspruchs aus § 1 BSHG versagen.
- Das Prinzip der Individualisierung der Hilfeleistung schließt eine Übertragbarkeit des Anspruchs aus.

- Das Prinzip der Bedarfsdeckung soll das sozial-kulturelle Existenzminimum des Hilfebeziehers garantieren. Zu unterscheiden sind darüberhinaus die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) und die Hilfe in besonderen Lebenslagen (HbL), die vorrangig der Absicherung der sozialen Risiken

Abbildung 1: Entwicklung des Sozialhilfebezuges<sup>4</sup>

Jahr	Sozialhilfeempfänger		
	i. Tsd.	i. Tsd.	i. Tsd.
1970	1.491	749	965
1975	2.049	1.190	1.147
1980	2.144	1.322	1.125
1985	2.814	2.063	1.108
1986	3.020	2.239	1.196
1987	3.136	2.332	1.256
1988	3.349	2.509	1.348
1989	3.626	2.774	1.404
1990	3.754	2.890	1.510

Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Invalidität dient.

Betrachtet man diese Daten, so ist zunächst feststellbar, daß sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger insgesamt in den vergangenen zwanzig Jahren um rund 150 % erhöht hat. Besonders beachtlich ist darüberhinaus aber, daß eine massive Verschiebung zu den HLU-Empfängern stattgefunden hat. Ihr Anteil stieg von 50 % auf 77 %; ihre Anzahl hat sich beinahe vervierfacht. Demgegenüber ist die Anzahl der HbL-Bezieher "nur" um 56,5 % gewachsen. Jene Hilfeart also, die bei Einführung des BSHG 1961 als Ausfallbürge in außergewöhnlichen, nicht durch das weitere soziale Sicherungssystem abgedeckten Notlagen galt, macht heute den Hauptanteil in der Sozialhilfe aus.



Weitere besorgniserregende Ergebnisse der Sozialhilfegewährung treten zu Tage, wenn man die Alterstruktur der

**Abbildung 2**  
**Alterstruktur HLU-Empfänger<sup>5</sup>**

Jahr	HLU- <25 J.		25-50 J.		>50 J.	
	HLU-Empf.	i.Tsd. i.Tsd.%	i.Tsd. i.Tsd.%	i.Tsd. i.Tsd.%	i.Tsd. i.Tsd.%	i.Tsd. i.Tsd.%
1980	831	367/43%	219/26%	265/31%		
1990	1.772	807/46%	608/34%	357/20%		
Zunahme	+108,2 %	+119,9 %	+177,6 %	+34,7 %		

HLU-Empfänger (außerhalb von Einrichtungen) betrachtet.

Vergleicht man diese Alterstruktur der Sozialhilfeempfänger mit jener von 1974, so wird die wachsende Betroffenheit von Armut vor allem junger Menschen besonders deutlich. 1974 waren nämlich noch 47 % aller Sozialhilfeempfänger (HLU und HbL) älter als 50 Jahre, aber nur 34 % waren jünger als 25 Jahre.<sup>6</sup> Seit 1980 hat sich der HLU-Bezug von Kindern im Alter von unter sieben Jahren auf das 2 1/2-fache und von Kindern im Alter zwischen sieben und elf Jahren auf das 1 1/2-fache erhöht.<sup>7</sup> Sozialisationsstörungen sind angesichts derartiger früher Unterversorgungs- und Mangelenerfahrungen vorprogrammiert. Folgt man hier den Analysen von Atkinson, so ist zu erwarten, daß für diese Kinder auch zukünftig Armut ihr Leben begleiten wird: "The children of low wage families are themselves likely to have poor earnings prospects. Not only is there a link between earnings and parental socioeconomic background, but there is an indirect link via education."<sup>8</sup>

Gegenüber dieser zunehmenden Betroffenheit junger Menschen, konnten alte Menschen ihr Verarmungsrisiko in der Vergangenheit deutlich reduzieren. Ihre Empfängerquote liegt nunmehr bei 2,0%<sup>9</sup> und nimmt sich gegenüber der allgemeinen Quote von 5,9 % (HLU allein 4,6 %) vergleichsweise bescheiden aus. Unvergleichlich niedrig ist sie in Relation zur Angewiesenen ausländischer Mitbürger auf Sozialhilfe. Machten sie bis in die 70er Jahre hinein nur etwa zwei Prozent der Sozialhilfeempfänger aus, so betrug ihr Anteil am Gesamt der Hilfebezieher 1990 über ein Fünftel (bei

einem Gesamtanteil von rund acht Prozent der Bevölkerung). Ihre Empfängerquote beträgt mit 15,5 % beinahe das dreifache der Empfängerquote insgesamt. Die Anzahl der ausländischen Sozialhilfebezieher hat seit 1970 um fast 4.000 % (!) zugenommen.

Gegen die bisher vorgestellten Ergebnisse ließe sich nun einwenden, daß dabei jeweils auf die Zahl der Sozialhilfeempfänger innerhalb eines Jahres rekurriert wurde. Aber selbst eine Bestandsbetrachtung ergibt für Ende 1990 eine Million Haushalte mit 1,8 Millionen Haushaltsangehörigen, das entspricht 3% der (westdeutschen) Bevölkerung, die aktuell Sozialhilfe empfangen.<sup>10</sup> Darüberhinaus ist auch zu bedenken, daß eine Bestandsbetrachtung eine Momentaufnahme ist, die keinerlei Aufschluß über die Armutbedrohungen gibt. Darauf kann jedoch aus der Zahl der Empfänger im Laufe eines Jahres geschlossen werden, selbst, wenn man einschränkend berücksichtigt, daß ein Empfänger auch mehrfach im Verlaufe eines Jahres sozialhilfeberechtigt werden kann.

Einzuwenden ist darüberhinaus aber auch, daß die Sozialhilfestatistik nur Aufschluß über die bekämpfte Armut gibt. Die verdeckte Armut, die sich insbesondere aufgrund des Prinzips der Nachrangigkeit der Sozialhilfe, aber auch weiterer Ursachen, ergibt<sup>11</sup>, findet sich in der Sozialhilfestatistik nicht wieder. Unterstellt man, wie die Caritas dies tut, daß durchschnittlich auf zwei Sozialhilfebezieher ein anspruchsberechtigter Nicht-Bezieher kommt, und daß dieses Verhältnis bei Menschen über 54 Jahren sogar 1:1 beträgt<sup>12</sup>, so ergibt sich für die alten Länder 1990 ein Armutspotential (nur HLU-Bezieher) von über 4,5 Millionen Personen, also etwa 7% der Bevölkerung (jeder vierzehnte!).

In den neuen Ländern ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger noch vergleichsweise niedrig, da hier noch die Sozialzuschläge in der Renten- und Arbeitslosenversicherung wirken. Dennoch hat sich ihre Zahl vom 30.09.90 bis zum 30.06.92 von rund 60.000 auf beinahe 250.000 erhöht. Die Hauptursache des Sozialhilfeempfangs in den neuen Ländern ist eindeutig in der desolaten Situation am Arbeitsmarkt, die sich im Gefolge der Transformationskrise eingestellt hat, zu sehen.<sup>13</sup>

## Ursachen des Sozialhilfebezuges

**Abbildung 3**  
**Hauptursachen der Hilfgewährung<sup>14</sup>**

Hauptursache des Sozialhilfebezuges	1982 i.vH.	1990 i.vH.
Arbeitslosigkeit	16,4	32,1
unzureichende Versicherungs- und Versorgungsansprüche	24,2	10,4
Ausfall des ernährers	12,6	10,4
unzureichendes Erwerbseink.	5,9	5,8
Krankheit	7,6	5,3
Tod des Ernährers	1,0	0,7
unwirtschaftl. Verhalten	1,2	0,5
sonstige Ursachen		
(u.a. Asylantrag, Sucht, Haftentlassung, Nichtseßhaftigkeit)	31,1	34,8

Nachdem nun eine umfassende, wenn gleich bei weitem nicht vollständige Analyse der Sozialhilfesituation in Westdeutschland gegeben wurde, sollen im folgenden deren Ursachen dargestellt werden.

Statistisch wird nur die Hauptursache des Sozialhilfebezuges erfaßt. Damit jedoch werden Ursachenzusammenhänge auseinandergerissen, real existente Multikausalität wird auf statistische Monokausalität reduziert. Insbesondere erlaubt die offizielle Statistik auch keine Rückschlüsse auf den Wandel der Armutursachen einer Person im Zeitverlauf. Hinsichtlich einer umfassenden Beurteilung von Deprivationsrisiken ist diese Restringiertheit des Datenmaterials als sehr problematisch zu betrachten. Im Gegensatz zur Eindimensionalität der Ursachen bei Beendigung des Sozialhilfebezuges muß zu Beginn der Sozialhilfgewährung von einem Ursachenkomplex einander verstärkender Interdependenzen zwischen einzelnen Ursachen ausgegangen werden.<sup>15</sup>

Trotzdem sind die vorliegenden Ergebnisse der Sozialhilfestatistik nicht wertlos, denn sie allein lassen bereits den Schluß zu, daß eigenes "schuldhaftes" Verhalten nur zu einem geringen Teil als armutsdeterminierend angesehen werden kann. Auch die Bremer Untersuchung von Buhr und Voges stützen diese Aussage. Nach dieser Studie läßt sich

für allenfalls 4 % Schuldhafte konstatieren<sup>16</sup>, wobei es bspw. bei "unwirtschaftlichem Verhalten" angesichts massiver Propaganda für gesellschaftlich anerkannten demonstrativen Konsum ohnehin äußerst fraglich ist, wo eigenes Versagen anfängt. Insgesamt sind diese Ergebnisse aber als deutliche Widerlegung der in der protestantischen Berufsethik angelegten These, Armut resultiere aus individuellem Versagen, anzusehen.

Armut und Verarmung können aber auch nicht ausschließlich im Rekurs auf demographische Faktoren und den gesellschaftlichen Wertewandel, der zu einem Verlust von Sicherheit seitens Primärinstitutionen, insb. der Familie, geführt hat, gewonnen werden, wenn gleich der nicht zu unterschätzende Erklärungsgehalt dieser Annahmen nicht bestritten wird. Darüberhinaus sind Gründe für die "Armut im Wohlstand" jedoch vor allem in den kontrafinalen Konsequenzen der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik zu verorten. Dies gilt nicht ausschließlich aber insbesondere für Arbeitslosigkeit als entscheidende Ursache von Armut hierzulande.<sup>17</sup>

Im Zusammenhang der Debatte um die "Neue Soziale Frage" haben Buttler et al. die Arbeitsmarktsegmentation als entscheidende Variable der Arbeitslosigkeit-Armut-Verbindung herausgestellt.<sup>18</sup> Sie erklären Einkommensarmut wesentlich aus der Funktionsweise des Arbeitsmarktes und den hieraus resultierenden Primärverteilungen. Technologische Innovationen und Kalküle der Kostenminimierung veranlassen die Unternehmen zu einer Spaltung der Belegschaften in Stamm- und Randgruppen. Für die Randbelegschaften, Arbeitnehmer mit "Jedermann-Qualifikationen" ergibt sich dabei ein systematischer Zusammenhang von geringem Lohnniveau und instabilen Beschäftigungsverhältnissen. Betriebsinterne Gratifikations- und Aufstiegssysteme für die Stammbeschaften haben als Vorkehrungen der Unternehmensleitungen für die Loyalität jener sicher beschäftigten Arbeitnehmer zu gelten. "Arbeitsmarktsplattungen in kapitalistischen Systemen und die damit einhergehenden Dimensionen der Armut sind somit nicht ohne Rückgriff auf das Kapitalverwertungsinteresse und damit auf den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zutreffend interpretierbar."<sup>19</sup>

Während Buttler et al. Arbeitsmarktsegmentationen von der Nachfrageseite her erklären, tun Heinze et al. dies angebotsseitig.<sup>20</sup> Dabei stellen sie am Arbeitsmarkt zwei Machtgefälle fest: Das primäre ergibt sich zwischen Arbeit und Kapital aus der Notwendigkeit des Lohnabhängigen seine einzige Ware, die Arbeitskraft, an die Kapitalbesitzer zu verkaufen, die ihrerseits viel weniger zwingend auf die Verwertung ihres Besitzes angewiesen sind. Das darüberhinaus festzustellende sekundäre Machtgefälle ergibt sich aus der Konkurrenz der Lohnabhängigen um die Behauptung ihrer Position am Arbeitsmarkt untereinander.<sup>21</sup> Dabei haben verschiedene Gruppen von Arbeitnehmern differenzierte Chancen, Gegenmachtstrategien in Form sozialer Schließung gegen das am Arbeitsmarkt bestehende Machtgefälle zu verwirklichen.<sup>22</sup> Von Verarmungsrisiken sind dann vorrangig die Arbeitsanbieter betroffen, "die weder selbst von Schließungsstrategien erfolgreich Gebrauch machen, noch den Schließungsstrategien der anderen Marktteilnehmer Widerstand entgegenzusetzen können. Sie rangieren deshalb am unteren Ende der Ungleichheitsstruktur."<sup>23</sup>

Während Buttler et al. und insbesondere Heinze et al. maßgeblich den Arbeitsmarkt als Ort der Entstehung von Verarmungsrisiken erkennen, haben Kohl und Leisering in ihrer Kritik an der Argumentation von Heinze et al. das System der sozialen Sicherung als primär armutsdeterminierend ausgemacht: "Die Richtigkeit der Behauptung eines hohen Verarmungsrisikos ist abhängig von der spezifischen Konstruktion des jeweiligen sozialen Sicherungssystems und unterstreicht damit einmal mehr dessen strategische Bedeutung bei der 'Erzeugung' bzw. Vermeidung von Armut (...)."<sup>24</sup> Diese These wird hier zurückgewiesen, da in der BRD das soziale Sicherungssystem (zumindest im Falle von Arbeitslosen- und Rentenversicherung) ja gerade - ausgehend von der Fiktion des Normalarbeitsverhältnisses - an der erreichten Position im Erwerbsleben anknüpft und so eben nicht als Ursache, sondern nur als Transmitter und Katalysator von Verarmungsrisiken aus der Sphäre der Berufsarbeit in die der Nicht-Arbeit angesehen werden muß.<sup>25</sup> Ohne hier nun noch weiter auf diese Auseinandersetzungen näher eingehen zu wollen, bleibt festzuhalten, daß mehr als ein Drittel der Sozialhilfeempfänger

qua ihres Ausschlusses von einer zentralen Kategorie menschlichen Lebens, der Arbeit, erst zu "Hilfsbedürftigen" geworden sind. Darüberhinaus, und auch dies haben die obigen Ausführungen deutlich gemacht, gilt besondere Aufmerksamkeit jenen Bevölkerungsgruppen, die (noch) nicht arbeitslos sind, aber zu den Arbeitnehmern mit Niedrigeinkommen zu rechnen sind. Nach Welz Müller handelt es dabei um alle Arbeiterinnen der Industrie und des Handels (2,1 Millionen), um 60 % der vollbeschäftigt angestellten Frauen (2,5 Millionen), um männliche Arbeiter der Verbrauchsgüterindustrie und des Nahrungs- und Genußmittelbereiches sowie wenige männliche Angestellte des Handels.<sup>26</sup> Diese Personengruppen sind insbesondere dann gefährdet, wenn es sich bei den Individuen um Alleinerziehende oder Haushaltsvorstände von kinderreichen Haushalten handelt.<sup>27</sup> Als neues Problemfeld hat sich unterdessen zudem die Belastung mit hohen Mieten herausgestellt, die zunehmend auch die Bezieher mittlerer Einkommen erhöhten Verarmungsrisiken aussetzt.<sup>28</sup> Hier nun setzen jene circuli vitiosi an, an deren Anfang der Wohnungsverlust steht, dem wegen fehlender Wohnraumversorgung die Arbeitslosigkeit folgt, die potentiell erst beendet werden kann, wenn wieder ein Wohnsitz nachgewiesen werden kann usw. usf.<sup>29</sup>

## Kosten und Leistungen der Sozialhilfe

Die staatlichen Aufwendungen für die Sozialhilfe insgesamt beliefen sich im Jahre 1991 auf knapp 32 Milliarden DM. Davon entfielen etwa 13 Milliarden DM auf HLU, die restlichen 19 Milliarden auf HbL. Pro HLU-Bezieher außerhalb von Einrichtungen wurden 1990 rund 3.500 DM aufgewendet.<sup>30</sup> Interessanter jedoch als diese Totalbetrachtungen ist die Analyse der individuellen Leistungsempfangssituation. Der Sozialhilfebedarfssatz für HLU-Empfänger setzt sich dabei aus drei Komponenten zusammen: dem Regelbedarf, dem Mehrbedarf und dem Aufwendungsbedarf. Der Regelbedarf, der die anfallenden Bedürfnisse des täglichen Lebens decken soll, orientiert sich an den Konsumgewohnheiten unter-

rer Einkommensgruppen und beträgt in der BRD zur Zeit durchschnittlich 508 DM für den Haushaltsvorstand. Für weitere Haushaltsmitglieder ergeben sich in Abhängigkeit deren Alters Zusatzzahlungen von 50 % bis 90 % des Eckregelsatzes. Die Orientierung des Regelsatzes an unteren Einkommen selbst ist selbst schon problematisch, da hierdurch die Realisierung eines sozio-kulturellen Existenzminimums fraglich wird. Mehrbedarfszuschläge zwischen 20 % und 40 % des für die jeweilige Person maßgeblichen Regelsatzes werden für ältere Menschen, werdende Mütter, Alleinerziehende und Behinderte gezahlt. Der Aufwendungsbedarf schließlich soll fallweise differenzierte, aber regelmäßig anfallende und zum Lebensunterhalt notwendige Kosten decken, vor allem also Miet- und Energiekosten bis zu bestimmten Obergrenzen.

Angesichts dieser komplexen Berechnung des Sozialhilfebedarfs ist es immer wieder üblich, hypothetische Empfängerhaushaltskonstellationen zu bilden, um "nachzuweisen", daß sich für Sozialhilfebezieher das Arbeiten überhaupt nicht lohne, da sie es sich in der "sozialen Hängematte" mit Bezügen von 3.000 und mehr DM bequem machen könnten, wobei zugleich unterstellt wird, daß diese arbeitsfreien Bezüge durch Schwarzarbeit zudem deutlich aufgebessert werden könnten.<sup>31</sup> Die bisherigen Analysen haben die Demagogie dieser Ausführungen bereits belegt, so daß es sich erübrigen dürfte, hierauf weiter einzugehen.<sup>32</sup> Zu erwähnen ist aber noch, daß der Bezug von Sozialhilfe für den Empfänger nicht kostenfrei, sondern mit erheblichen Belastungen verbunden ist. Die Kosten der Sozialhilfe liegen für den Hilfeempfänger insbesondere in einem erheblichen Beantragungsaufwand, Wartezeiten, Ausgaben zur Kommunikation mit Behörden, Kontrollverlusten über die eigenen Angelegenheiten, Sozialstatuseinbußen. Addiert man diese Belastungen zusammen, so kann man die These wagen: "Es gibt keine Sozialleistung, die den Hilfeempfänger mehr kostet als die Sozialhilfe."<sup>33</sup>

## Forschungstheoretische Perspektiven

Bisher wurde die Beschäftigung mit der Armutproblematik ausschließlich durch

die Auseinandersetzungen mit Leistungen nach dem BSHG angeleitet. Dieses Vorgehen hat, neben dem Vorteil des Zugangs zu offiziellen Daten, jedoch erhebliche Nachteile. Zum einen, weil sich das Leistungsniveau der Sozialhilfe in der Vergangenheit deutlich von der Entwicklung der Einkommen abgekoppelt hat und so kaum noch das sozio-kulturelle Existenzminimum sichern kann, zum anderen aber ist es als äußerst problematisch zu erachten, daß es sich bei der Definition von Armut qua Sozialhilfeanspruch um eine politische Feststellung von Armut handelt, die (zumindest prinzipiell) definitorischer Willkür Tür und Tor öffnet.

Weiterführender aus forschungstheoretischer Sicht ist daher die Anwendung des Ressourcenkonzepts, daß Armut in Abhängigkeit des durchschnittlichen Nettohaushaltseinkommens oder eines Äquivalenzeinkommens bestimmt. Üblicherweise werden dabei drei Schwel-

Abbildung 4  
Betroffenheit der Armut<sup>34</sup>

	1987	1988	1989
strenge Armut	4,9	5,2	4,4
Armut	10,6	10,7	10,7
armutsnahe Einkommenspos.	20,3	20,2	19,3

lenwerte (40 % = strenge Armut, 50 % = Armut, 60 % = armutsnahe Einkommensposition) zugrundegelegt. Bei Anwendung dieses Armutskonzeptes erbrachte das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) dabei folgende Ergebnisse hinsichtlich der Betroffenheit der bundesrepublikanischen Gesellschaft von Armut:

Eine Zeitverlaufsbetrachtung der im SOEP erfaßten Haushalte ergab, daß im Zeitraum von 1984-1989 75 vH der Haushalte niemals, 25 vH ein- oder zweimal und 10 vH die 50 %-Schwelle drei- und mehrfach unterschritten.<sup>35</sup> Obwohl es unbestritten ist, daß das SOEP erhebliche Verdienste hinsichtlich der Bestimmung von Armut in der Bundesrepublik erworben hat, so bleibt auch hier ein zentrales Problem ungeklärt, nämlich die Bestimmung von Armut ausschließlich als Einkommensarmut. Bereits Friedrich Engels war jedoch bereits 1845 dazu übergegangen, weitere Kriterien (z.B. Wohnen und Gesundheit) bei der Beschreibung von Armut zu berücksichtigen.<sup>36</sup> Darüberhin-

aus werden durch ein erweitertes Ar-

mutskonzept auch erst Interdependenzen ökonomischer und nicht-ökonomischer Bestimmungsgründe von Armut erfaßbar, auf die Einkommensarmutskonzepte den Blick verstellen.

Als erfolgversprechende forschungstheoretische Perspektive müssen unter Berücksichtigung des oben Gesagten Lebenslage-Konzeptionen erachtet werden. Als deren Begründer ist der Kölner Sozialpolitiker Gerhard Weisser anzusehen, der die Lebenslage eines Menschen als den Spielraum definierte, "den die äußeren Umstände dem Menschen für die Erfüllung seiner Grundanliegen bieten, die er bei unbehinderter und gründlicher Selbstbesinnung als bestimmend für den Sinn seines Lebens ansieht."<sup>37</sup> Allerdings ist es weder dem Neukantianer Weisser noch seinen Schülern Kleinhenz und Engelen-Kefer gelungen, den Operationalitätsmangel (Bestimmung von Grundanliegen) seines Konzeptes zu heilen.<sup>38</sup>

Ingeborg Nahnsen hingegen hält die Bestimmung von wichtigen Interessen für nicht notwendig: "Interessen, die den Menschen - auch bei noch so gründlicher Selbstbesinnung - ins Bewußtsein treten, sind geprägt durch soziale Erfahrung, ja, die Lebenslagen, d.h. die sozialen Existenzbedingungen, können gerade so strukturiert sein, daß eine deformationsfreie Interessenreflexion nicht möglich ist. Der Weissersche Weg birgt die Gefahr, Interessen zu oktroyieren, statt zu ermitteln."<sup>39</sup> Nahnsen versteht diesen Intentionen folgend die Lebenslage als Inbegriff gesellschaftlich vermittelter Chancen zur Entfaltung wichtiger individueller Interessen, deren Realisierung um so wahrscheinlicher ist, je mehr echte Alternativen der Lebensgestaltung dem Einzelnen zur Verfügung stehen. Zu fragen ist also nach den Ausprägungen der Bedingungen, unter denen Interessen ins Bewußtsein gelangen und befriedigt werden können. Durch diese Fragestellung gelingt es dann auch, Entfremdungsphänomene, deren Beseitigung Vorbedingung der Interessenentfaltung ist, zu erfassen und in der Folge (sozial-)politisch zu bearbeiten. Nahnsen unterscheidet nun fünf (fiktive) Einzelspielräume, aus denen sich die Lebenslage eines Menschen konstituiert: Versorgungs- und Einkommensspielraum, Kontakt- und Kooperationspielraum, Lern- und Erfahrungsspielraum, Muße- und Regenerationsspielraum, Dispositionsspielraum. Als gleichgewichtig können diese Einzelspielräume

allerdings erst dann angesehen werden, wenn Einkommens- sowie Kontakt- und Kooperationspielraum eine Mindestausprägung als Inbegriff des Existenzminimums aufweisen.

Es ist unmittelbar einsichtig, daß durch Verwendung dieser Spielräume die meisten der in diesem Beitrag erörterten Armutprobleme bzw. -folgeprobleme zielgenau erfaßt werden können. Zugleich bewahrt ein so konzeptualisierter Lebenslageansatz auch davor, Armut im Sinne der protestantischen Ethik zu interpretieren. Wenngleich es sich um eine theoretische Konzeption handelt, die das Individuum in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellt, kann jedoch nicht von einer individualistischen Hypothese gesprochen werden, denn diese ginge von der Dominanz individueller Dispositionen bei der Bestimmung der Lebenslage aus.

## Fazit

Es sind die oben genannten Gründe und die Möglichkeit der Betrachtung von Interdependenzen zwischen den einzelnen Spielräumen und zwischen ökonomischen und nicht-ökonomischen Bestimmungsgründen der Armut, die den Lebenslageansatz als geeigneten der modernen Armutforschung erscheinen lassen. Leider gibt es bis heute nur wenige Projekte, die sich der Armutproblematik derart umfassend zuwenden<sup>40</sup>, obgleich nur so eine adäquate Armutberichterstattung, an der es entscheidend mangelt, möglich wird. Eine umfassende Armutberichterstattung wäre ihrerseits dann wieder Voraussetzung gesellschaftlicher Transformationsprozesse, durch die dann die wirklichen Ursachen von "Armut im Wohlstand", nämlich jene Kontraktualitäten, die dem Kapitalismus inhärent sind, beseitigt werden könnten. Im Kontext der aktuellen Politik besteht daran jedoch unzweifelhaft kein Interesse. Selbst im Falle eines Regierungswechsels sprechen nicht sehr viele Tatsachen für eine grundlegende Neuorientierung. Immerhin wäre es dann aber vielleicht möglich, ergänzend zu dem bisherigen System sozialer Sicherung, eine bedarfsorientierte Grundversicherung<sup>41</sup> durchzusetzen, die auch als wesentlicher Hebel gegen die dem sozialen Sicherungssystem unterliegende Fiktion des Normalarbeitsverhältnisses anzusehen ist.

## Anmerkungen

- Vgl. Glotz, Peter: Die Arbeit der Zuspitzung, Berlin 1984; vgl. zur Widerlegung: Headey, Bruce; Krause, Peter; Habich, Roland: The Two-Thirds Society: Social Fact or Fiction?, DW Discussion Paper No. 38, Berlin 1991.
- Vgl. Reidegeld, Eckart: Staatliche Sozialpolitik und Wirtschaftskrise, in: Die Mitarbeit 32 (1983), S. 43-58; Bäcker, Gerhard: An denen der Aufschwung vorbeigeht ..., in: Bäcker, Gerhard; Bisping, Reinhard: Der Angriff auf den Sozialstaat, WSI-Arbeitsmaterialien Nr. 9, Düsseldorf 1985, S. 129-153; Lompe, Klaus: Sozialstaat und Krise, Frankfurt/Main-Bern-New York 1987, S. 237ff; Lompe, Klaus: Die Realität der neuen Armut, Regensburg 1987, S. 23ff.
- Vgl. Bäcker, Gerhard: Sozialpolitik zwischen Überforderung und Strukturreform, in: WSI-Mitteilungen 45 (1992), S. 711-721; Offermann, Volker: Die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland 1992, in: Sozialer Fortschritt 42 (1993), Heft 3 (im Erscheinen).
- Vgl. Beck, Martin: Sozialhilfeempfänger 1974, in: Wirtschaft und Statistik 1976, S. 449-453, hier: S. 450.
- Vgl. Beck, a.a.O., S. 301; eigene Berechnungen.
- Vgl. Schü: Sozialhilfeempfänger 1980, in: Wirtschaft und Statistik 1982, S. 209-310, hier: S. 300.
- Vgl. Beck, a.a.O., S. 302.
- Atkinson, A. B.: The Economics of Inequality, Oxford 1975, S. 202.
- Vgl. Deutscher Caritasverband: Arme unter uns, in: Caritas 93 (1992), S. 441-471, hier: S. 445.
- Vgl. Beck, a.a.O., S. 306.
- Vgl. insbesondere Hartmann, Helmut: Armut trotz Sozialhilfe. Zur Nichtanspruchnahme von Sozialhilfe in der Bundesrepublik, in: Leibfried, Stephan; Tennstedt, Florian (Hrsg.): Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaats, Frankfurt/Main 1985, S. 169-189.
- Vgl. Deutscher Caritasverband, a.a.O., S. 446.
- Vgl. Hofmann, Klaus: Aktuelle Sozialhilfeentwicklung in West- und Ostdeutschland, in: Sozialer Fortschritt 41 (1992), S. 293-298, hier: S. 296f.
- Vgl. Beck, a.a.O., S. 307; Deininger, Dieter: Sozialhilfeempfänger 1982, in: Wirtschaft und Statistik 1984, S. 439-449, hier: S. 446.
- Vgl. dazu: Buhr, Petra; Voges, Wolfgang: Eine Ursache kommt selten allein ..., in: Sozialer Fortschritt 40 (1991), S. 261-270.
- Vgl. Buhr, Voges, a.a.O., S. 265.
- Vgl. zum Zusammenhang von Armut und Arbeitslosigkeit allgemein: Hanesch, Walter: Armutspolitik in der Beschäftigungskrise, Wiesbaden 1988; Adamy, Wilhelm; Hanesch, Walter: Erwerbbarkeit und soziale Ungleichheit - Benachteiligung und Ausgrenzung am Arbeitsmarkt, in: Döring, Diether; Hanesch, Walter; Huster, Ernst-Ulrich: Armut im Wohlstand, Frankfurt/Main 1990, S. 161-184; Hauser, Richard; Fischer, Ingo; Klein, Thomas: Verarmung durch Arbeitslosigkeit?, in: Leibfried; Tennstedt, a.a.O., S. 213-248.
- Vgl. Butler, Friedrich; Gerlach, Knut; Liepmann, Peter: Über den Zusammenhang von Arbeitsmarkt und Armut - Das Alle an der "Neuen Sozialen Frage", in: Widmaier, Hans Peter (Hrsg.): Zur Neuen Sozialen Frage, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, NF 95, Berlin 1978, S. 9-31.
- Butler, Gerlach; Liepmann, a.a.O., S. 23.
- Vgl. Heinze, Rolf G.; Hohn, H.-Willy; Hinrichs, Karl; Ok, Thomas: Armut und Arbeitsmarkt: Zum Zusammenhang von Klassenlagen und Verarmungsrisiken im Sozialstaat, in: Zeitschrift für Soziologie 10 (1981), S. 219-243.
- Vgl. Heinze; Hohn; Hinrichs; Ok, a.a.O., S. 225.
- Vgl. Heinze; Hohn; Hinrichs; Ok, a.a.O., S. 228.
- Heinze; Hohn; Hinrichs; Ok, a.a.O. S. 230.

- Kohl, Jürgen; Leisering, Lutz: Armut und Arbeitsmarkt: Wo ist der Zusammenhang? Ein Diskussionsbeitrag zu dem Aufsatz von Rolf G. Heinze et al. (ZfS Juli 1981), in: Zeitschrift für Soziologie 11 (1982), S. 410-428, hier: S. 414.
- So auch: Heinze, Rolf G.; Hohn, H.-Willy; Hinrichs, Karl; Ok, Thomas: Armut - nur ein Restproblem des Sozialstaates?, in: Zeitschrift für Soziologie 12 (1983), S. 157-188, hier insb.: S. 159f; vgl. zur gesamten Auseinandersetzung auch: Hanesch, a.a.O., S.21f.
- Vgl. Welz Müller, Rudolf: Niedrige Arbeitseinkommen, in: Hanesch; Huster, a.a.O., S. 129-141, hier: S. 130.
- Vgl. Welz Müller, a.a.O., S. 131.
- Vgl. Deutscher Caritasverband, a.a.O., S. 446ff; Nationale Armutskonferenz in der Bundesrepublik Deutschland: Bekämpfung von Armut und Unterernährung in Deutschland (Positionspapier), o.O. 1993, S. 10f; vgl. auch: Iben, Gerd: Armut und Wohnungsnot in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 49/92, S. 18-29.
- So bereits 1988 Münke, Stephanie: Armut in der Wohlstandsgesellschaft, in: Lenz, Friedrich (Hrsg.): Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung, Berlin 1988, S. 85-99, hier: S. 93.
- Vgl. Beck, Martin: Sozialhilfeaufwand 1991, in: Wirtschaft und Statistik 1992, S. 819-826, hier: S. 820; eigene Berechnungen.
- Vgl. bspw. Hamn, Walter: Ein Steuersatz von hundert Prozent, in: FAZ vom 01.02.1993.
- Vgl. dazu: Schneider, Ulrich: Armut unter Arbeitslosen, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 136 (1989), S. 292-300.
- Kuphal, Armin: "Arm ist, wer unterstützt wird", in: Blätter der Wohlfahrtspflege 136 (1989), S. 279-283, hier: S. 280.
- Vgl. Headey, Krause; Habich, a.a.O., S. 8.
- Vgl. Headey; Krause; Habich, a.a.O., S. 9f; Krause, Peter: Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40/92, S. 3-17.
- Vgl. Engels, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW 2, 12. Auflage, Berlin 1990, S. 225-506; vgl. aus neuerer Zeit: Münke, Stephanie: Die Armut in der heutigen Gesellschaft, Berlin 1986.
- Weisser, Gerhard: Distributionspolitik, in: Weisser, Gerhard: Beiträge zur Gesellschaftspolitik, Göttingen 1978, S. 386-418, hier: S. 386.
- Vgl. Kleinhenz, Gerhard: Probleme der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Sozialpolitik, Berlin 1970; Engelen-Kefer, Ursula: Arbeitsorientierte Interessen als Grundlegung gewerkschaftlicher Strategien im Rahmen einer emanzipatorischen Gesellschaftspolitik, in: WSI-Mitteilungen 26 (1973), S. 137-152.
- Nahnsen, Ingeborg: Bemerkungen zum Begriff und zur Geschichte des Arbeitsschutzes, in: Osterland, Martin (Hrsg.): Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential, Frankfurt/Main-Köln 1975, S. 145-166, hier: S. 149f; die folgenden Ausführungen stützen sich auf einige unveröffentlichte Manuskripte von Ingeborg Nahnsen, die mir zur Verfügung standen.
- Vgl. als positive Ausnahme: Schott-Winterer, Andrea: Wohlfahrtsdefizite und Unterversorgung, in: Döring; Hanesch; Huster, a.a.O., S. 56-78.
- Vgl. bspw. Hanesch, a.a.O., S. 236ff; Bobke, Manfred: Bedarfsorientierte Grundsicherung, WSI-Arbeitsmaterialien Nr. 15, Düsseldorf 1987.





# Afrika und die Neue Weltordnung

## Ein neuer Anfang oder eine falsche Hoffnung?

von Emeka Nwokedi\*

Nicht alle stimmen darin überein, daß eine neue Weltordnung besteht. Während einige Experten das Sichtbarwerden dieser neuen Ordnung behaupten oder zumindest die neuen Elemente hervorheben, die sie von der vorhergehenden Weltordnung unterscheiden, zeichnen andere das Bild einer Welt, die sich in Unordnung befindet. Die Realität liegt irgendwo zwischen diesen beiden Positionen. Von welcher Perspektive man auch immer die Ereignisse betrachtet, die den jüngsten internationalen Diskurs bestimmten - das Ende des kalten Krieges, die Desintegration der UdSSR und ihre Konsequenzen, die neue Bedeutung von Glaubensbekenntnissen bezüglich Demokratie und freiem Markt etc. - die Evidenz deutet in überwältigender Weise auf eine Welt hin, die sich in einem schmerzhaften Übergangsprozeß befindet. Nun ist allgemein anerkannt, daß es den afrikanischen Staaten südlich der Sahara unter der vorhergehenden Weltordnung schlecht ergangen ist. Die Gründe dafür sind sowohl in den internen Streitigkeiten und Fragmentierungen als auch in den ihnen innewohnenden Benachteiligungen gegenüber der manipulativen Rolle externer Akteure, verschärft durch Kalkulationen im Zusammenhang mit dem "Kalten Krieg" und durch andere selbstbezogene wirtschaftliche Erwä-

gungen zu suchen. Der Zusammenbruch der bipolaren Weltstruktur im Jahre 1990 wurde von manchen als eine Möglichkeit für die Sub-Sahara-Staaten angesehen, ihr Haus in Ordnung zu bringen. Hinsichtlich dieser Erwartung gab es zwei Varianten.

Die erste bestand in der Entschlossenheit der Vereinigten Staaten und der früheren Sowjetunion, regionale Konflikte nicht anzuzünden und ließ die Erwartung aufkommen - und erfüllte diese auch in einem gewissen Maße -, daß kriegerische Auseinandersetzungen zwischen afrikanischen Staaten und Regionen zugunsten einer gegenseitigen Aussöhnung aufgegeben würden. Auf diesem Wege könnten die enormen, für Waffenkäufe ausgegebenen Geldbeträge, für soziale Infrastrukturmaßnahmen investiert werden. Dies war für afrikanische Staaten der hervorstechende Sinngehalt des Konzeptes der Friedensdividende.

Als zweite und vielleicht noch wichtigere Variante wurde erwartet, daß die Sub-Sahara-Staaten die vorherrschende Atmosphäre im internationalen System für eine stärkere Respektierung der fundamentalen Menschenrechte auch als Richtschnur für die eigene Politik übernehmen würden. Konsequenz hieraus wäre die Veränderung der vorherrschenden Militärdiktaturen und autoritären Einparteiensystemen in Mehrparteiendemokratien.

Wie kann man nun nach drei Jahren diese Erwartungen beurteilen? Gibt es hinreichend Indikatoren, für ein Abrücken von einer Situation, die René Dumont einmal zutreffend als falschen Anfang in Afrika bezeichnet hat? Kann man der weitverbreiteten Ansicht zustimmen, daß die Demokratisierungsversuche im Afrika südlich der Sahara den Anbruch einer "zweiten Unabhängigkeit" darstellen? Ich vertrete die Auffassung, daß ohne eine substantielle Wende in der Art, wie politische Führer und die Gesellschaft ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staat und ihre Gegenleistungen vom Staat wahrnehmen und entsprechend ihr Handeln ändern, die Krisensituation Afrikas weiter bestehen bleiben wird.

## Die Krisensituation Afrikas

Die krisenhafte Situation Afrikas besteht aus einer Litanei von Nöten: Trockenheit, Hungersnot, Bürgerkrieg, Wirtschaftsversagen oder sogar ökonomischer Kollaps, tief verwurzelte politische Instabilität, usw. Die derzeitige Lage kommt durch die Tragödien in Somalia, Angola, Mozambik, Zaire und Liberia eindringlich zum Ausdruck.

Die Persistenz dieses Traumas hat zur Formulierung des Konzeptes eines 'Afro-Pessimismus' geführt. In statistischer Hinsicht stellt sich die Marginalisierung Afrikas bezüglich des Mainstream der internationalen Austauschbeziehungen so dar, daß mittlerweile einige Experten glauben, selbst das völlige Verschwinden der Staaten südlich der Sahara würde einen nur geringfügigen Effekt für den Rest der Welt bedeuten!

**Viele afrikanische Staaten sind heute in einer schlechteren Lage als zum Zeitpunkt ihrer Unabhängigkeit**

**Es gibt mehr als ein Erklärungsmuster für die derzeitige Misere der afrikanischen Staaten**

Doch in Wirklichkeit ist die Krisenlage Afrikas ein Paradox. Viele der Staaten sind immer noch mit strategischen und weniger strategischen Mineralien und anderen Arten natürlicher Ressourcen ausgestattet: Gold, Diamanten, Uran, Bauxit, Erdöl, enormen Potentialen für Wasserkraftwerke und Landwirtschaft. Die Verfügungsgewalt über diese Ressourcen ist oftmals der Grund für die gegenwärtigen politischen Unruhen. Es ist aber zudem paradox, daß selbst nach dreißigjähriger Ausbeutung dieser Rohstoffe die meisten dieser afrikanischen Staaten in einer schlechteren Lage sind als zur Zeit des Übergangs in die Unabhängigkeit, während einige asiatische Staaten (Südkorea, Malaysia und Indonesien), die sich damals auf einem vergleichbaren Entwicklungsstand mit führenden afrikanischen Staaten befanden, gigantische wirtschaftliche Fortschritte gemacht haben.

An Erklärungen für die afrikanische Misere mangelt es nicht. In bereitwilliger Anlehnung an den Typus von strukturalistischer Analyse, wie sie beispielsweise in der Dependenztheorie und insbesondere in Immanuel Wallersteins Weltsystem-Ansatz enthalten ist, erklären einige Experten diese Situation mit der Marginalisierung dieser Staaten innerhalb des dominierenden kapitalistischen Weltsystems. Aus einer strikt historischen Betrachtungsweise wiederum beziehen einige Andere diese Schwierigkeiten auf den negativen Einfluß des Kolonialismus und seinem Nachfolger, dem Neokolonialismus. Einige neuere Untersuchungen basieren auf der politischen Soziologie Max Webers, indem sie die Subsahara-Staaten als unterschiedliche Ausdrucksformen von Patrimonialherrschaft (Erbherrschaft) beschreiben.

Aus Platzgründen kann ich hier nicht auf die vielfältige Kritik eingehen, die diese theoretischen Positionen hervorgerufen haben. Es mag der Hinweis genügen, daß es für die afrikanische Misere keine monokausale Erklärung geben kann. Die Erfolgsgeschichten einiger südostasiatischer Staaten - ob demokratisch oder

nicht - zwingen geradezu zu einer neuerlichen Erörterung einiger Aspekte des bisher zusammengetragenen Wissens. Die Elemente für eine plausible Erklärung tangieren im besten Fall die theoretischen Positionen. Meine Argumentation in diesem Essay ist um ein solches Mischungsverhältnis der Erklärungsmuster aufgebaut.

Zutreffend ist die Behauptung, die Staatsbildung südlich der Sahara habe nicht einen "natürlichen" Weg genommen. Als Ausfluß westlichen politischen Denkens sind denderzeitigen Staatsgebilden Afrikas ganz verschiedenen Kulturen und Nationalitäten unterschiedlicher Stufen politischer Entwicklung aufgezwungen worden. Diese Behauptung legt aber nahe, daß eine 'natürlichere' Entwicklung des Staates auf dem afrikanischen Kontinent den heutigen Abstieg zum Chaos verhindert hätte - eine Argumentation, die aber nicht ohne Lücken ist.

Erstens basiert sie auf einer hypothetischen Annahme, so daß sie kaum nachprüfbar ist. Zweitens legen die heute immer noch bestehenden Nationalitätenprobleme in Europa nahe, daß eine all-gemeingültige Regel für die Überwindung der Probleme des Staates nicht existiert. Aufgrund dessen erscheint es anmaßend, daß, wie diese Argumentation impliziert, ein Staat, der im Afrika südlich der Sahara aus intern politischer Dynamik - Kriege, Eroberung und Allianzen - entstanden wäre, irgendwie erfolgreicher sein würde als seine europäischen Vorläufer oder Vorbilder.

In Wirklichkeit besteht das Problem nicht so sehr in der spezifischen Vorstellung über den Staat als Wesen für sich, als vielmehr in der Weise, wie Machthaber den Staat innerhalb des öffentlichen und gesellschaftlichen Bereichs funktionieren lassen. So hat Peter Ekeh auf das Fehlen einer klaren Grenze in der hypothetischen Unterscheidung zwischen öffentlicher und privater Sphäre im politischen Prozeß in Afrika hingewiesen. Diejenigen, die öffentlichen Positionen innehaben, betrachten diese als ihr persönliches Erbgut.

Konsequenterweise werden diese Positionen und Ämter, als auch die damit verbundenen Ressourcen zunehmend personalisiert. Die Auswirkungen davon sind weitreichend.

Erstens hat dieser Sachverhalt Mittel für wirkliche Investitionen abgezogen und umgeleitet für die Kämpfe gegen reale oder vermeintliche Gegner, die die angehäufte Machtbasis der Positionsinhaber herausfordern. Zweitens ist das System selbstzerstörerisch und unterminiert dadurch das Vertrauen der Führer und ihrer Anhänger in die Wirtschaft und die Verpflichtung und Bindung ihrem Land gegenüber und trägt dazu bei, daß sie ihre persönlichen Vermögen sicherheitshalber in überseeische Banken hinterlegen. Es ist geradezu ironisch, daß diejenigen, die lautstark ausländische Investitionen in Afrika einfordern, ihre eigenen, aus fragwürdigen Quellen stammenden Vermögen in Übersee anlegen.

Die Marginalisierung von Gruppen und Individuen durch dieses irrationale Begünstigungssystem fordert den afrikanischen Staat durch die Entstehung von Parallelökonomien und durch den Aufstieg von Kriegsfürsten heraus. Dies ist der Kontext, in welchem der Zusammenbruch des Staates in Liberia, Somalia, Zaire und Angola verstanden werden kann. Basil Davidsons jüngste Charakterisierung der afrikanischen Situation als eine Karrikatur ist nur insoweit gerechtfertigt, als das die politischen Führer diesen Teufelskreis der Gewalt perfektioniert haben. Aber die kritische Frage bleibt bestehen, ob die ökonomischen Schwierigkeiten Afrikas erfolgreich aufgegriffen werden können, ohne zuvor die politischen Probleme anzusprechen.

Die demokratische Option Die gewandelte Stimmung im internationalen System gab einen starken Anstoß für das interne Aufbegehren gegen Autoritarismus im Süden der Sahara. Obgleich die Forderung nach demokratischer Beteiligung in einigen dieser Staaten schon lange bestand, aber immer wieder unterbrochen wurde, war es der ungebremste Sturmangriff auf die kommunistische Orthodoxie in Osteuropa, der die Vorstellungskraft für adäquate Elemente für die Zivilgesellschaften in Afrika entfachte. Hinzu kam die Unterstützung für die demokratische Herausforderung von den wichtigen Staaten des Westens - die Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland und Großbritannien, die offen davon sprachen

\* Dr. Emeka Nwokedi, Politikwissenschaftler, Professor an der Universität Ile-Ife (Nigeria), dort früherer Dekan für Internationale Beziehungen. Derzeit Alexander-von-Humboldt-Gastwissenschaftler an der Universität Hamburg

# Sozialist

Zeitschrift marxistischer Sozialdemokratinnen

- Die Diskussionsplattform für die SPD-Linke
  - für Jusos, SPD und Gewerkschaften
  - erscheint 6 mal jährlich
  - mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
  - Parteiunabhängig
  - Einzelpreis 5,00 DM
  - Jahresabo 28,00 DM
- Kostenloses Probeheft erhältlich bei Sozialist Im Korbchen 10 3400 Göttingen**

Ich bestelle ein kostenloses Probeheft

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

chen, künftige Hilfszusagen an die Geschwindigkeit politischer Reformen knüpfen zu wollen. Darüberhinaus wies die Weltbank in ihrem Bericht von 1989 über Subsahara-Afrika darauf hin, daß in diesen Ländern neben der Durchführung der ökonomischen und strukturellen Anpassungen auch die Frage der Regierungsführung angegangen werden müsse.

Der Sinn der Hervorhebung der externen Einflüsse für die Demokratisierung Afrikas besteht darin, zu unterstreichen, daß beispielsweise solche Regime wie die von Arap Moi (Kenia), Mobutu Sese Seko (Zaire), Paul Biya (Kamerun), Houphouët-Boigny (Elfenbeinküste) und Gnassingbe Eyadema (Togo) das Mehrparteienprinzip ohne ausländischen Druck niemals akzeptiert hätten. Sicherlich hat der Demokratisierungsprozeß bislang unterschiedliche Ergebnisse gezeitigt. So blieben beispielsweise die Präsidenten Biya, Houphouët-Boigny, Arap Moi und Jerry Rawlings weitgehend im Sattel nachdem sie Wahlen gewannen, die von unabhängigen Beobachtern als kontroverse Siege qualifiziert wurden.

Die Wahlen zwischen mehreren Parteien haben in Benin, Sambia, Kapverden, Kongo und Mali das Aufkommen einer 'neuen' politischen Führerschaft mit sich gebracht. Während der Prozeß in Nigeria nach sechs Jahren noch seinen Kurs sucht, ist die Lage in Zaire und Togo dramatisch. Sowohl Mobutu, als auch Eyadema, die in ihren jeweiligen Ländern seit 28 bzw. 26 Jahren an der Macht sind, leisten grausamen Widerstand gegen den Demokratisierungswillen der Bevölkerung, wie er sich auf den souveränen und nationalen Konferenzen ausdrückt. Der Rückfall in den Bürgerkrieg in Angola nach der Durchführung der Präsidentenwahlen würde hierzu eine eigenständige Untersuchung verdienen.

Wie können nun die vorangehenden Darlegungen interpretiert werden? Um zu meiner kniffligen Ausgangsfrage zurückzukehren: ermöglichen mir die skizzierten Anhaltspunkte den Schluß, daß die Sub-Sahara-Staaten Afrikas am Übergang zu einem neuen Anfang stehen? Ich möchte darauf zustimmend antworten.

Das, was in diesen afrikanischen Staaten geschieht, ist wirklich ohne Beispiel. Es besteht ein neues politisches Bewußtsein innerhalb der Bevölkerung, die bislang durch Diktatoren eingeschüchert und

zum Gehorsam geprügelt worden ist. Gewiß, Wahlen wurden manipuliert und dem Demokratisierungsprozeß wird hier und dort Widerstand entgegengesetzt, aber signifikante Reformanstöße sind gemacht worden. Es ist ein moralischer Sieg, daß die Opposition erfolgreich darin war, den Führern, die ihre Staaten bislang als ihre persönlichen Lehen angesehen hatten, Mehrparteiensysteme aufzuzwingen.

Der Demokratisierungsprozeß brachte eine Wiederbelebung der Zivilgesellschaft ("civil society") mit sich, die in einigen Ländern durch den Staat verschluckt war. In einigen Staaten existiert eine verbreitete Stimme von unabhängiger Presse und Rundfunk. Das ist ein klarer Beweis für einen Bruch mit der jüngsten Vergangenheit.

Trotzdem scheint die Anarchie in Liberia, Somalia, Angola, Zaire, Togo und Sudan nicht in dieses Bild zu passen. Eine langfristige Beobachtung der Lage erlaubt es, die gegenwärtigen Umstände als Teil der Geburtswehen einer unausweichlichen Erneuerung zu betrachten. Gleichwohl nehme ich nicht an, daß in den Ländern mit neuen Führungen nun wirklich schon Demokratie aufgebaut worden ist. Weil die Institutionalisierung von Demokratie ein schwieriger und langfristiger Prozeß ist, ist die Feststellung realistischer, daß lediglich demokratische Fundamente gelegt wurden. Es sind gerade diese Fundamente, die letztendlich einen Staatsstreich in Süd-Sahara-Staaten irrelevant erscheinen lassen.

Falls die Demokratie es erreichen sollte, daß Berechenbarkeit und Respekt vor ihren Regeln sowohl von den Führungen als auch von den Geführten in gleicher Weise respektiert werden, dann hätte die Atmosphäre der neuen Weltordnung geholfen, die Wahrnehmungsweise von politischer Führung und politischem Prozeß im Afrika südlich der Sahara zu revolutionieren. Und dies ist die Mindestvoraussetzung für die Umkehrung der katastrophalen wirtschaftlichen Situation in diesen Ländern.

(Übersetzung: Edgar Göll)

#### Literatur:

1. B. Badie/M.-Cl. Smouts, Le Retournerement du Monde, Paris: FNSP-Dalloz 1992.
2. P. LeVouche, Le Nouveau Monde: de l'ordre de Yalta au désordre des nations, Paris: Grasset 1992.
3. J.-F. Médard (ed.), Etats d'Afrique, Paris: Karthala, 1991.
4. B. Davidson, The Blackman's Burden: Africa and the curse of the Nation-state, London: James Currey, 1992.



von Christoph Strässer und Stefan Lennardt\*

*"Jeder muß sich vergegenwärtigen, daß Freiheit nicht gegen Sicherheit eingetauscht werden kann."* Hugo Brandt

In der Bundesrepublik hat eine breite Debatte über das Thema "Innere Sicherheit" eingesetzt: Forciert von den Rechtsparteien CDU/CSU und "REPs", von den Medien stark reflektiert und aufgegriffen von der SPD gilt dieser Komplex vielen in unserer Partei bereits jetzt als "Thema Nummer zwei" nach der Asylpolitik. Der Tenor: Wachsende organisierte Kriminalität und politisch motivierte Gewalttaten bedrohen unseren Rechtsstaat und zwingen zu staatlichem Durchgreifen.

Der Parteivorsitzende sprach sich schon früh für den großen Lauschangriff aus. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion hat eine Arbeitsgruppe der Fraktion eingerichtet, die neue Vorschläge zur "Inneren Sicherheit" erarbeiten soll. Befürchtet wird allgemein, die "Innere Sicherheit" sei ein entscheidendes politisches Thema, an dem die Regierungsfähigkeit der Partei sich 1994 und später entscheiden könne. Änderungen des Grundgesetzes und Grundsatzprogramms der SPD werden in diesem Rahmen bereits intensiv diskutiert. Zu beobachten ist auch eine Tendenz, die Parteibasis so weit möglich an der Formulierung von Haltelinien zu hindern.

Weder die Kriminalitätsstatistiken, noch politisch motivierte Gewalttaten von

rechts rechtfertigen diese Diskussion in ihrer bisherigen Gestalt: Ein Anstieg und eine qualitative Veränderung von Kriminalität zwingen uns nicht zu mehr "law an order", wie wir im weiteren zeigen wollen. Und die rechtsextremistischen Krawalle und andere Straftaten sind mit den Mitteln des Rechtsstaats durchaus hinreichend zu bekämpfen, sie werfen nicht die Frage nach den Mitteln neu auf, sondern die Frage nach den politischen Ursachen und Verantwortlichen dieser Form politisch motivierter Kriminalität.

Die Parallelität der Debatte um "innere Sicherheit" zum Asylthema ist erschreckend: Ausgangsargumente der SPD-Führung sind stets, daß sich erstens die Stimmung in der Bevölkerung dramatisch verändere und zweitens die CDU/CSU dieses Thema für sich zu gewinnen suche, weshalb man es ihr schleunigst abknöpfen müsse. Wir warnen vor diesem Herangehen, das die SPD schon bei der Diskussion um das Grundrecht auf Asyl unnötig in die Ecke getrieben hat. Denn die Stimmung in der Bevölkerung bestimmt die SPD mit, sie muß sich vor falschen Darstellungen hüten und darf nicht in das Geschrei über ein angebliches Sicherheitsproblem einstimmen. Und ein konservatives Thema fortschrittlich zu besetzen, überfordert die SPD ganz offensichtlich. Es ist bei der "Inneren Sicherheit" aber ohnehin kaum möglich.

Die von der CDU/CSU begonnene Diskussion z.B. über die Abschaffung der Unverletzlichkeit der Wohnung, Verschärfungen des Demonstrationsrechts, Abschaffung der Rechtswegegarantie für Flüchtlinge etc. ist Teil des repressiven neokonservativen Konzepts. Sie kennt keinen Endpunkt. Denn genau wie in der Asyl- und Einwanderungspolitik darf die CDU/CSU es zu keinem

endgültigen Konsens kommen lassen, bei dem sie auf das Ausschalten ihrer "treibenden Rolle" verzichten müßte. Ein Eingehen der SPD auf diese Positionen beschwört ein katastrophales Szenario herauf: Die SPD dramatisiert wiederum ein bestehendes Problem weit über Gebühr, definiert dann den Polizeistaat sozialdemokratisch, schafft als nächstes rechtsstaatliche Errungenschaften ab und findet sich schließlich doch auf der Oppositionsbank wieder. Noch ist es nicht zu spät: Weil die Diskussion um die "Innere Sicherheit" gerade erst beginnt oder besser: der SPD übergestülpt werden soll, bemühen wir uns schon zu einem möglichst frühen Zeitpunkt um die Darstellung der Zusammenhänge, die uns zu dem Schluß veranlaßt haben: "Innere Sicherheit" ist ein sozialdemokratisches Unthema, sie ist in der aktuellen Diskussion nicht mehr als ein Popanz, der die SPD auf dem Weg zur Regierungsfähigkeit nur zum Stolpern bringen kann und soll.

## 1. Kriminalität und ihre öffentliche Wahrnehmung

Als Begründung für die wachsende Bedeutung des Themenkomplexes "Innere Sicherheit" wird zum Beispiel von SPD-Parlamentariern immer häufiger die subjektive Bedrohung angeführt, die viele Bürger und Bürgerinnen empfinden und an ihre Politiker herantragen. Dieses Bedrohungsgefühl ist sehr ernstzunehmen. Es darf aber nicht aus dem Blickfeld geraten, daß die tatsächliche Entwicklung von Kriminalität in Deutschland es nicht rechtfertigt.

Was bedeutet eigentlich "Sicherheit" und wie entstehen Bedrohungssituatio-

**Forschungsgruppe  
Europäische  
Gemeinschaften (FEG)**

**Neuerscheinungen**

**FEG-Studie Nr. 1**

**Michael Felder:**

Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung (September 1992, 146 Seiten, UKB 20 DM)

**FEG-Arbeitspapier Nr. 7**

**H.-J. Bieling, B. Bock,  
F. Deppe, K. Schönwälder:**

Migration, Arbeitsmarkt, Regulation - unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen (Januar 1993, 91 Seiten, UKB 15 DM)

**FEG-Arbeitspapier Nr. 8**

**Michael Felder:**

Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI (Januar 1993, 57 Seiten, UKB 13 DM)

**Bestellungen an:**

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) am Institut für Politikwissenschaft des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg, Wilhelm-Röpke Str. 6, 3550 Marburg

nen? In der öffentlichen Debatte wird Sicherheit meist als Sicherheit vor Eingriffen in die körperliche und seelische Unversehrtheit oder andere Rechte, vor allem das Eigentumsrecht, verstanden. Für uns geht der Begriff von Sicherheit erheblich weiter. Ein Eingriff zum Beispiel in die Unverletzlichkeit der Wohnung stellt natürlich auch ein Aufgeben von bestimmten Sicherheiten dar, das sehr vorsichtig abgewogen werden muß. Fest steht: Die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, steht in keinem Verhältnis zu den damit verbundenen Befürchtungen: Kriminalitätsfurcht ist eine Angst, die aus dem Hörensagen gespeist wird. So leiden Frauen und alte Menschen, die statistisch sehr viel seltener von Gewalt betroffen sind als Männer unterhalb des Seniorenalters, besonders unter Angstgefühlen. Übersehen wird außerdem zumeist, daß vor allem Gewaltdelikte sich in erheblichem Maße auf sogenannte "kriminelle Milieus" beschränken. Eine Verringerung dieser Angstgefühle dürfte demnach sehr viel stärker von der Vermittlung eines subjektiven Sicherheitsgefühls abhängen, als von einer zweifelhaften Eindämmung der Kriminalität durch Verfassungsänderungen oder schärfere Gesetze. Wenn in einer Großstadt wie Dortmund die Kriminalität 1991 überhaupt nicht angestiegen ist, ruft das bereits Erstaunen hervor - soweit ist die Hysterie schon gediehen. Wir wollen nichts bagatellisieren: Tatsächlich weisen die Kriminalitätsstatistiken für die Bundesrepublik Deutschland vor allem nach dem Fall der Mauer ein deutliches Anwachsen von gezählten Tatverdächtigen an. Für 1991 wurden erstmals mehr als sechs Millionen Straftaten gezählt - ein Anstieg von 20 % in einem Jahr, der bei näherer Betrachtung aber schnell in sich zusammenfällt: Während die Kriminalität in Westdeutschland um nominell 10% anstieg, stieg sie in den neuen Ländern um 195 %. Grund war der Aufbau der Polizeiverwaltung, die vorher keine richtige Erfassung zuließ. Gezählt werden wohl-gemerkt nur Verdächtige, nicht tatsächlich nachgewiesene Straftaten, deren Zahl erheblich geringer ist. Diese zweifelhafte Datenbasis führt auch zu zahlreichen verbreiteten Fehleinschätzungen wie z.B. der Behauptung, daß AusländerInnen "krimineller" als Deutsche seien (Anteil an Straftaten 25,9 % bei 8,5 % Bevölkerungsanteil). Hier "lügt" die Statistik besonders deut-

lich: Beim Bevölkerungsanteil werden Reisende und Angehörige ausländischer Streitkräfte nicht erfaßt; Verstöße gegen Ausländer- und Asylverfahrensgesetz (z.B. die Busfahrt eines Asylbewerbers in die Nachbarstadt) werden mitgezählt, die Alters- und Sozialstruktur bei AusländerInnen ist vollkommen anders und hat einen deutlichen Schwerpunkt in den Altersgruppen, in denen auch unter Deutschen besonders viele Tatverdächtige vorkommen. Vom statistisch klar "belegten" Vorurteil bleiben so nur noch Trümmer. Bei näherer Betrachtung der Kriminalitätsstatistik wird weiter deutlich, daß das Anwachsen von Kriminalität deutliche Schwerpunkte zeigt, die keinen Anlaß zu Hysterie geben:

\* Im Bereich der Eigentumsdelikte ist der Autodiebstahl im Jahr 1991 um 60 % gestiegen (Verband der KFZ-Versicherer). Grund ist der verstärkte Diebstahl und illegale "Export" von Wagen der Mittel- und Oberklasse in die osteuropäischen Länder. Während die Autoindustrie damit ein zusätzliches Konjunkturprogramm erfährt, zahlen Versicherungskunden über Beiträge die Zeche. Als Förderung dieser Form von Kriminalität wird von den Versicherern die Weigerung der Hersteller gewertet, sichere Schließ- und Alarmsysteme für teure Autos vorzusehen. Diese wären zwar leicht zu installieren, würden aber den Autoabsatz verringern.

\* Beim ständigen ansteigen der Kriminalität in Verbindung mit Drogenkonsum fallen vor allem der Drogenhandel, aber auch der Konsum ins Gewicht. Hier täuscht die Kriminalitätsstatistik über die inzwischen weit verbreitete Erkenntnis hinweg, daß einerseits Konsum nicht als Kriminalität gewertet werden sollte und andererseits der Handel mit illegalen Drogen durch eine überfällige Entkriminalisierung von Cannabis-Produkten und durch eine ausgedehnte staatliche Substitution von Abhängigen erheblich eingedämmt werden könnte. Gleiches gilt für die als "Beschaffungskriminalität" bezeichneten Delikte. Eine soziale Drogenpolitik könnte Kriminalität ohne unverhältnismäßigen Aufwand in erheblichem Maße reduzieren. Allgemein anerkannt ist die wichtige Rolle deutscher Banken bei der "Wäsche" illegal erworbener Gelder, die in der Kriminalitätsstatistik allerdings keine Rolle spielt, weil gesetzliche Regelun-

gen zu ihrer Eindämmung nach wie vor fehlen.

\* Zu den "Wachstumsbranchen" zählt nach wie vor die Steuer- und Wirtschaftskriminalität. Die volkswirtschaftlichen Verluste erreichen jedes Jahr schwindelerregende Milliardenbeträge. Die deutsche Steuergewerkschaft weist regelmäßig darauf hin, daß allein durch eine zufriedenstellende Personalausstattung der Steuerbehörden dieser Kriminalitätszweig schlimmstenfalls kostenneutral weit zurückgedrängt werden könnte.

Bei all diesen Kriminalitätssparten wird deutlich, daß beim bisherigen Ausmaß von Kriminalität in diesem Bereich zwar ernstzunehmende Schäden, aber keine Bedrohung des Einzelnen oder gar der Öffentlichen Ordnung insgesamt gegeben ist. Deshalb wird auch immer öfter auf das Anwachsen von "Organisierter Kriminalität" verwiesen, die besonders gefährlich sei und zusätzliche gesetzliche Maßnahmen erfordere. Der Begriff "Organisierte Kriminalität" ist auch von Fachleuten nicht eindeutig definiert. Er bezeichnet ungefähr die planmäßige, auf Dauer angelegte, arbeitsteilige Zusammenarbeit von Tätern, die hohen Gewinn oder Macht anstreben und dafür alle Formen von Gewalt einzusetzen bereit sind. Häufig ist in diesem Zusammenhang von der Ausbreitung der italienischen "Mafia" die Rede, was das Bedrohungspotential dieser Form von Kriminalität unterstreichen soll.

Ein Anwachsen solcher Formen von Kriminalität alarmiert die Behörden zu recht. In einer Studie des Bundeskriminalamtes heißt es dazu allerdings: "In absehbarer Zeit jedenfalls dürfte es der organisierten Kriminalität kaum möglich sein, die Grundsäulen von Demokratie und Rechtsstaat in der Bundesrepublik entscheidend zu unterminieren." Dieser Einschätzung entspricht auch die Aussage des Ende Mai ermordeten italienischen "Mafia-Jägers" Giovanni Falcone. Er führte den schwierigen Kampf gegen die Mafia in Italien vor allem auf den hohen Grad ihrer gesellschaftlichen Verwurzelung in Sizilien zurück. Gleiches kann für Deutschland nicht ernsthaft angenommen werden. Insofern muß gefragt werden, ob die tatsächliche Bedrohung durch "OK" die Einführung zusätzlicher gesetzlicher Maßnahmen recht-

fertigen könnte. Wir sind der Überzeugung, daß dies nicht der Fall ist. Mangelnde personelle und materielle Ausstattung der Behörden sollte jedenfalls nicht durch die Abschaffung von Rechten oder die "Erlaubnis" von Straftaten kaschiert werden. Wenn also die verbreitete Wahrnehmung einer steigenden Kriminalität und abnehmender öffentlicher und subjektiver Sicherheit offensichtlich im krassen Gegensatz zu den Tatsachen stehen, darf die SPD nicht darauf einsteigen: Sie muß vor allem aufklärend wirken. Immer wirk-samere (und durchaus nicht nur polizeiliche) Maßnahmen gegen Kriminalität sind nötig und wünschenswert, müssen und sollten aber keinesfalls den gegebenen rechtsstaatlichen Rahmen sprengen.

**2. "Innere Sicherheit": Repressives Konzept gegen den Bürger- und die Linke**

"Innere Sicherheit" ist in der Geschichte der Bundesrepublik - und darüberhinaus in den meisten parlamentarischen Demokratien des Westens - als schützenswertes Gut immer dann in den Vordergrund gestellt worden, wenn politische Bewegung außerhalb der politischen Parteien grundsätzliche Fragen gestellt hat. Sie dient unter dem Vorwand des am Gemeinwohl orientierten Schutzes der Gesellschaft und ihrer Mitglieder tatsächlich in der Regel nur der Repression und Eindämmung alternativer Politik.

Die "Innere Sicherheit" war in Gefahr beim Widerstand der SPD gegen die Wiederbewaffnung (sic!), sie war in Gefahr in den 60er Jahren bei den Aktionen der außerparlamentarischen Bewegung, sie war in Gefahr in den 70ern durch die Aktivitäten der RAF, und heute ist es vermeintlich die "mafia"organisierte Drogenkriminalität, die den Staat zum Handeln zwingt.

Die jeweiligen Antworten des Staates zeigen jedoch deutlich auf, daß es in keinem Fall beim Vollzug neuer Maßnahmen um eine Effektivierung des Schutzes der Allgemeinheit ging, sondern in allen Fällen um eine Ausdehnung staatlicher Repression, die weder eine (durchweg auch gar nicht erforderliche) Ver-

besserung des Schutzes vor Straftaten zum Inhalt hatte, sondern ausschließlich die Macht- und Herrschaftsansprüche der jeweils herrschenden politischen Klasse absichern sollte: Zu nennen sind die Notstandsgesetze unter Einschluß der grundgesetzlich legitimierten Einschränkung des Post- und Fernmeldegeheimnisses einschließlich des Abhör-gesetzes ("G-10-Gesetz") sowie des vielfach völlig fehlinterpretierten "Widerstandsrechtes" des Art. 20 IV GG. Schon der Zusammenhang der Einführung dieser Bestimmung im Rahmen der "Notstandsverfassung" macht deutlich, daß es hier eben nicht etwa um ein Widerstandsrecht der BürgerInnen gegen Staatswillkür gehen sollte, sondern um das Recht des Staates, sich gegen aufmüpfige BürgerInnen zu wenden.

Dasselbe gilt für die Veränderung des Strafrechts und des Strafprozeßrechts als "Reaktion" auf die Tätigkeit der RAF. Viele der damals unter Mithilfe der SPD ergriffenen Maßnahmen haben erklärtermaßen nicht zu einem einzigen konkreten Fahndungserfolg geführt. Sie haben nur eins gebracht, und das war wohl auch beabsichtigt: Eine Einschüchterung der Linken, eine Behinderung der Verteidigertätigkeit und nachlassende Bereitschaft zu kritischem politischen Engagement. Kontaktsperre, Isolation der Gefangenen, Verbot der Mehrfachverteidigung durch ein und denselben Verteidiger (Maßnahmen, die bis heute noch nachwirken) sowie die Wiedereinführung bzw. Verschärfung des Bestimmungen über den Landfriedensbruch haben in der Tat nachhaltige Wirkung erzeugt - allerdings keinerlei Verbesserung des Rechtsschutzes.

Heute stehen wir vor dem gleichen Problem. Wieder gerät die Legitimität staatlichen Handelns in Zweifel - und schon wird ein neues Feindbild aufgebaut, dem es entschieden und mit aller Härte entgegenzutreten gelte. Aber weshalb reichen die bisherigen Möglichkeiten staatlicher Verbrechensbekämpfung nicht aus, um im Kampf gegen organisierte Kriminalität Veränderungen durchzusetzen?

Diese Frage kann in der Bundesrepublik zur Zeit niemand ehrlich beantworten, weil die Versuche zur Ausschöpfung der rechtstaatlich gegebenen Möglichkeiten noch nicht einmal vernünftig begonnen, geschweige denn zu Ende geführt worden sind.



### 3. Kriminalitätsbekämpfung und Verfassungsrecht

Stattdessen wird auf andere Art Handlungsfähigkeit bewiesen, wird aufgezeigt, daß es wenigstens mit "law and order" vorangeht - wenn man schon die anderen, vor allem sozialen Probleme nicht mehr lösen kann oder will. Der "Große Lauschangriff" ist hierbei nur die Spitze des Eisbergs - allerdings eine für die Rechtsstaatlichkeit und die Bewahrung der Grundrechte nicht zu umschiffende. Die Führung der SPD jedenfalls droht heftig auf Grundeis zu laufen.

Hauptargument für die Befürworter solcher Maßnahmen ist die These, die Organisierte Kriminalität sei eine Bedrohung für den Rechtsstaat, der mit den herkömmlichen Mitteln nicht mehr beizukommen sei. Diese These ist schon deshalb falsch, weil, wie dargestellt, die Mittel des Rechtsstaates auf der Grundlage der Verfassung noch nicht erschöpfend angewendet worden sind. Dies gilt im übrigen auch für die neuerdings immer wieder ins Feld geführte Notwendigkeit der Bekämpfung des organisierten Rechtsradikalismus. Wer behauptet, diese Entwicklung ließe sich nur mit immer mehr Polizei, mit immer größeren Eingriffsbefugnissen in den Griff zu bekommen, der sagt bewußt die Unwahrheit - mit dem dazugehörigen Willen hätte weder Hoyerswerda noch Hünxe noch Rostock noch Möln passieren können. Daß diese Verbrechen dennoch verübt werden konnten und daß auch in diesem Zusammenhang der Ruf nach einem stärkeren Staat erklang, spricht Bände.

Die Scham vor Eingriffen in Grundrechte läßt immer mehr nach. Existiert Art. 16 schon de facto nicht mehr, kommen die nächsten Grundrechtsabschaffungen auf uns zu: Beim Großen Lauschangriff ist es der Art. 13 GG (Unverletzlichkeit der Wohnung), dem das Bundesverfassungsgericht insbesondere unter Berücksichtigung des Art. 2 (Menschenwürde) in ständiger Rechtssprechung überragende Bedeutung für die individuelle Verwirklichung der Grundrechte beimißt. Es erstaunt, wie schnell und wie einfach es geht, dies alles als Ballast über Bord zu werfen, weil die Mütter und Väter des Grundgesetzes vor mehr als 40 Jahren die heutigen Verhältnisse

natürlich nicht bedenken konnten bei der Ausgestaltung des GG mit individuellen Freiheitsrechten. Übersehen wird dabei natürlich geflissentlich, daß gerade auch der Art. 13 GG auf dem Hintergrund zu sehen ist, daß staatlich legitimes organisiertes Verbrechen diesen Schutz der Individualsphäre zwingend erforderlich machte - heute nun soll organisierte Kriminalität dazu dienen, dieses Grundrecht in Teilbereichen auszuhebeln.

Dem muß widerstanden werden, nicht allein um den Schutz des einzelnen Grundrechts willen - was schon ausreichen würde. Dem muß widerstanden werden, weil der "Organisierte Lauschangriff" mehr bedeutet, er verändert die bewußt geschaffene strikte Trennung zwischen polizeilicher und geheimdienstlicher Tätigkeit - das Anbringen von Wanzen und in diesem Zusammenhang das Abhören von Privatgesprächen ist jedenfalls keine polizeiliche Maßnahme mehr.

Weiterhin muß in Frage gestellt werden, was denn diese Form verbrechensverhütender Tätigkeit überhaupt im Sinne der Erfinder bewirken kann. Schon die Erfahrungen solcher Länder, in denen es diese Institution bereits gibt, sind sehr unterschiedlich, eine deutlich verbesserte Verbrechensaufklärung wird insbesondere von Fachleuten in den USA verneint. Die technischen Abwehrmöglichkeiten sind groß; die Täter rechnen im allgemeinen mit Abhörmaßnahmen und richten sich entsprechend ein. Soll etwa ein Grundrecht geopfert werden, um etwas auszuprobieren?

Es bleibt die Feststellung, daß Kriminalität, auch in der Form der "Organisierten Kriminalität", eine Herausforderung darstellt zu jeder Zeit und in jeder Stufe gesellschaftlicher Entwicklung. Dies ist keine Frage. Eingriffe in Grundrechte dürfen jedoch immer nur - wenn überhaupt - die ultima ratio der Kriminalitätsbekämpfung sein. Und wer wollte ernsthaft behaupten, der Staat, der Rechtsstaat, die Demokratie sei in Gefahr. Außer dem Kanzler, der schon mal gerne auf den Staatsnotstand zurückgreifen will, sind solche Stimmen nicht zu hören.

Die gegenwärtigen Probleme ließen sich bei gutem Willen und vernünftiger Organisation mit vorhandenen Instrumentarien lösen. Entkriminalisierung von Bagatelldelikten würde nicht nur die Statistik entscheidend verändern, sondern auch Kräfte für die wirklichen Aufgabe heutiger Polizeiarbeit freimachen.

Änderungen des Grundgesetzes sind in dieser Situation nicht nur überflüssig, sie sind kontraproduktiv und verschärfen das gesellschaftliche Klima, sie senken die Schwelle für Grundgesetzänderungen und es bleibt die Frage, wann ist Art. 8, wann ist Art. 9 (Vereinigungsfreiheit) an der Reihe

### 4. Sozialdemokratie und Tradition des Rechtsstaats

Gegen eine verstärkte staatliche Repression und schärfere Gesetze sprechen Gründe, die nicht nur auf der Hand, sondern vor allem auch in der Tradition der sozialdemokratischen Partei liegen. Die SPD hat in ihrer 130jährigen Geschichte immer besonders unter staatlichen Eingriffen in ihre politischen und in die persönlichen Freiheitsrechte ihrer Mitglieder leiden müssen. Sie sollte nach wie vor extrem sensibilisiert sein für Eingriffe in solche rechtsstaatlichen Essentials.

In der Asylrechtsdebatte wurde von den Befürwortern einer Grundgesetzänderung häufig der "Geist" des Verfassungsrates angeführt, der dieses Grundrecht für eine gänzlich andere Situation vorgesehen habe. Unabhängig von der Richtigkeit dieses Arguments ist klar, daß es für die im Grundgesetz verankerten Freiheitsrechte in keinem Fall Gültigkeit haben darf. Im Gegenteil: Wenn die Mütter und Väter des Grundgesetzes in der noch frischen Erinnerung der Nazi-Herrschaft hier und da etwas vorsichtiger waren, sollte uns das heute noch zur Mahnung gereichen.

Grundrechte wie zum Beispiel das Recht auf freie Meinungsäußerung, Koalitionsfreiheit und das Recht auf eine weitgehend "staatsfreie" Privatsphäre sind Errungenschaften des jahrzehntelangen Kampfes der Sozialdemokratie, die in harten Auseinandersetzungen erreicht und verteidigt wurden. Keiner dieser Punkte sollte deshalb kampfflos geopfert oder auch nur eingeschränkt werden - ob das nun durch eine Grundgesetzänderung oder auf "kaltem Wege" durch verschärfte Polizeigesetze versucht wird. Auch in der Profilierung gegenüber den Rechtsparteien, die zu einer neuen sozialdemokratischen Hegemonie in der zweiten Hälfte der 90er Jahre führen soll, ist es unerlässlich, daß die SPD ihr Profil als Partei für Freiheit und

rechtsstaatliche Errungenschaften pflegt und schärft. Nur so kann sie ihren Einsatz für "mehr Demokratie" glaubwürdig machen.

### 5. Elemente einer fortschrittlichen Rechts- und Innenpolitik

Die aufgezeigten Bedenken gegen beabsichtigte Änderungen des Strafrechts unter Einschluß von Freiheitsrechten des Grundgesetzes zeigen, daß eine fortschrittliche Strafrechtspflege nicht alle Möglichkeiten in Anspruch nehmen darf, die ihr aufgrund neuer technischer Entwicklungen zur Verfügung stehen. Dies würde zu einem Verlust an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie führen, der zu einem vermeintlichen Sicherheitsbedürfnis in keinem Verhältnis stehen würde.

Auch die Öffnung der Binnengrenzen im Rahmen der Schaffung des gemeinsamen Marktes in diesem Jahr kann nicht dazu herhalten, den Wegfall der Grenzkontrollen durch Verschärfung des nationalen Strafrechts zu kompensieren: Zum einen wurden auch bisher die wenigsten Straftäter tatsächlich bei Grenzkontrollen innerhalb der EG gestellt. Zum anderen bietet aber gerade die Grenzöffnung die Chance, durch die Absenkung bürokratischer Hürden und eine effektivere Zusammenarbeit der nationalen Polizeikräfte unter Beibehaltung rechtsstaatlicher Prinzipien präventiv auch der Organisierten Kriminalität zu begegnen. Gleichzeitig könnte die Öffnung der Binnengrenzen Veranlassung dazu geben, über den Sinn des bundesdeutschen Strafrechts nochmal verschärft nachzudenken. In Abgrenzung zur kriminalisierenden law-and-order-Strategie der Rechtsparteien sehen wir folgende Ansatzpunkte für eine fortschrittliche Rechtspolitik:

\* Es ist die Frage, ob Polizei und Staatsanwaltschaften tatsächlich beschäftigt werden müssen mit der obligatorischen Verfolgung von Bagatellkriminalität, ob es nicht sinnvoller ist, das ja nun auch schon uralte Strafgesetzbuch gründlich zu entrümpeln und damit Strafverfolgung auf das wesentliche zu beschränken.

\* Bestenfalls mit überkommenen moralischen Standards begründbare Vorschriften (z.B. § 175 StGB) müssen abgeschafft werden.

\* Nicht nur bei Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz muß "Therapie statt Strafe" ein beherrschender Grundsatz werden.

\* Wiedergutmachung für die Opfer von Kriminalität muß, wo sie möglich ist, im Rahmen eines Täter-Opfer-Ausgleichs stärker in den Vordergrund gestellt werden.

\* Prävention, Aufklärung und Resozialisation müssen viel stärker als bisher Eckpunkte einer fortschrittlichen Innen- und Rechtspolitik sein.

\* Modernisierung des Strafrechts im wohlverstandenen Sinne bedeutet jedenfalls nach unserer Auffassung nicht die Verringerung des Rechtsschutzes der Bürger vor Kriminalität. Wir müssen aber dazu kommen, zu differenzieren und das Wesentliche zu tun. Der Geist einer Gesellschaft offenbart sich nicht an der Zahl verfolgter und geahndeter Ladendiebstähle, wenn diejenigen, die dies verfolgen und verfolgen müssen, für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität nicht mehr zur Verfügung stehen. Und wenn dieser Zustand auch noch zum Anlaß genommen wird, Gesetze zu verschärfen und Grundrechte abzubauen, müssen SozialdemokratInnen dem frühzeitig Einhalt gebieten.

### 6. Empfehlungen

Vor dem bisher diskutierten Hintergrund empfehlen wir uns SozialdemokratInnen eine Politik, die die Fehler der Asyldebatte offensiv aufgreift und also versucht, rechtzeitig Problemlösungsansätze gegen Dramatisierung zusetzen. Wir empfehlen deshalb:

\* eine rechtzeitige vorbehaltlose Aufklärung der Parteimitglieder über die tatsächlichen Ausmaß von Kriminalität und Kriminalitätswachstum in der Bundesrepublik. Ein besonderer Schwerpunkt muß hier auf der Zerstörung der inzwischen vorhandenen Trugbildern gelegt werden. In den Medien der Partei müssen jetzt umfangreiche Argumente zur Verfügung gestellt werden, die den lauter werdenden Rufen nach mehr

staatlicher Repression wirksam entgegengehalten werden.

\* den MandatsträgerInnen der Partei, soweit noch nicht geschehen, eine intensive Einarbeitung in diese Themenbereiche. Aus unserer Sicht sind viele der aufgeschnappten und dann vorbehaltlos weitergegebenen Informationen und Argumente wenn nicht falsch, so doch "einfach gestrickt", und somit schädlich für die innerparteiliche und öffentliche Debatte.

\* eine offensive Thematisierung des Bezugs von Kriminalität und sozialem Elend in der Bundesrepublik: Die SPD muß in der Diskussion um die "Innere Sicherheit" die Partei sein, die soziale Ursachen von Kriminalität aufzeigt und Konzepte dagegen vorlegt.

\* Eine umfangreiche Diskussion über die Entkriminalisierung wichtiger Lebensbereiche, wie wir sie oben aufgezeigt haben. Die SPD muß sagen: Kleindiebstähle sind kein Verbrechen, sondern ein soziales Thema. Der Konsum stark hallozinogener Drogen ist kein Verbrechen, sondern ein Problem der Gesundheits- und Sozialpolitik. Der Genuß von Haschisch ist kein Verbrechen, sondern eine Frage des Gleichheitsgrundsatzes.

\* eine Abkehr von der in der Parteiführung zu beobachtenden Strategie, die zur Dramatisierung der Kriminalitätsdebatte wesentlich beizutragen droht. Die innerparteiliche Diskussion muß rechtzeitig, breit und demokratisch geführt werden; die Parteiführung muß ihr Ergebnis tragen und umsetzen und darf es keinesfalls konterkarieren.

Unsere Frage muß also nicht lauten: Wo könnte die Partei Grundsatzpositionen über Bord werfen, um den "wachsenden Problemdruck" zu begegnen? Die Frage lautet: Wie machen wir klar, daß die Rechtspolitik der Konservativen versagt hat, und wo liegen unsere problembezogenen Ansätze? Vielleicht gelingt es der SPD dann wenigstens bei diesem Thema, sachgerechte Problemlösungen anzubieten - anstatt unbotmäßige Dramatisierung und Zurückweichen vor selbst erzeugten populistischen Strömungen.

Nolte, Ernst: *Martin Heidegger. Politik und Geschichte im Leben und Denken. Propyläen Verlag, Berlin, Frankfurt/M. 1992 (330 S., Ln., 48,- DM)*

Ernst Nolte, seit kurzem emeritierter Historiker, beschließt mit "Heidegger" seine "philosophische Trilogie" (9). Er will dessen "politisches Engagement" für den Nationalsozialismus (NS) "besser verständlich" machen (7), indem er Heidegger eine Rolle in seinem Lieblingsstück *Der Europäische Bürgerkrieges 1917-1945* (1987) gibt. Als Historiker will er die bekannten Texte neu zum Sprechen bringen, an ihnen "gewissermaßen die Innenseite der Geschichte" beleuchten (8). Zunächst das geschichtsphilosophische Drama.

## Der Nationalsozialismus als "abendländische" Verteidigungsstrategie

Es handelt vom Schicksal der westlichen Gesellschaften. Er nennt sie - auf ihr Erfolgsrezept des evolutionären Kompromisses anspielend - das "Liberales System". Sie entwickeln sich nach dem Prinzip der "Polygonität" (148), d.h. sie lassen ihre jeweiligen Vorgängersysteme transformiert in sich weiterleben, vernichten sie also nicht. Das Drama hebt an mit dem "katholischen Christentum" (283) des Mittelalters, das die Reformation problematisiert. Die neugebildete Gesellschaft wurde ihrerseits in Frage gestellt usw. Die soziale Zellteilung hangelt sich fort bis zur höchstmöglichen Komplexität in der "Konkurrenzwirtschaft", "auch 'Kapitalismus' genannt" (148f). Nun wird die "Polygonität" krisenhaft und der Sozialismus tritt als "die große Lösung" (149) auf. "Abschaffung des Privateigentums" und des Klassengegensatzes (149) beweisen, daß der Sozialismus nicht Fortführung des Polygons ist, sondern revolutionäre System-Alternative. Aber auch - darauf besteht Nolte - eine "Vernichtungslehre, wie ja schon an der fundamentalen Wichtigkeit des Begriffs 'Abschaffung' deutlich wird: die 'Klassen' ließen sich nicht ohne Klassen-

kampf und letzten Endes ohne Bürgerkrieg 'abschaffen', Gleichheit ließ sich nicht herstellen ohne Beseitigung der Ungleichen" (149). Sein semantischer Taschenspielertrick unterschiebt der 'Abschaffung eines Verhältnisses' die 'Vernichtung der sich darin Verhaltenden'. Im Wort 'Abschaffung' steckt schon die "große Bürgerkriegserklärung und das umfassende Vernichtungsunternehmen" (150). Für die NS-Diktatur wird Verständnis eingefordert als 'abendländische' Verteidigungsstrategie gegenüber einer 'asiatischen' Vernichtungsdrohung. Angesichts des Erfolgs der russischen Revolution faschisiert sich "das marktwirtschaftliche und kapitalistische System" (294) zur "Gegen-Bürgerkriegspartei" (111). Diese "kleine Lösung" (138) "nahm sich nicht vor, ganze Klassen zu vernichten, sondern einen politischen Pluralismus auszuschalten, der für Chaos und Undurchsichtigkeit verantwortlich sei" (294). Die Vernichtungspolitik ist ihr zunächst wesens- und absichtsfremd. "Heute nach dem offenkundigen Scheitern des planwirtschaftlich-partei-staatlichen Systems" (296) ist der NS als antikommunistisches Projekt vollends ins "historische Recht" (296) gesetzt. Nolte legt sich nachträglich einen legitimen Idealfaschismus zurecht: diktatorischer Notstandsstaat im Weltbürgerkrieg, ohne Holocaust. Mit dieser Schrumpf-Version des antifaschistischen Grundkonsenses erobert Nolte die Lufthoheit über den Stammtischen, wo man sich gerade noch die Rede von der 'Auschwitzlüge' verkneift: 'So schlecht war Hitler eigentlich gar nicht, nur das mit den Juden hätte er nicht machen sollen.'

Wohl bemerkt: Faschismus ohne Judenvernichtung heißt nicht ohne Antisemitismus. Der kann nämlich bei Nolte auf Verständnis rechnen, sofern er nicht nach Auschwitz führt. Den heterogenen Politiken des Judentums hätte eine Vielzahl von Antisemitismen entsprochen. "Dementsprechend gab es einen 'Antisemitismus' bei den Liberalen, welche die Starrheit des jüdischen Gesetzes verwarfen, bei den Konservativen, die ... die jüdischen Revolutionäre bekämpf-

ten, und auch bei den Sozialisten, die in den Juden ... die Repräsentanten des Mammonismus erblickten." (289) Mit ihren vielen Fraktionen hätten sich die Juden als Passepartout für die Gegenbildfunktionen geradezu angeboten. Den verschärften Antisemitismus, der die Juden zu "Urhebern" "weltgeschichtlicher Vorgänge" macht, hält er zwar für "eine schlechthin überschießende Interpretation" (289). "Aber sogar in dieser Gruppe wurde nur selten die Forderung erhoben, die Juden deshalb wie schädliche Bakterien auszurotten." Auch jenseits der eigenen Demarkationslinie zu Auschwitz hört das Verstehen nicht auf. Sogar in Hitler denkt Nolte sich ganz tief hinein und malt sich aus, wie das richtige Feindbild des Bolschewismus zur jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung verdreht wurde: Hitler scheinete Stalin "mindestens zeitweise für einen Juden gehalten zu haben" (151). Auschwitz nimmt Züge eines Mißverständnisses an: Weil viele Juden Sozialisten waren, glaubte Hitler, 'der Jude' schlechthin sei der "Urheber", den es gelte - so der innere Monolog, den Nolte Hitler unterschiebt - "aus der Welt zu bringen" (265). Das "Verständlich- und Verstehbarmachens" (109) der "Innenseite der Geschichte" funktioniert wie die Jennings-Rede. Beim Jennings hat Verstehen nichts mehr mit Begreifen zu tun, sondern wird zum verständnisvollen Nachvollzug. *Wer versteht, der weiß schon*, - und so landet Nolte, wo immer er daran geht, "die richtigen Fragen zu stellen" (9), flugs beim Vernichtungsprimat des Kommunismus. In einem Heidegger-Brief von 1929 stolpert er über den Topos der "wachsenden Verjudung" in "unserem deutschen Geistesleben" (145). Warum ist das nicht antisemitisch? "Verjudung" ist ja hier in Gegensatz zu 'Bodenständigkeit' gesetzt, d.h. es ist so etwas wie eine Metapher für 'Internationalisierung.' (145) Der Antisemitismus wird wegen seiner kraftvollen Metaphern für die Internationale weg-verstanden. Die Geschichtstheologie des postkommunistischen Zeitalters läßt das Böse mit der Oktoberrevolution in die Welt kommen und verteidigt den NS als Notwehr des Bürgertums. Nolte besteht damit von Rechts auf dem Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus: Wer das Liberales System wolle, dürfe den Faschismus nicht verteufeln. Das bringt ihn in Konflikt mit Deutungen, die in "Rot" und "Braun" die Totengräber von Weimar sehen und den Faschismus zum ganz Anderen der bürgerlichen Ge-

sellschaft erklären. So schärft der Rezensent der FAZ ein: "Der Feind stand im Westen". Beide Positionen sind einseitig. Nolte blendet die imperialen Konkurrenzkriege gegen England und Frankreich aus, die andere Seite schweigt gern über Hitlers Einsetzung durch Konzerne und Finanzkapital.

## Philosophisches Scheitern - nicht politisches

"Aber was hat das mit Heidegger zu tun?" (295) "Vermutlich kann nur eine historische Theorie des Liberalen Systems den Blickpunkt gewinnen, aus dem Heidegger sowohl als Scheiternder wie als Gerechtfertigter erscheint." (152). Diese Perspektive macht Heidegger zur "Verkörperung" des "Liberalen Systems" (283). "Sofern er dem 'großen Lösungsversuch' Widerstand leistete, war Heidegger - wie zahllose andere - im historischen Recht" (296). Politisch irrte Heidegger nicht, doch scheiterte er philosophisch - das ist der Clou von Nolte. Auch sein Scheitern gereicht Heidegger zur Ehre, denn er hält gegen Hitler an seinem philosophischen Faschismus fest. "Hitler wollte etwas wesentlich anderes als Heidegger. Bei Heidegger kommt der Begriff der 'Vernichtung' nicht vor, bei Hitler aber ist er allbeherrschend." (150) Heideggers Faschismus ist durch Anti-Marxismus gealdelt und von Auschwitz unbefleckt, er ist zu rehabilitieren nicht obwohl, sondern weil er Nazi war.

Diese Vorneverteidigung kollidiert mit der gängigen Scheidung der integeren Philosophie Heideggers von seiner NS-Karriere. Gegen sie besteht Nolte auf einer politischen Lektüre. So sei Heideggers Rektorat von 1933/34 nicht ein "episodischer 'Ausflug' aus dem Bezirk der Philosophie in die Region der Tagespolitik" gewesen, sondern ihm lag "eine 'philosophische' Hoffnung zugrunde" (277). Da "hat sich nicht ein

Philosoph 'politisch geäußert', sondern eine Philosophie explizierte sich nach möglichen Konsequenzen. Der Heidegger der Rektoratsrede ist nicht ein anderer als der von *Sein und Zeit* (139f) - die antimarxistische Stoßrichtung zeichne beide aus. In der Rektoratsrede werde "der Führer" ... 'philosophisch gemacht' oder übersteigert" (140). Mit dem "Konzept eines 'geistigeren' oder philosophischeren Nationalsozialismus" wollte Heidegger als der "sogar dem 'Führer' gegenüber" "genuinere Nationalsozialist erscheinen" (136). Der "Klassenversöhnung" (296) von oben in der Volksgemeinschaft, dieser "halbhen Lösung", wollte Heidegger "eine philosophische und insofern ganze Bedeutung verleihen" (150). Doch genau diese Verphilosophierung des NS führt zum "großen Scheitern" (296). Der "reale Nationalsozialismus" war Heidegger "zu 'konservativ'" (147), gleichwohl erfolge seine Abwendung erst 1942 - mit einer Warnung vor dem falschen Dienen an der richtigen Sache: "Man dient der Erkenntnis und Bewertung der geschichtlichen Einzigartigkeit des Nationalsozialismus gar nicht, wenn man das Griechentum jetzt so auslegt, daß man meinen könnte, die Griechen wären alle schon 'Nationalsozialisten' gewesen." (Zit.n. 194) Nolte erblickt darin "den definitiven Abschied vom Nationalsozialismus", denn Heidegger "hatte genau dies gewollt: Deutschland nach dem Vorbild der griechischen Polis zum 'fragwürdigen Grund und zur Stätte des Seienden' ... zu machen." (194f) Noltes politische Lektüre nimmt das gesamte Material als einen einzigen Rätsel-Text, der philosophisch dunkel und politisch klar ist. Er übersieht, daß philosophische Diskurse ihre spezifische 'Würde' aus dem Handeln mit traditionsreichem Ideenmaterial beziehen. Sie unbedarft zum Nennwert nehmend, kommt er zu grotesk buchstabenverhafteten Deutungen: Heideggers 'Orientierung an der Polis' erhält die Realität eines Politik-Vorschlags.

Nicht zufällig reißt Heideggers Gegensatz zum NS 1942 auf, denn mit dem Völkermord beginnt gemäß Noltes Residual-Antifaschismus der Exkulpationsbedarf. "Es ist unzulässig, ja töricht, Heidegger auf andere Weise mit Auschwitz in Verbindung zu bringen, als mehr oder weniger *alles* mit Auschwitz in Verbindung zu bringen ist, vom 'großen Lösungsversuch' zu schweigen." (297) Nolte polt die Schuldfrage um: Belastet ist nicht Heidegger, belastet sind seine Kritiker. So würden Marcuses Vorhaltungen von 1947 nur von dessen "eigener Mitverantwortlichkeit" (264) ablenken. An der Nachkriegszeit interessiert Nolte, warum der Makel des NS-Engagements so lange seiner Auflösung in Antikommunismus widerstand? Für 1945 ist klar: "Tatsächlich war der Eindruck der Katastrophe so gegenwärtig, daß niemand eine Gegenrechnung aufzumachen versuchte ...; jedermann war bestrebt, entlastende Tatsachen zu finden" (208). Da mußte auch Heidegger mit dem "Argument 'Schlimmeres verhüten zu wollen'" ablenken "von der Aufrichtigkeit und Intensität des Engagements" (209). Bei den "Beschwichtigungen und Ausflüchten" Heideggers im Spiegel-Interview aber geht Nolte jedes Verständnis ab. Heidegger "war weitaus mehr engagiert gewesen als die meisten. Daß er sich trotzdem in diesem Punkt ebenso verhielt wie die vielen und daß er obendrein den Spiegel wählte, ... war seiner nicht würdig und markierte den niedrigsten Punkt, bis zu dem dieses denkerische Leben gelangte." (260) Heidegger fällt um und macht sich gemein. Er verrät das Liberales System, in das Nolte ihn so eng eingeflochten hatte, daß kein Rechtfertigungsproblem mehr besteht. Selbstbewußt das NS-Engagement vertreten und Bedauern über Auschwitz äußern, so hätte Nolte Heidegger beraten. Schon damals hätte die Antikommunismus-Karte gezogen werden müssen.

Thomas Friederich, Gerwin Klinger (Berlin)

## "MALCOLM X- unbekannte Radikalität (Film und Literatur)"

Mit diesem Film versucht Spike Lee, eine impressive Entwicklungsgeschichte (Erfolgsgeschichte a la Horatio Alger) nachzuzeichnen. Sowohl die reale (Malcolm Littles Leben), als auch die poetische Vorlage (die von Alex Haley aufgezeichnete Autobiografie von Malcolm) werden durch Spike Lee weder erreicht,

noch ist der 201-minütige Streifen filmisch so interessant wie seine bisherigen Produktionen (vor allem "She's gotta have it" und "Do the right thing"). Es wurde ein teurer Hollywoodfilm, Lee eiferte etwas zu stark solchen opulenten Filmen wie "JFK" und "Ghandi" (triebende Streichereinsätze) nach.

## Ein starker, interessanter Film

Aber dennoch ist der Inhalt des Filmes (wegen seines "Objektes") derart stark und interessant, spielt der Hauptdarsteller Denzel Washington seine Hauptrolle

so überzeugend, sind manche Sequenzen so gut in Szene gesetzt, daß er sich auch für europäische KinogängerInnen sehr lohnt. So wird die Kontinuität der Unterdrückung der 'Afro-Americans' in den USA deutlich (das Haus von Malcolms Vater und sein eigenes Haus brannten!), wie es schon in Büchern wie der Autobiografie von Angela Davis oder solchen Filmen wie "Mississippi Burning" geschah. Es geht um Unterdrückung, Existenznot, Angst, Armut, Drogen, Kriminalität, Gewalt mitten in der heilen Welt des "American Way of Life". Wenn auch die anfänglichen Tanzszenen eine etwas übertriebene Anbiederung an Erwartungshaltungen des Hollywoodpublikums sein mögen, kommen doch die meisten Wesensmerkmale von Malcolms Leben und Wirken im Film vor: seine Entwicklung vom kleinen Gauner, Zuhälter, Bahnkellner, Drogendealer und Einbrecher zum Häftling, Black Muslim, charismatischen Prediger, radikalen Einzelkämpfer und Internationalisten. Und während dieser Lebensphasen war Malcolm meist unter dem Druck der weißen Welt, sei es kulturell, polizeilich oder politisch. Auch die Schattenseiten seines Charakters und seiner Lebensweise werden angedeutet: nationalistisch-rassistische Phasen ("reverse racism"), eine gewisse Arroganz, seine Unterwürfigkeit/Hörigkeit gegenüber dem Muslimführer Elijah Muhammad, seine zeitweise Macho-Haltung.

Auch in diesem Film von Spike Lee spielen drei zentrale Aspekte eine Rolle, die bereits in früheren Lee-Filmen thematisiert und den Zuschauern mit Nachdruck angeboten worden sind: Familie (Verantwortung der Männer/Väter), Haltung (Veränderungswillen) und Bildung. Auch die Bedeutung von Religiosität für Identitätsfindung, für die 'Blacks' in den USA wird deutlich - und die latente und manifeste Repression gegen Radikale (z.B. durch den FBI), das Unverständnis der Weißen, die sinnenstellende Verzerrung durch die Medien, Malcolms Auseinandersetzungen beispielsweise mit Martin Luther King (und kompromißloseren und speichelleckenden "Onkel-Tom-Niggers"), die unterstützende Rolle beispielsweise von Malcolms Gattin Betty. Wichtig sind vor allem die Lernprozesse Malcolms, diese imposante Humanisierung, die sich selbst aus dem Teufelskreis von Haß und (Vor-)Urteilen ziehende Auseinandersetzung und Praxis. Zurecht konnte James Baldwin 1972 schreiben, daß sich Malcolm X und M.L.King vor ihren Ermordungen ideologisch sehr an-

genähert hätten (was hätten diese beiden noch alles anstellen können, wären sie nicht so früh gestoppt worden!).

## Offene biografische Fragen

Die von Alex Haley aufgezeichnete Autobiografie von Malcolm X, auf der der Film hauptsächlich basiert, ist sehr lesenswert. Jedoch gibt es gerade aufgrund neuerer Publikationen, wie insbesondere der umfassend recherchierten Biografie Malcolm X' von Bruce Perry, erneute Unstimmigkeiten über die Authentizität und Stimmigkeit einiger Details, wie etwa: Die Schilderungen von Malcolms familiären Verhältnissen werden als relativ schönfärberisch angesehen. Und: Hat Malcolm vielleicht selbst sein Haus angezündet, ist sein Vater wirklich von weißen Rassistinnen umgebracht worden, wer waren die wirklichen Mörder von Malcolm? Da denke ich wie eine Afroamerikanerin, die kurz nach dem Mord 1965 auf die Frage, wer X ermordet habe, antwortete: "the white power structure". Da können die Ausführenden eines solchen Verbrechens eine noch so schwarze Hautfarbe haben: letztlich sind es die eklatanten Unterdrückungsstrukturen gewesen, die eine solch gewalttätige Situation schufen.

Die Biographie von Perry war ursprünglich als Aufsatz konzipiert, wuchs dann aber bei seinen umfangreichen und ausufernden Recherchen zu einer großen Biografie aus. Perry interviewte über einen Zeitraum von mehreren Jahren insgesamt 420 Menschen, die ihm direkt über Malcolm Little alias Malcolm X alias El-Bajj Malik El-Shabazz berichten konnten. Dazu gehörten Malcolms Mutter, seine Geschwister, Schulkameraden, Mitarbeiter, Freunde und Gegner. Zudem durchforstete Perry zahlreiche Berichte und Dokumente von Schulen, Gefängnissen, Polizeistationen, dem US-Außenministerium und des CIA. Dadurch geht seine Biografie über die Autobiografie von Malcolm hinaus, indem nicht nur das (Malcolm nachgesagte) Selbstdarstellungsbedürfnis des "Objektes" dargestellt wird, sondern zahlreiche andere Perspektiven und Gesichtspunkte einfließen. Perrys Biografie ist deswegen eine sinnvolle Ergänzung der Autobiografie und wirft einige skeptische Schlaglichter auf noch offene Fragen des Lebenslaufes und des Wirkens von Malcolm. Perry meint: "Man kann den erwachsenen, politischen Malcolm nicht angemessen verste-

hen, ohne ein tiefgehendes Verständnis des jugendlichen Malcolm sowie des Erbes zu haben, das ihm Amerikas Rassenproblem und die Menschen, die ihn aufzogen, hinterließ" (S.10). Malcolms Entwicklung - und es ist tatsächlich eine Ent-Wicklung - durchläuft mehrere Phasen, "sein späteres moralisches, intellektuelles und emotionales Wachstum war ein triumphaler Sieg über die zerstörerischen Auswirkungen seiner Kindheit, die bis heute von Fiktionen und Mythen umgeben ist", es geht schließlich um Malcolms Willen und Kraft, "jugendliche Schwäche in politische Stärke zu verwandeln" (S.11).

Die Bedeutung Malcolms für die USA und die Afro-Americans und ihr Selbstbewußtsein - jenseits aller Skepsis über Details seiner Biografie - sollte nicht unterschätzt werden. Die heute geführte "PC"-Debatte (political correctness: der Einbezug multikultureller und feministischer Leminhalte, Kulturen und Theorien in das Bildungssystem) läßt sich u. a. darauf beziehen. Malcolm begann auf seiner Pilgerreise nach Mekka Beziehungen zwischen Afrikanern in Afrika und denen in Amerika und anderen Unterdrückten zu knüpfen. Diese Strategie des Internationalismus ethnischer Minderheiten und Unterprivilegierter in den Metropolen und der Peripherie und der Versuch der Verknüpfung unterschiedlich Unterdrückter war relativ neu - zumindest in der Umsetzung in die Praxis. Es war ein wahrlich revolutionäres Ansinnen, eine gefährliche Strategie, ein bedrohliches Denken... Interessanterweise kritisierte Malcolm selbst Leute, mit denen er sich verbünden wollte: so warf er den neuen Staatsführungen Afrikas vor, sie würden in der UNO und der Weltöffentlichkeit gegenüber zwar das Apartheid-Regime in Südafrika attackieren, den Rassismus und die Rassentrennung in den USA jedoch hinnehmen.

In den Debatten über den Film spielten in den USA vor allem das Verbrennen der US-Flagge (ein Sakrileg in Amiland) und die Prügelstrafen aus dem Video mit der polizeilichen Attacke auf Rodney King in Los Angeles eine Rolle (das im Sommer letzten Jahres zu den größten Unruhen seit den sechziger Jahren geführt hatte). Zu Beginn des Filmes, während des Vorspannes, brennt gemächlich ein "Stars spangled banner" (die US-Flagge) ab - bis auf einen kleinen Rest, der die Form eines "X" hat und damit nicht nur Malcolms Einzelschicksal symbolisiert, sondern sogar die Fragwürdigkeit und Fragilität der gesamten Identität der Vereinigten

Staaten und deren ethische und moralische Fundamente visualisiert. Mit den ebenfalls eingangs gezeigten Videoszenen der brutalen Niederknüppeln eines bereits festgenommenen und auf dem Boden liegenden Black in Los Angeles legte Lee darüberhinaus den Finger in die immer noch klaffende Wunde eines gemessenen an Malcolms Zeiten - subtileren Rassismus.

Viele US-Bürger haben durch Lees Film zum ersten Mal diesen Menschen "X" wahrgenommen und seine aufrührenden Ansprachen diskutiert. Tatsächlich sind die oft nur knappen Zitate aus Malcolms Reden derart präzise und radikal, und in Lees Film gut eingebracht, daß es eine Freude ist. Daß dieser Mann etliche Mitmenschen "aufgeweckt" und in Bewegung versetzt hat, wird völlig einsichtig. Etwas befremdet hat mich der Nachspann, wo afroamerikanische Schulkinder sich stolz als "Malcolm X" bezeichnen und Nelson Mandela (!) vor ihnen pathetisch einige konstruktive und aktuelle Aspekte von Malcolms Schaffens darlegt. Derartig Plakatives wäre m. E. nicht nötig gewesen.

Warum ist dieser Film gerade jetzt erschienen und hat eine derartige Publicity erreicht? Lee führt es u.a. auf die schwierige Finanzierung und die nöti-

gen langwierigen Vorbereitungen zurück. Ich bin jedoch der Auffassung, daß er so hochkam, weil die Zeit wieder reif ist für eine solch radikale Person. Die aufgelaufenen Probleme, der immer noch ungelöste Rassismus in den USA, die fragmentierte und schwache Linke benötigen einen solch ausstrahlungsfähigen, ernsthaften und glaubwürdigen Charakter.

## Die Zeit ist reif für eine solch radikale Person

Und für deutsche InteressentInnen noch etwas: Irgendwie erinnert mich Malcolm X an Rosa Luxemburg! Da ist (bei beiden) dieser sehr tiefgehende Einsatz für die Emanzipation; da ist (bei beiden) der Kampf gegen reformistische und opportunistische Strömungen innerhalb der eigenen Bewegung; da ist (bei beiden) die harte Kritik gegenüber kontraproduktiven Abweichungen oder Verwässerungen von Analysen, und schließlich ging es beiden um das konstruktive Austragen des für Emanzipations- und Oppositionsbewegungen strukturell angelegten Spannungsver-

hältnisses von Reform und Revolution. Leider auch: Beide wurden für so gefährlich und effektiv erachtet, hatten einen solchen Zorn der Herrschenden, der "white power structure", auf sich gezogen, daß sie von irgendwelchen Marionetten ermordet wurden. Beide wurden mit dem Medium Film ansatzweise wieder aus dem Dunkel des Vergessens geholt (mittels recht konventioneller Filme übrigens).

Es scheint, als wäre eine gewisse, über linke und radikale Zirkel hinauswirkende Publizität nur möglich durch entsprechende Annäherung an verbreitete Wahrnehmungsmuster und an übliche Konsum- und Produktionsmethoden. Nun erscheint das ominöse "X" in den USA auf allen möglichen Waren, bietet billige Identifikation in einer als sinnlos erlebten Warenwelt. Hoffentlich bleiben einige Inhalte hängen. In dem "vereinten" Deutschland können wir auf jeden Fall mehr Linke mit der Haltung von Malcolm gebrauchen.

Edgar Göll, Sozialwissenschaftler, Berlin.

### Literatur

Haley, Alex/Malcolm X: The Autobiography of Malcolm X (New York: Grove Press, 1965 - inzwischen in zahlreichen anderen US-Auflagen); Perry, Bruce: Malcolm X. Ein Mann verändert Amerika (Hamburg: Junius Vlg., 1993)

Elmar Altwater / Birgit Mahnkopf

### Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung.

Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht

1993 - ca. 250 S. - ca. DM 34,00 - ISBN 3-924550-79-4

Wahre Wunder soll die Herstellung des Gemeinsamen Marktes bringen: mehr Wachstum, weniger Inflation, mehr Beschäftigung, mehr Wettbewerb, bessere Versorgung, mehr Wohlstand. Die Idee Europa ist faszinierend... Für die Gewerkschaften ergibt sich daraus eine historische Herausforderung.

Boy Lütjhe / Christoph Scherrer (Hrsg.)

### Jenseits des Sozialpakts

Neue Unternehmensstrategien, Gewerkschaften und Arbeitskämpfe in den USA

1992 - 205 S. - DM 29,80 - ISBN 3-924550-69-7

Wenig bekannt ist über die Konflikte und Kämpfe, die in vielen Bereichen der US-Wirtschaft in den letzten Jahren um die Einführung neuer Technologien und Japanische Modelle der Arbeitsorganisation geführt wurden. Über Erfahrungen in diesen Auseinandersetzungen berichten kritische US-KollegInnen aus Automobillindustrie, Bergbau, Häfen, Luftverkehr, Telekommunikations- und Computerindustrie.

Holm-Detlev Köhler

### Spaniens Gewerkschaftsbewegung.

Demokratischer Übergang - Regionalismus - ökonomische Modernisierung

1993 - 350 S. - DM 39,80 - ISBN 3-924550-75-1

Der vorliegende Band ist nicht nur eine detaillierte, materialreiche Entwicklungsgeschichte der spanischen Gewerkschaftsbewegung vom Kampf gegen die Franco-Diktatur bis zum Beginn der 90er Jahre. Er liefert darüber hinaus eine theoretisch fundierte Analyse des ökonomischen, sozialen und politisch-ideologischen Modernisierungsprozesses der spanischen Gesellschaft, in den die ArbeitnehmerInnen eingeordnet werden.

Abo-Bestellformulare und Gesamtverzeichnisse beim Verlag:

### PROKLA

Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Die PROKLA ist eine der wichtigsten theoretischen Zeitschriften der parteiunabhängigen Linken, deren Beiträge noch nach Jahren lesenswert sind. Keine Tageskommentare, kein Organ einer Partei, kein journalistisches Feuilleton; eher eine Anregung zum gründlichen Nachdenken über den eigenen Tellerrand hinaus.

Die PROKLA erscheint viermal im Jahr und kostet im Abo jährlich 58,- DM (plus Porto). Das Einzelheft kostet 18,- DM.

### PROKLA 90

Regionalisierung der Weltgesellschaft

Mit Beiträgen von:

John Holloway: Reform des Staats:  
Globales Kapital und nationaler Staat  
Sol Picciotto: Die Krise des nationalen Staats  
Uli Jähner: Migration - Asyl - Ausländerfeindlichkeit

### WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

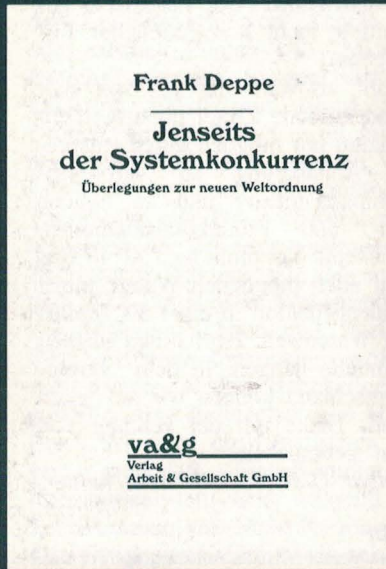
Dorotheenstr. 26a • 4400 Münster • Tel. 02 51 / 6 08 60 80



# NEUE LITERATUR

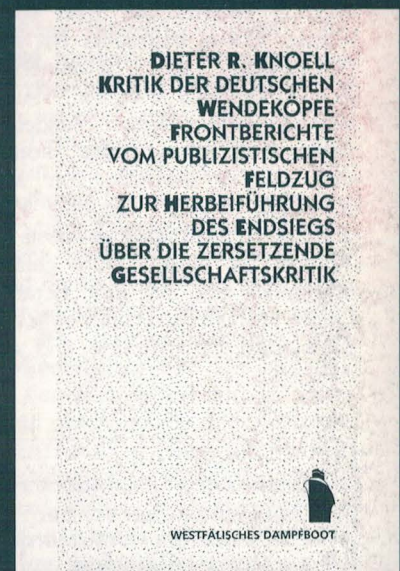
hat **spw** für seine Leserinnen und Leser ausgesucht. Wer sich ein **spw**-Abonnement bestellt (oder ein solches vermittelt), erhält - als kostenlose Beigabe zur neuen *Zeitschrift* - ein neues *Buch*.

## Aktuell zur Auswahl:



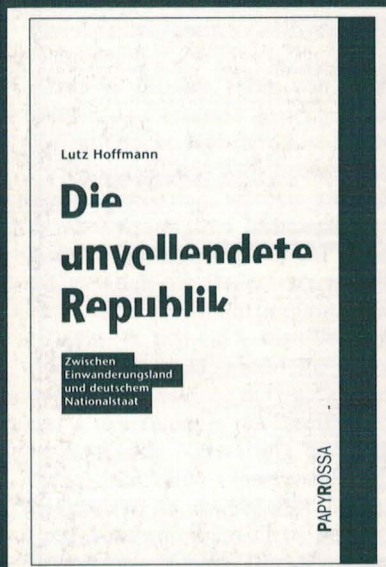
Nr. 1/1993

**Frank Deppe,**  
**Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung,**  
Marburg 1991 (Verlag Arbeit und Gesellschaft), Ladenpreis DM 22,-



Nr. 2/1993

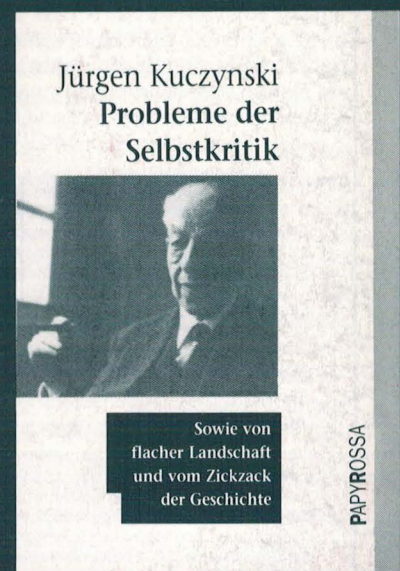
**Dieter R. Knoell,**  
**Kritik der deutschen Wendeköpfe. Frontberichte vom publizistischen Feldzug zur Herbeiführung des Endsiegs über die zersetzende Gesellschaftskritik,**  
Münster 1992 (Verlag Westfälisches Dampfboot), Ladenpreis DM 19,80



Nr. 3/1993

**Lutz Hoffmann,**  
**Die unvollendete Republik. Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat,**

2., aktualisierte und erweiterte Auflage,  
Köln 1992 (PapyRossa Verlag),  
Ladenpreis DM 24,-



Nr. 4/1993

**Jürgen Kuczynski,**  
**Probleme der Selbstkritik. Sowie von flacher Landschaft und vom Zickzack der Geschichte,**  
Köln 1991, (PapyRossa Verlag), Ladenpreis DM 24,-